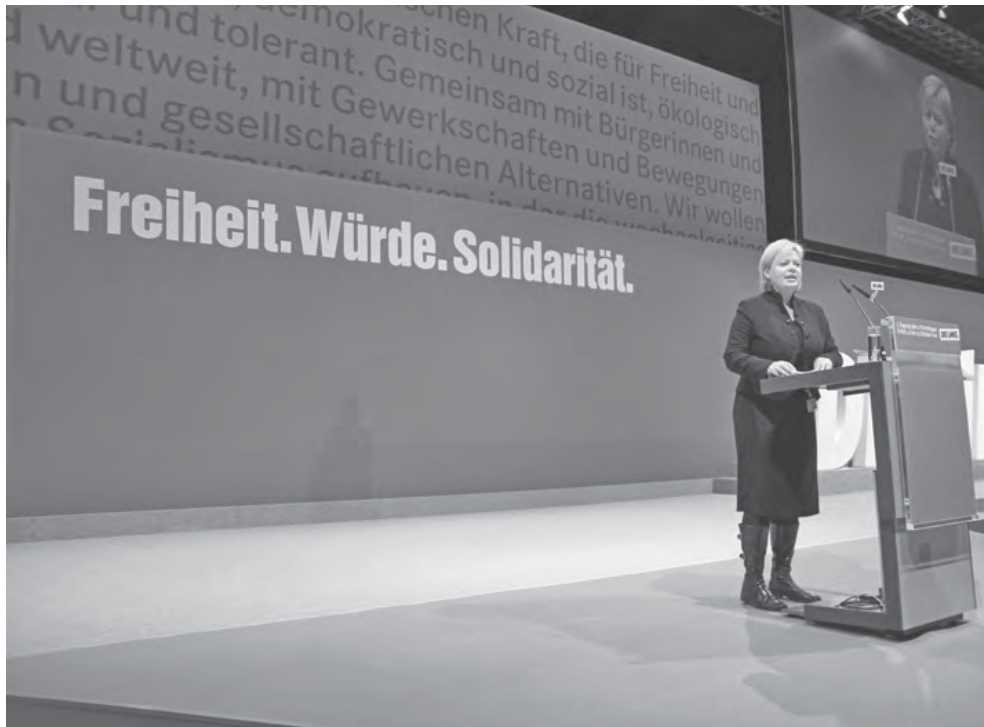


Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Erfurter Parteitag: Die Linke wollte einig sein – S. 4*
- *Gewerkschaften fordern von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung – S. 5*
- *Diskussion um Stadthaushalt in Stuttgart: Die Stadt für alle! – S. 12*
- *IG Metall konzentriert sich aufs Kerngeschäft – mit Erfolg! – S. 15*
- *Klaus Lederer: Gedanken zum Berliner Wahlergebnis – S. 20*

Ausgabe Nr. 11 am 4. November 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Kontrollverlust I

Financial Times, Tagesspiegel, AFP, 30.10. rül Mitarbeiter der ohnehin schon berüchtigten Großbank „Hypo Real Estate“ (2009 war die HRE gegen zum Teil erbitterten Widerstand ihrer Aktionäre, darunter berüchtigte Größen des „Private Equity“-Gewerbes, verstaatlicht und mit Hilfe von insgesamt rund 175 Milliarden Euro an Garantien, Kapitalspritzen und sonstigen Hilfszahlungen vor dem Zusammenbruch gerettet worden) haben offenbar Buchungen im Volumen von 55,5 Milliarden Euro falsch vorgenommen, davon 24,5 Milliarden Euro im Jahr 2010 und 31 Milliarden Euro im Jahr 2011. Diese falschen Buchungen wurden dann offenbar von Beschäftigten der im Oktober 2010 gegründeten staatlichen „FMS Wertmanagement“ nicht entdeckt, sondern in die Bilanzen der FMS übernommen. Die FMS ist als staatliche „Bad Bank“ beauftragt, den Verkauf von sogenannten „Schrottpapieren“ der HRE durchzuführen. Die bei der FMS am Ende auflaufenden Verluste werden nach den Regeln der EU zu den deutschen „Staatsschulden“ gerechnet und wurden offenbar dementsprechend auch schon vom Bundesfinanzministerium nach Brüssel gemeldet. Nun ist diese „deutsche Staatsschuld“ auf einmal um 55,5 Milliarden Euro geringer – das ist mehr als der Jahreshaushalt so manches Bundeslandes – und keiner freut sich. Wie es zu den enormen Fehlbuchungen kam, ist noch unbekannt. Nach dem, was bisher bekannt ist, überließ die FMS die Buchhaltung weiter den Beschäftigten der HRE, die dabei als „Dienstleister“ der FMS arbeiteten. Auch den Kontrolleuren fiel nichts auf, weder der FMS noch dem Bundesfinanzministerium noch womöglich dem Rechnungshof und auch nicht der weltbekannten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC), die im September 2011, also vier Wochen vor Auffliegen des jetzigen Skandals, den Haushalt der FMS gegen ein stattdliches Honorar von 1,265 Millionen Euro geprüft und als korrekt testiert hatte.

Kontrollverlust II

Chaos Computer Club, 8.10. und 29.10.11, FAZ, 27.10.11, VDI-Nachrichten, 28.10. rül „Der Chaos Computer Club (CCC) hat eine Analyse staatlicher Spionagesoftware vorgenommen. Die untersuchten Trojaner können nicht nur höchst intime Daten ausleiten, sondern bieten auch eine Fernsteuerungsfunktion zum Nachladen und Ausführen beliebiger weiterer Schadsoftware. Aufgrund von groben Design- und Implementierungsfehlern entstehen au-

ßerdem eklatante Sicherheitslücken in den infiltrierten Rechnern, die auch Dritte ausnutzen können.“ Das teilte der CCC am 8. Oktober mit. Inzwischen scheint festzustehen, dass die vom CCC untersuchten „Trojaner“ von bayerischen Sicherheitsbehörden stammen, dort vermutlich in modifizierter Form zum Einsatz kamen und gegen das Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 27. Februar 2008 verstoßen, das unter anderem vorschreibt, das sogenannte „Quellen-TKÜ“ („Quellen-Telekommunikationsüberwachung“) ausschließlich für das Abhören von Internettelefonie verwendet werden darf. „Der Gesetzgeber ist gefordert, dem ausufernden Computerschnüffeln ein Ende zu setzen und endlich unmissverständlich zu formulieren, wie die digitale Intimsphäre juristisch zu definieren und wirksam zu bewahren ist“, forderte der CCC am 8. Oktober. Inzwischen ist bekannt, dass der dem CCC zugespielte Trojaner von der privaten Firma „DigiTask“ entwickelt und an mehrere Sicherheitsbehörden in verschiedenen Versionen verkauft worden ist, einer Firma, von der bekannt ist, dass sie ihre Vorgängerfirma und Zollbehörden bestochen hat und dass dafür Verantwortliche der Firma strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden. Der dem CCC zugespielte Trojaner stammt vermutlich aus einem Verfahren in Landshut und ist vom dortigen Landgericht als rechtswidrig eingestuft worden, das bayerische LKA dementiert aber, diese Version eingesetzt zu haben. Der Leiter des Bundeskriminalamtes, Zierke, hat mehrfach, darunter auch vor dem Innenausschuss des Bundestags, erklärt, das BKA setze solche Trojaner „mit Nachladefunktion“ nicht ein. Am 29.10. meldete aber der CCC, ihm sei ein neuer Trojaner zugespielt worden, der exakt den Beschreibungen des BKA über die von ihm verwendeten Trojaner entspreche und der ebenfalls die umstrittenen Nachladefunktionen aufweise. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter reagierte verstört und erklärte, Kriminalisten dürften nicht Programme einsetzen, die in der gerichtlichen Verhandlung zum Zusammenbruch der Anklage führen. Bundesinnenminister Friedrich (CSU) will nun ein gemeinsames Kompetenzzentrum von Bund und Ländern aufbauen, das künftig solche Software im öffentlichen Auftrag entwickeln und regulieren soll.

Grün und Linke fordern Gesetz zum Bleiberecht für Geduldete

Heute im Bundestag, 26/28.10. hav In zwei ähnlich lautenden Anträgen, die die Fraktion der Grünen am 28. Oktober und die Fraktion der Linken am

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

26. Oktober im Bundestag eingebracht haben, wird die Bundesregierung aufgefordert, bis Ende des Jahres eine gesicherte Bleiberechtsregelung für sogenannte „geduldete“ Flüchtlinge zu schaffen. Nach Angaben in den Anträgen lebten Ende Juni dieses Jahres 87 000 Geduldete in der Bundesrepublik, davon mehr als 51 000 bereits länger als sechs Jahre. Vielen Menschen, die derzeit nur über eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ verfügten, drohe mit dem Auslaufen der Bleiberechtsregelung der Innenminister Ende 2011 ein Ende ihres vorläufigen Bleiberechts und der „Rückfall in die Duldung“. Die Bundesregierung soll beiden Anträgen zufolge Menschen nach spätestens fünfjähriger Aufenthaltsdauer „ohne wesentliche zusätzliche Bedingungen“ ein dauerhaftes Bleiberecht gewähren. Bei Familien mit Kindern soll dies laut Vorlage nach drei Jahren der Fall sein und „bei besonders schutzbedürftigen Personen auch früher“. Zugleich soll sich die Bundesregierung nach dem Willen der Linksfraktion im Rahmen der Innenministerkonferenz für eine Übergangsregelung einsetzen, mit der zum Jahreswechsel ein Rückfall von Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ in die Duldung beziehungsweise deren Abschiebung verhindert wird. Derweil wird unter den EU-Innenministern diskutiert, die Visumpflicht für Menschen aus dem Westbalkan wieder einzuführen, die erst vor kurzem abgeschafft wurde. Vor allem Belgien und Luxemburg stünden hinter diesem Ansinnen.

Ein Sieg?

maf. Am Montag, den 31.10.11, hat die Vollversammlung der Unesco mit 107 Fürststimmen, 14 Gegenstimmen und 52 Enthaltungen Palästina als Mitgliedstaat aufgenommen. Da Enthaltungen nicht als Stimmen gezählt werden, wurde somit die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. (www.unesco.org). Die Bundesrepublik Deutschland stimmte mit Nein – wie auch die USA, Israel, Kanada, Australien, Schweden, die Niederlande und sieben weitere Nationen. Frankreich stimmte für den Antrag. Großbritannien enthielt sich. Da in den USA seit etwa 15 Jahren ein Gesetz besteht, das die finanzielle Unterstützung von UN-Organisationen verbietet, bei den Palästina Mitglied ist, teilte die US-Außenministerin Clinton mit, dass die USA ihre Beitragszahlungen an die Unesco, die etwa 22 Prozent des Etats betragen, nicht fortführen würden (www.israelnetz.com). Staatsorgane und Bevölkerung Palästina feierten nach Presseberichten den Erfolg stürmisch, dies nicht nur wegen der erhofften Unterstützung bei der Wahrung des palästinensischen Kulturerbes, sondern auch mit

Blick auf die Lage im Sicherheitsrat und die Mehrheitsverhältnisse in der Vollversammlung, wo der Antrag auf Aufnahme Palästinas als Vollmitglied zur Behandlung ansteht, der nur Erfolg haben könnte, wenn die USA im Sicherheitsrat auf ein Veto verzichteten. Offenbar versucht die palästinensische Seite, die Staatspolitik der mit Israel eng verbündeten USA durch Konfrontation mit der überwiegenden Weltöffentlichkeit zu kontern. An Ort und Stelle des Konflikts zwischen Israel und Palästina zeigt sich indessen die Kehrseite dieser Politik. Die Verhandlungsposition der Palästinenser gegenüber der Regierung Israels wird schwächer, nicht stärker, die Regierung Israels kann das Besatzungsregime und Siedlungspolitik verschärfen und tut das auch. Mittel, die an die palästinensische Administration zu überweisen wären, werden zurückgehalten, Siedlungsvorhaben genehmigt. Im Medium der Weltöffentlichkeit hat die palästinensische Seite Punkte gemacht, im Medium der Macht Punkte verloren, man hat einen Prestigeerfolg gegen eine realpolitische Schwächung eingetauscht. Wer glaubt, dass es möglich sei, ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats durch Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zwingen zu können, verkennt die Konstruktion dieser Institution. Die Staatengemeinschaft kann die Politik der Großmächte nur beeinflussen, weil sie ihnen das Vetorecht zubilligt und auf diese Weise differenziert zwischen Meinung und Mehrheit hier und Macht und Machtmittel dort.

Das Ende Muammar al-Gaddafis

maf Durch Überwachung des Funkverkehrs orteten Spezialdienst der Nato den Gefechtsstand Muammar al-Gaddafis in Sirte, es folgten schwere Luftangriffe der Nato. Ein Kapitulationsangebot an den Militärdiktator scheint es nicht gegeben zu haben. Unbestritten ist, dass Gaddafi mit einer kleinen Kolonne von Militärfahrzeugen versuchte, Sirte zu verlassen. Fortgesetzte Angriffe aus der Luft unterbanden die Flucht und nötigten Gaddafi, Deckung in einem Tunnel zu suchen, der seinen Fluchtweg querte. Dort saß er angesichts der Luftüberlegenheit der Nato fest. Ob Gaddafi versuchte, sich den irgendwann herbeigeführten Truppen des Übergangsrates zu ergeben, oder ob sie ihn im Kampf überwältigten, ist unbekannt. Die jetzige libysche Regierung behauptet, dass Gaddafi zu Tode kam, als seine Anhänger das Fahrzeug beschossen, auf dem er als bereits verwundeter und wehrloser Gefangener nach dem Hauptquartier gebracht werden sollte. Andere Quellen legen die Vermutung nahe, dass er von der Gruppe, die ihn im Gewahrsam hatte,

umgebracht wurde, vielleicht aus Rachegefühlen, vielleicht aus politischem Kalkül. Dergenaue Hergang wird wohl kaum geklärt werden. Die kursierenden Deutungen haben jedoch eigenes politisches Gewicht. Das Verfahren mit dem Oberbefehlshaber macht der großen Zahl der Staats- und Militärfunktionäre des alten Regimes klar, dass ihnen der Weg der Kapitulation nicht offen steht, ein Weg den die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition sogar den Truppen des Nazi-Regimes offen gelassen hatten. So bleibt nach der Zerschlagung der organisierten Militärmacht des Gaddafi-Regimes ein ungeheures Konfliktpotential, das nicht auf das libysche Territorium beschränkt bleibt. Mit Ende des Oktobers hat die Nato ihren Einsatz im libyschen Krieg für beendet erklärt, das von Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängte Flugverbot ist ausgelaufen. Allerdings hat der Sicherheitsrat auf Antrag Russland einstimmig eine Resolution beschlossen, mit der die neue Macht in Libyen und die Staaten in der Region aufgefordert werden, eine illegale Verbreitung der Waffen des geschlagenen Regimes zu unterbinden. Besonders erwähnt werden dabei die Boden-Luft-Raketen, die von nur einer Person zum Einsatz gebracht werden können (wir berichteten bereits in unserer letzten Ausgabe ausführlich). Die Staatsorganisation des alten libyschen Regimes ist zerschlagen. Unklar bleibt, ob damit der Bürgerkrieg beendet und das Land auf dem Weg zum zivilen Frieden ist. Bekannt ist, dass die jetzige Übergangsregierung mit dem Ende der Nato-Präsenz nicht glücklich ist. Sicher ist, dass eine Vielzahl von „Dienst-“ und „Einrichtungen“ der Nato-Staaten in Libyen verbleibt und wirkt. – Trotzdem muss registriert werden, dass die arabische Welt eine politische Umwälzung unter dem Schirm und damit der Oberhoheit der Nato hingenommen hat. Der arabische bzw. panarabische Nationalismus, der sich in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg im Kampf gegen Kolonialismus und arabische Reaktion – Feudalismus im Bündnis mit der Religion – als staatstragende Ideologie herausgebildet hat, hat seine bestimmende Rolle verloren. Ein wichtiger Grund dafür kann in einer veränderten Rolle des Islam liegen, der sich nicht mehr auf die alte untergehende agrarische Feudalgesellschaft bezieht, sondern seinen Platz in der auch in diesen Ländern entstehenden arbeitsteiligen Industriegesellschaft sucht. Weiteren Aufschluss dieses Problems kann das Studium der tunesischen Diskussion geben, hier wurde ja eine islamisch orientierte Mehrheit mit der Aufgabe betraut, eine moderne Staatsverfassung auszuarbeiten, die Religion in ein System geteilter politischer Gewalten einbetten müsste.

Die Linke wollte einig sein

Im folgenden die Stimmen von zwei Delegierten. Die eine erklärt, warum sich vermutlich trotz einiger Bedenken eine so überdeutliche Mehrheit fürs Programm ausgesprochen hat, die andere, warum Bedenken geblieben sind.

Torsten Löser, Kreissprecher die Linke Köln,
Forum demokratischer Sozialisten:

Es ist vollbracht

Es ist vollbracht. Nach fast zwei Jahren intensiver Debatten hat sich die Linke nun ein Parteiprogramm gegeben. Der Gründungsprozess der Partei ist damit abgeschlossen. Die Linke bezieht mit dem beschlossenen Parteiprogramm klar Stellung. Innerhalb des Parteienspektrums der Bundesrepublik versteht sie sich als eine Partei, die die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse überwinden will. „Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“

Für mich ist dieser Absatz einer der Kernbotschaften des Programms. Es verortet die Linke als entschieden antikapitalistische Partei, die sich nicht abfindet „mit einer Welt, in der Profitinteressen über die Lebensperspektive von Milliarden Menschen entscheiden und Ausbeutung, Kriege und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden“.

Bei allen Debatten, die es um den Programmentwurf gab, waren die Analyse der bestehenden Verhältnisse und unser strategisches Ziel unumstritten. Trotzdem gab und gibt es natürlich auch unterschiedliche Positionen zu einigen Fragen. Viel wurde deshalb im Vorfeld spekuliert, ob es dem Parteitag gelingen wird, trotz dieser unterschiedlichen Positionen ein Programm zu beschließen, das dem pluralistischen Charakter der Linken Rechnung trägt, den unterschiedlichen Wurzeln und Erfahrungshorizonten entgegenkommt und den Diskussionsprozess in der Partei aufgreift.

Aus meiner Sicht ist es dem Parteitag gelungen, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Verschiedentlich ist zu lesen, das beschlossene Programm sei ein Formelkompromiss. Dem möchte ich entschieden widersprechen. Es gab nur wenige Teile des Programmes, die umstritten waren. Im Einzelnen waren das:

- die Haltung der Linken zum Existenzrecht Israels und dem Selbstbe-

- stimmungsrecht Palästinas,
- die Frage, ob die Linke für den Austritt aus der Nato eintritt und wie sie zur Frage der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen steht,
- die Frage, ob ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor Teil eines linken Reformprojektes sein kann,
- die Definition des Arbeitsbegriffs und
- die Aussage, unter welchen Bedingungen sich die Linke an einer Regierung beteiligt („rote Haltelinien“).

Zu diesen Themenbereichen hatte der Parteivorstand mit seinem Leitanspruch im Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses einen Kompromissvorschlag vorgelegt, der am Ende die überwältigende Zustimmung des Parteitages fand. Das heißt nicht, dass wir einen unspannenden Parteitag hatten. 1400 Änderungsanträge sind aus meiner Sicht eben genau Ausdruck dieses Diskussionsprozesses, der mit dem Beschluss des Parteiprogrammes nicht abgeschlossen ist. Gerade die Diskussionen zur 4-in-1-Perspektive, die u.a. von Frigga Haugg initiiert wurde, um ein bedingungsloses Grundeinkommen, um den Bereich der Solidarökonomie, um die Ursachen der Finanzkrise und den Klassenbegriff zeigen, dass die Linke gesellschaftliche Debatten aufgreift, ohne dabei jede alternative Position kritiklos zu übernehmen.

Mancher Journalist sprach von einem Formelkompromiss. Ich halte diesen Begriff mit Blick auf das Programm der Linken für falsch. Vielmehr hat der Parteitag ein Programm beschlossen, das den gegenwärtigen Diskussionsstand beschreibt. Dass das letztlich in großer Einmütigkeit geschah, zeigt auch, dass die Linke fähig ist, strömungsübergreifend deutliche und klare Positionen zu beziehen. Gerade jetzt, wo tausende Menschen weltweit fast täglich gegen die Diktatur der Finanzmärkte protestieren und eine demokratische Umgestaltung der Wirtschaft fordern, hat die Linke bewiesen, dass sie programmatisch und ganz praktisch an der Seite aller Menschen steht, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Deswegen ist aus meiner Sicht, die wichtigste Aufgabe, die vor der Linken steht, das Programm mit Leben zu erfüllen. Auf den Straßen, in den Gewerkschaften, in Vereinen und Verbänden und auch in den Parlamenten kommt es nun darauf an, unsere Vorstellungen einer sozialen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft in Debatten einzubringen und

für sie zu werben.

Wie wichtig das ist, hat mir vor allem der Beitrag von Aleksis Tsirpa, einem Genossen der griechischen Partei „Syriza“, auf dem Parteitag deutlich gemacht, der sich für die Solidarität der Linken mit den sozialen Kämpfen in Griechenland bedankt und die Bedeutung der Linken für diese Kämpfe in Europa unterstrichen hat. Die Linke ist zurück, das hat dieser Parteitag eindrucksvoll bewiesen!

Halina Wawzyniak zu ihrer Enthaltung zum Parteiprogramm

Freiheit und Sozialismus

Halina Wawzyniak, stellvertretende Parteivorsitzende Die Linke, hat sich als eine der wenigen Delegierten bei der Abstimmung über das Programm enthalten. In ihrem Internet-Blog schreibt sie zu den Gründen:

„Dank Großbildleinwand im Saal des Bundesparteitages konnte man sehen, ich habe mich beim Programm enthalten.“

Nunwerdeichgefragtwarum?Ichhabe einen alternativen Programmentwurf vorgelegt und im Parteivorstand mehr als 60 Änderungsanträge gestellt. Im Parteivorstand habe ich noch gegen den Programmentwurf gestimmt und zwei Minderheitenvoten veröffentlicht. In der letzten Sitzung des Parteivorstandes gab es aus meiner Sicht sehr sinnvolle Übernahmen und auch der Parteitag hat das Parteiprogramm noch einmal wesentlich verbessert.

Insofern konnte ich meine Position von einem Nein in eine Enthaltung ändern. Eine Zustimmung allerdings war mir ob der bestehenden Grundkritik nicht möglich. Der für mich letztlich entscheidende Hinderungsgrund war die mehrheitlich beschlossene Ablehnung des Antrages, die in der Präambel enthaltene Formel ‚Freiheit durch Sozialismus‘ durch ‚Freiheit und Sozialismus‘ zu ersetzen. Ich finde immer noch, das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft ist individuelle Freiheit und sozial gleiche Teilhabe. Das eine folgt nicht aus dem anderen. Eine solidarische Gesellschaft braucht beides.*

[update]: Weil es diverse Nachfragen gegeben hat, will ich hier klarstellen, dass das beschlossene Programm selbstverständlich Grundlage meines Handelns sein wird.“

* Anmerkung der Redaktion: Halina Wawzyniak bezieht sich auf eine Stelle im beschlossenen Programmentwurf, die wörtlich heißt:

„Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft.“

Griechenland vor einer Entscheidung

Dieser Ausgabe der Politischen Berichte liegt der Rundbrief Nr. 8 der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung der Linken bei, in dem auf den Seiten 5 bis 14 Fragen der Verfassung der EU, ihrer Beurteilung durch Die Linke, ihrem geschichtlichen Werden und vor allem auch ihrer Wirtschaftsverfassung – Stichwort Währungsraum – behandelt werden. Die Aktualität dieser Fragen zeigt sich in den neuesten Entwicklungen in Griechenland, die uns bei der Endproduktion dieses Heftes der Politischen Berichte überrascht haben.

Die Regierung Papandreou hat von ihrem Plan Abstand genommen, das Maßnahmenpaket, das auf Grund von Forderungen des IWF und der EU tief in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes eingreift, im Dezember einer Volksabstimmung vorzulegen. Angeblich ist die Opposition nunmehr bereit, in eine Übergangsregierung einzutreten, die die von EU und IWF geforderten Gesetze beschließt und durchführt. Das sogenannte Sparpaket ist in Griechenland äußerst unpopulär, um nicht zu sagen verhasst. Andererseits wird die Zugehörigkeit zur Euro-Zone von einer Mehrheit der Griechen hoch geschätzt, die Mitgliedschaft in der EU steht schon gleich gar nicht in Frage. Interessant war die Reaktion einiger EU-Staaten auf Papandreous Vorhaben. Vor allem die Regierung Merkel, sprach sofort von einer Abstimmung über den Verbleib des Landes in der Euro-Zone.

Ein wichtiger Grund für die politische Instabilität ist, dass kein Mensch sicher sagen kann, ob das sogenannte Sparpaket tatsächlich zu einer verbesserten Wettbewerbslage der griechischen Wirtschaft führen wird. Die Fachleute sind sich uneins, bei Überwiegen von Zweifel.

Sicher ist lediglich, dass das Sparpaket tiefe Einschnitte in die Lebensplanung der Einzelnen und der Gesellschaft bringen wird. In der jüngeren Geschichte Europas haben sich solche Situationen mehrfach ergeben, auch innerhalb der EU. Da handelte es sich aber um Einschnitte als Folge politischer Umwälzungen, die mehrheitlich gewollt waren. Im Fall Griechenlands geht es jedoch nicht um die wirtschaftliche Bewältigung der Folgen eines politischen Transformation. Das Land und eigentlich die ganze Welt hatten damit gerechnet, dass die ökonomischen und kulturellen Anpassungsprozesse, die mit der Annahme des Euro Zielpunkt wurden, in einer Reihe kleinerer Schritte bewältigt werden könnten. Ein solches langsameres Tempo der Veränderung bedeutet zuerst schon mal, dass Veränderungen in einem moderaten Wirt-

schaftswachstum „versteckt“ werden, das aus tariflichen Anpassungsprozessen bekannte Stichwort lautet: weiche Landung. Noch wichtiger ist, dass die Wirtschaftssubjekte, die Einzelnen in ihrer Lebensplanung, die Familien, die kleinen Betriebe und die großen Wirtschaftseinheiten sich auf die absehbaren Veränderungen aktiv planend einstellen können. Die abrupte Veränderung fast aller Rahmenbedingungen des Wirtschaftens bewirkt hingegen, dass Menschen und Unternehmen den Umwälzungsprozess erleiden, nicht mit selbst gesteckten Zielen und Werten in den Prozess eintreten können, sondern politischen Zwang erfahren.

Das an- und jetzt wieder abgesagte Referendum hätte unter diesem Gesichtspunkt durchaus nützen können. Die Staatsbürger Griechenlands hätten diskutieren und entscheiden können,

ob sie unter diesen – von außen gegebenen – Umständen Mitglieder der Währungsunion bleiben wollen. Wenn man davon ausgeht, dass die – nach Umfragen immer noch andauernde – Popularität des Euro in Griechenland die Popularität der Lebensweise ist, die sich in den reifen Industriegesellschaften herausgebildet hat, in denen Arbeitsproduktivität, Arbeitsintensität und Arbeitseinkommen hoch und öffentliche Einrichtungen gut ausgebaut sind, hätte eine solche Diskussion in eine Debatte über erfolgversprechende Wege der Anpassung und Grundsätze der ökonomischen Kooperation im Euro-Raum münden können. Es ist denkbar, dass schon die Diskussion um das Referendum zu Schwerpunktverschiebungen und mehr Rücksicht auf soziale Belange in Griechenland und im Umgang mit Griechenland und den jeweils eigenen Probleme der Länder der Euro-Zone geführt hätte.

Martin Fochler

Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (IAO)

Gewerkschaften fordern umfassende Maßnahmen der IAO gegen prekäre Beschäftigung

Mehr als 100 Vertreter/innen von Gewerkschaften aus aller Welt nahmen an einem Symposium über prekäre Beschäftigung teil, das vom 4. bis 7. Oktober vom IAO-Büro Arbeitnehmer-tätigkeiten (Actrav) in Genf veranstaltet wurde. An drei Tagen schilderten Gewerkschafter/innen, wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse die Arbeitnehmerrechte, den Erfassungsbereich von Tarifverhandlungen, die Löhne und die Arbeitsbedingungen in der ganzen Welt gefährden.

Alseiner der Hauptredner zeigte Generalsekretär Ron Oswald der Vereinigten Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Hotelarbeitnehmer (IUL) zur Eröffnung des Symposiums die wesentlichen Probleme auf, die sich der IAO in Bezug auf prekäre Beschäftigung stellen.

„Millionen Menschen leiden seit jeher unter prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen“, erklärte Oswald. „Weshalb also reden wir über prekäre Beschäftigung, als handle es sich dabei um eine neue Erscheinung?“

Weil die Arbeitnehmer/innen heute nahezu überall Angriffen ausgesetzt sind, auch in einigen ihrer früher als völlig sicher geltenden Bastionen. Zentral ist dabei der Angriff auf unsere grundlegenden Rechte auf Vereinigung und Kollektivverhandlungen.

Auf der einen Seite wird die allgemeine Offensive gegen Beschäftigungsrechte von den internationalen Finanzinstituten angeheizt. Was uns auch immer über einen neuen humanen Anstrich der Weltbank und des Internationalen

Währungsfonds (IWF) erzählt wird, die alten Auflagen gelten unverändert. Nur bleiben sie nicht mehr auf die Entwicklungsländer beschränkt, sondern gelten nunmehr auch für die Kernländer, die früher allein über das Geld verfügten, und werden als Reaktion des Kapitals auf die Krise mit neuer Energie verteidigt. Beschäftigungsverträge werden individualisiert und Kollektivrechte mit einem Federstrich beseitigt, wobei die Länder belobigt werden, die die allgemeine Verunsicherung am weitesten treiben.

Die zweite Stoßrichtung der Angriffe gilt der Beseitigung direkter, unbefristeter Beschäftigungsverträge. Direkte Dauerbeschäftigungen verschwinden und werden zunehmend durch ‚Zeit‘verträge ersetzt, die sich in Wirklichkeit über Jahrzehnte oder das ganze Arbeitsleben erstrecken können; oder aber durch Auslagerungen und Leiharbeitsverträge, die das wirkliche Beschäftigungsverhältnis und damit die Machtverhältnisse am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft verschleiern; durch ‚Saison‘verträge, die für das ganze Jahr gelten und alle Jahreszeiten in einem einzigen Betrieb vereinigen; durch sogenannte ‚Selbstständigkeits‘regelungen, die aus Lohnempfängern/innen ‚Vertragsnehmer/innen‘ machen; durch Arbeit auf Abruf oder durch vorgebliche ‚Lehren‘, die häufig euphemistisch als ‚lebenslanges Lernen‘ bezeichnet werden.

In reichen und armen Ländern, in immer mehr Betrieben, sei es auf Plantagen,

in Fabriken, Hotels, Büros oder Labors gibt es immer weniger Arbeitnehmer/innen, die über ihre Gewerkschaften mit ihrem Arbeitgeber verhandeln können, und immer mehr Arbeitnehmer/innen, denen dieses Recht verweigert wird, weil mit legalen Tricks dafür gesorgt worden ist, dass ein anderer als ihr wirklicher Arbeitgeber ihre Löhne zahlt. Und es gibt immer mehr Unternehmen, die keine Arbeitnehmer/innen beschäftigen und deshalb keine Verantwortung als Arbeitgeber tragen, weil jene, die die Arbeit verrichten, mit der ihre Gewinne erzielt werden, ausgelagert oder nach US-amerikanischer Terminologie an einen Personaldienstleister 'vermietet' wurden.

Diese massive Verletzung von Rechten wird zuweilen als eine ‚Herausforderung‘, als ‚Flexibilitäts Herausforderung‘ oder mit ähnlichen Formulierungen bezeichnet, die die Wahrheit verschleiern sollen. Die Verweigerung von Rechten und die Zersetzung der Arbeit gehen Hand in Hand mit einer gezielten Zersetzung der Sprache. Prekäre Beschäftigung ist jedoch keine Herausforderung, sondern sie stellt einen präzise geplanten Angriff dar.“

Oswald forderte die IAO auf, darauf hinzuwirken, „dass die Übereinkommen 87 und 98 wieder ihre wahre Bedeutung gewinnen, eine Bedeutung, die durch die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse allmählich ihres Inhalts beraubt wurde.“

Die ersten drei Tage des Symposiums boten den Gewerkschaftsvertretern/innen die Möglichkeit, in Gruppen- und Plenardiskussionen die Triebkräfte hinter der Ausbreitung der prekären Beschäftigung aufzuzeigen und Erfahrungen und Strategien zu ihrer Bekämpfung zu vergleichen. In Referaten des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) und der globalen Gewerkschaftsbünde IMB (Metall), IUL (Lebensmittel, Landwirtschaft und Hotels), ICEM (Chemie, Energie, Bergbau) und BHI (Bau und Holz) wurden Programme und Kampagnen geschildert, mit denen Organisations- und Verhandlungsrechte für Gelegenheitsarbeiter/innen gewonnen werden sollten. Peter Rossman vom IUL-Sekretariat hob die Finanzdynamik, die diesen Prozess antreibt, sowie die Notwendigkeit hervor, dass Gewerkschaften im Rahmen von Kollektivverhandlungen das vollständige Aufdecken von Leih- und Gelegenheitsarbeiterzahlen sowie von Auftragsherstellern und Dienstleistungserbringern fordern. Das Recht auf diese Information sei nach den Kernübereinkommen der IAO grundsätzlich gesichert.

Hervorragende Referate von Sachverständigen des Internationalen Arbeitsamtes für Normen und die laufende juristische Arbeit der IAO zu Gelegenheitsbeschäftigungen machten deutlich, wo aufgebaut werden kann und wo noch

Lücken der Schutzvorkehrungen bestehen, da die geltenden Übereinkommen in vielen Fällen weder in der Praxis noch in Bezug auf die juristische Auslegung genügend detailliert seien, um die Konsequenzen von Dreiecksverhältnissen in der Beschäftigung zu berücksichtigen. Um Arbeitnehmer/innen und ihr Vereinigungs- und Kollektivverhandlungsrecht zu verteidigen, müssten die geltenden Übereinkommen gegen Angriffe von Seiten der Arbeitgeber und der Regierungen geschützt werden, doch erfordere ihre Umsetzung unter den veränderten Rahmenbedingungen darüber hinaus auch ihre umfassendere Nutzung, beispielsweise durch Klagen an den IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit. Ein solches Vorgehen erfordere Organisationsarbeit und Kampf.

Am letzten Tag des Symposiums – dem Welttag für menschenwürdige Arbeit – konnten die Teilnehmer/innen an einer Demonstration teilnehmen, die von der schweizerischen Gewerkschaft Unia bei den Vereinten Nationen organisiert wurde, um auf den anhaltend unzulänglichen rechtlichen Schutz Schweizer Gewerkschafter/innen hinzuweisen.

Anschließend zogen die Teilnehmer/innen wieder in das Internationale Arbeitsamt, wo die Schlussfolgerungen des Symposiums Vertretern der IAO vorgelegt wurden. Die Tagung machte der IAO eindeutig klar, dass die prekäre Beschäftigung zum Kern ihrer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Arbeitnehmerrechte werden müsse. In den Schlussfolgerungen heißt es: „Arbeitnehmer/innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen leiden unter unzulänglichen Arbeitsbedingungen in Bezug auf alle Aspekte ihrer Arbeit: Sicherheit, Vorhersehbarkeit, Arbeitsschutz, Löhne und Leistungen sowie Zugang zur sozialen Sicherheit. Die Ausbreitung der prekären Beschäftigung ist Teil eines Phänomens, das durchaus als weltweiter Angriff der Unternehmen gegen das Vereinigungs- und das Kollektivverhandlungsrecht bezeichnet werden kann, indem zu Fremdvergaben und Einzelverträgen übergegangen, gegen Tarifverhandlungen auf Branchen- und Landesebene vorgegangen und die Verantwortung des Arbeitgebers dort umgangen wird, wo es sich eigentlich um ein direktes Beschäftigungsverhältnis zu den Arbeitnehmern/innen handeln sollte.“

In den Schlussfolgerungen wurde die IAO konkret aufgefordert, einen umfassenden Bericht über Gesetzgebung und Praxis zu erstellen und eine Sachverständigentagung der IAO über Hindernisse für die Organisation und die Kollektivverhandlungen für Arbeitnehmer/innen in prekärer Beschäftigung einzuberufen sowie die Ausarbeitung geeigneter Urkunden zu prüfen, die die Einführung prekärer Beschäftigungsformen beschränken und vermindern.

bee **Quelle:** <http://cms.iuf.org>, 27.10.2011

Nestlé: Provokationen, Einschüchterungen, Entlassungen

Der Druck von Firmenleitungen auf Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften bei Nestlé, dem größten Lebensmittelunternehmen der Welt, dauert an. In der Nescafé-Fabrik in Panjang, Indonesien sind Gewerkschaftsmitglieder entlassen worden, nachdem sie als Reaktion auf festgefahrene Tarifverhandlungen zu Kampfmaßnahmen gegriffen hatten. Das Unternehmen hat keine Vertreter zu Vermittlungsverhandlungen entsandt, einem Ausschuss des Lokalparlaments den Besuch der Fabrik verweigert und Massenentlassungen vorgenommen, statt Verhandlungen aufzunehmen. In Pakistan hat die lokale Firmenleitung in Kabirwala seit der Erweiterung des Betriebs versucht, die Gewerkschaft zu schwächen, indem sie den Gewerkschaftsvorsitzenden schikaniert. Jetzt, da die Gewerkschaft mit aller Energie das Recht Hunderter Vertragsarbeiter/innen in diesem Betrieb auf eine Dauerbeschäftigung verteidigt, reagiert Nestlé mit Provokationen und Entlassungen und hat den Gewerkschaftsvorsitzenden freigesetzt.

Quelle: iuf@iuf.org, 6.10.11

Vereinbarung zwischen IUL und Danone über Arbeitsbedingungen

Danone ist in 120 Ländern vertreten und beschäftigt rund 80 000 Mitarbeiter. Im Jahr 2010 wurde ein Umsatz von rund 17 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die IUL vereint Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Hotelarbeiter/innen weltweit. In einer Information für die Danone-Beschäftigten teilt die IUL mit: „Es freut uns, bekannt geben zu können, dass eine neue Vereinbarung über Gesundheit, Sicherheit, Arbeitsbedingungen und Stress am 29. September von IUL-Generalsekretär Ron Oswald und Danone-CEO Frank Riboud in Paris unterzeichnet worden ist. Diese Vereinbarung wird einen positiven Einfluss vor Ort in den Betrieben haben, in denen eine solche Vereinbarung letztlich ihre Bewährungsprobe bestehen muss. Die aktive Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder und ihrer Vertreter/innen an den in der Vereinbarung dargelegten Verfahren stellt bei der Umsetzung ein wesentliches Gegengewicht zur Unternehmensleistung dar. Wir begrüßen die anhaltende Verpflichtung von Danone, sicherzustellen, dass den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und ihren Gewerkschaften jegliches Recht und jegliche Gelegenheit gewährleistet wird, bei der Umsetzung der Vereinbarung in Danone-Betrieben weltweit eine aktive Rolle zu spielen.“ An der Vereinbarung haben Gewerkschaftsvertreterinnen/-vertreter aus Algerien, Argentinien,

Belgien, Brasilien, Bulgarien, Kanada, Tschechische Republik, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Indonesien, Mexiko, Niederlande, Polen, Rumänien, Russland, Südafrika, Spanien, Türkei und USA mitgewirkt.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 14.10.2011

Portugal: Proteste der Gewerkschaften

Die Krisenbewältigung in Portugal stößt weiter auf Widerstand und Opposition. Gegen Kürzungen der Löhne, Demonstration am 4. Oktober in Porto

der Renten und des Arbeitslosengeldes (bei steigenden Lebenshaltungskosten) rief die CGTP, der größte Gewerkschaftsverband des Landes, am 1. Oktober zu Demonstrationen in den Städten Lissabon und Porto auf. Nach Gewerkschaftsangaben waren ca. 150 000 Menschen auf der Straße – nach eigenen Beobachtungen ist von niedrigeren Zahlen auszugehen. Die CGTP steht politisch der Kommunistischen Partei Portugals nahe und setzt (wie auch die KP) auf a) mehr Souveränität



Portugals und weniger Einmischung durch EU und IWF, b) einen links-keynesianischen Sozialstaat und Vollbeschäftigung. Die Demonstrationen am 1. Oktober waren die ersten Massenproteste seit den Wahlen im Juni 2011. Seitdem regiert eine Koalition zwischen der konservativen PSD und der rechtspopulistischen CDS-PP. Die Regierung setzte die Spar- und Kürzungsprogramme, die durch EU und IWF formuliert wurden, um. Dabei kam es bereits zu einer ganzen Reihe von kleineren Protesten, etwa gegen Preiserhöhungen im Nahverkehr oder gegen die Stilllegung von Bahnstrecken. Massenproteste, die unabhängig von Parteien und Gewerkschaften organisiert wurden, wie zuletzt im März 2011, sind bisher ausgeblieben.

Quelle: indymedia.org, 4.10.2011

Verdi unterstützt Protest vor polnischer Druckerei

Der Anblick war martialisch: Vor der Druckerei BDN im polnischen Sonderwirtschaftsgebiet Nowogrodziec

hatten sich dutzende Polizisten in Kampfmontur aufgebaut. Vor ihnen standen rund 250 Gewerkschafter der Solidarnosc, die gegen die fristlose Entlassung von drei Beschäftigten protestierten. Die Druckerei gehört zur deutschen Bauer-Media-Group, Firmenpatriarch Heinz Bauer gilt als betriebsrats- und gewerkschaftsfeindlich. An dem Protest beteiligten sich auch Vertreter des DGB Sachsen und des Verdi-Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Polizisten ließen nur eine schmale Gasse, damit die Arbeiter zum Schichtwechsel den Eingang erreichen konnten. Mit den Solidarnosc-Vertretern sprechen durften die Ankommenden nicht. Wer es dennoch wagte, ein Flugblatt anzunehmen, musste es am Werkstor wieder abgeben. Der Kontakt zur Solidarnosc war der Grund, warum drei Beschäftigte fristlos entlassen wurden. Sie hatten sich gemeinsam mit Kollegen am 8. September vor dem Werkstor nach ihrer Arbeitszeit getroffen. Von der Werksleitung als Organisatoren des Treffens verdächtigt, wurden sie am 13. September gekündigt und umgehend mit dem Werksschutz vom Betriebsgelände geführt. Dort standen sie auf der grünen Wiese, die Druckerei befindet sich außerhalb einer Ortschaft. Zu den Schichten werden die Arbeiter mit Bussen gebracht. „Wir haben dann die Solidarnosc angerufen und wurden abgeholt“, erzählt einer der Betroffenen. Er will nicht namentlich genannt werden, aus Angst, dann auch in keinem anderen Betrieb in der Region einen Arbeitsplatz zu bekommen. Dort soll es „schwarze Listen“ geben: Allein das Gerücht reicht, um die Arbeiter einzuschüchtern. Diese Wirkung wurde von der BDN-Werksleitung wohl auch beabsichtigt, als aus dem Gebäude und vom Gelände die Protestierenden gefilmt wurden. Die Solidarnosc kündigte weitere Proteste an. „Die Gewerkschaften müssen sich auf europäischer Ebene im Kampf gegen Bauer zusammenschließen“, sagte Franciszek Kopec. Quelle: [Ver.di News](http://www.verdi.de) 29.10.2011

Arcelor-Mittal: Aus für zwei Hochöfen in Lüttich

Arcelor-Mittal ist ein Stahlkonzern, der 2007 aus der niederländischen Mittal Steel Company und dem luxemburgischen Konzern Arcelor hervorging. Offizieller Unternehmenssitz ist zwar Luxemburg. Tatsächlich wird Arcelor-Mittal jedoch aus London geleitet. Das Unternehmen verfügt über rund 60 Werke in mehr als zwei Dutzend Staaten und beschäftigt rund 310 000 Mitarbeiter. Der Stahlriese hat am 5. Oktober den belgischen Gewerkschaften das Aus für zwei Hochöfen am Standort Lüttich mitgeteilt. Nach einem achttägigen Streik hatten die Be-

schäftigten in Lüttich sich zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit entschieden. Mit den Streiks wollten die Mitarbeiter Garantien mit Arcelor-Mittal aushandeln, dass die Produktion an beiden Hochöfen weitergehen. Die Stahlarbeiter, die dem 3. Oktober ihre Chefs in den Büroräumen von Arcelor-Mittal in Flémalle bei Lüttich festhielten, mussten ihre Aktion beenden, meldet die belgische Internetseite rtbf.be. Das Unternehmen hatte die Polizei zur Hilfe gerufen. Auch die Gewerkschaften hatten auf ein Ende der Aktion gedrängt, da sie eine Verschärfung des Konflikts befürchteten. Die Stahlstandorte rund um Lüttich werden weiter bestreikt. Doch nach dem Streikende wartete die Hiobsbotschaft: ArcelorMittal teilte das endgültige Ende der Hochöfen mit.

Quelle: <http://de.wikipedia.org>, <http://www.les-sentiel.lu>, 04.10.2011

Schweiz: Mehr Respekt für das Verkaufspersonal

Kollektiver Abzug von Kassenfehlbeträgen, Kaufpflicht von Arbeitskleidern und Taschenkontrollen ohne Einwilligung und Anwesenheit der Mitarbeiter/innen sind gesetzeswidrig. Die Zebra Fashion AG reagiert unverzüglich auf Kritik und korrigiert die beanstandeten Praktiken. Das ist ein positives Zeichen für die Angestellten des Detailhandels. Die Zebra Fashion AG und die Gewerkschaft Unia haben alle Konflikte diskutiert und Lösungen gefunden. In einer gemeinsam unterschriebenen Vereinbarung verpflichtet sich das Unternehmen, ab sofort auf Taschenkontrollen als ungeeignetes Mittel der Mitarbeiterführung zu verzichten. Auch die kollektive Haftung bei Kassendifferenzen (Manko) durch das gesamte Personal wird aufgehoben. Darüber hinaus ändert die Zebra Fashion AG ihr Personalreglement und hält fest, dass das Tragen von Zebra-Kleidern bei der Arbeit geschätzt wird, aber „ausdrücklich freiwillig“ ist. Die umstrittenen Praktiken sind leider bei diversen Kleiderverkaufsketten anzutreffen. Mit ihrer Vereinbarung setzen die Zebra Fashion AG und die Unia ein positives Zeichen für die Branche und zeigen, dass es auch anders gehen kann.

Das Gespräch und die Vereinbarung sind zu Stande gekommen, nachdem sich Verkäuferinnen an die Unia gewandt und im Schweizer Fernsehen über die beanstandeten Punkte berichtet wurde. Die Zebra Fashion AG bekennt sich zudem klar zur Einhaltung des Normalarbeitsvertrags Detailhandel im Kanton Bern (staatlich geregelte Arbeitsbedingungen) und zum Recht der Angestellten sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Quelle: <http://www.unia.ch>, 26.10.2011

Mietenwahnsinn stoppen – Wohnraum vergesellschaften

HAMBURG. Rund 4 000 Menschen demonstrierten am 29.10 in Hamburg gegen zu hohe Mieten und für eine andere Wohnungspolitik. Wir dokumentieren im Folgenden aus dem Aufruf:

„... Die Mieten steigen stadtweit auf unerträgliche Höhen, oftmals als Folge von Umstrukturierungsprozessen. Der Bedarf an günstigem, zentralem Wohnraum nimmt weiter zu. Neu gebaut werden nur hochpreisige Miet- und Eigentumswohnungen, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse von Anwohner_innen. Noch immer stehen auch 1,4 Millionen Quadratmeter Büroraum ungenutzt leer ... Mit Erscheinen des Mietenspiegels im November wird den Vermieter_innen erneut die Möglichkeit geboten, weiter an der Mieterhöhungsspirale zu drehen, und das sogar

berechtigter Mitbestimmung und nicht gegen den Willen der Anwohner_innen umgesetzt werden ... Wohnraum ist für uns keine Ware, sondern ein öffentliches Gut, das wir zum Leben brauchen. Eine grundsätzliche Veränderung ist notwendig: Wohnraum muss dem profitorientierten Markt entzogen und allen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Vergesellschaftung von Wohnraum heißt für uns, dass die Frage, wer wo wohnen kann, nicht länger von den finanziellen Ressourcen der einzelnen abhängt.“

<http://mietenwahnsinn.rechtaufstadt.net/>

Aktionen gegen die Macht der Finanzmärkte

BERLIN. Überall in Deutschland haben Tausende Menschen als Teil der Occupy-Bewegung gegen die Macht der Finanzmärkte demonstriert. Jetzt

wenden sich mit einem Online-Appell über 60 000 Bürger/innen mit fünf konkreten Forderungen an Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble. Diese sollen in dem geplanten neuen Bankenrettungspaket mit aufgenommen werden. Demnach sollen „systemrelevante“ Großbanken in kleinere Einheiten aufgeteilt, undurchschaubare und hochspekulative Finanzprodukte verboten,

das Investmentbanking vom normalen Bankgeschäft getrennt sowie eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Bevor Banken, deren Rettung im öffentlichen Interesse ist, Steuermittel erhalten, müssten zuallererst bisherige Eigentümer und Gläubiger haften. Initiiert wurde der Online-Appell von Attac und dem Kampagnennetzwerk Campact. Der Protest soll weitergehen! Unter anderem planen Attac und Campact mit weiteren Bündnispartnern für den 12. November größere Proteste in Frankfurt am Main und Berlin. Dort soll das Frankfurter Bankenzentrum und das Berliner Regulierungsviertel umzingelt werden, um die Banken in die Schranken zu weisen und ein deutliches Zeichen für echte Demokratie zu setzen.

www.attac-netzwerk.de

15 000 auf länderübergreifender Demonstration gegen Fluglärm

MAINZ/WIESBADEN. Am 22. Oktober 2011 haben ca. 15 000 Menschen in Mainz gegen die Folgen der Inbetriebnahme der Landebahn demonstriert. Aus allen Teilen des Rhein-Main-Gebietes kamen sie zusammen. Bei strahlendem Sonnenschein zog der Demonstrationszug von Rheinland-Pfalz über die Theodor-Heuss-Brücke nach Hessen. Der Weg über den Rhein ist das Sinnbild für den gemeinsamen Kampf gegen Fluglärm, für ein Nachtflugverbot von 22- 6 Uhr und für eine Begrenzung der Flugbewegungen und gegen jeden weiteren Flughafenausbau. Die größte Demonstration seit Jahren ist ein Zeichen, dass immer weniger Bürger bereit sind, kontinuierlich steigende Belastungen im Interesse großer Konzerne widerspruchslos hinzunehmen. Auf der anschließenden Kundgebung machten Redner deutlich, dass sie nicht eine „gerechte“ Verteilung des Fluglärms fordern, sondern eine Minimierung, die letztlich nur durch eine Begrenzung der Zahl der Flugbewegungen erreicht werden kann. Bürger aus der ganzen Region ziehen hierbei an einem Strang und lassen sich nicht auseinanderdividieren. <http://bbi.unser-forum.de>

lendem Sonnenschein zog der Demonstrationszug von Rheinland-Pfalz über die Theodor-Heuss-Brücke nach Hessen. Der Weg über den Rhein ist das Sinnbild für den gemeinsamen Kampf gegen Fluglärm, für ein Nachtflugverbot von 22- 6 Uhr und für eine Begrenzung der Flugbewegungen und gegen jeden weiteren Flughafenausbau. Die größte Demonstration seit Jahren ist ein Zeichen, dass immer weniger Bürger bereit sind, kontinuierlich steigende Belastungen im Interesse großer Konzerne widerspruchslos hinzunehmen. Auf der anschließenden Kundgebung machten Redner deutlich, dass sie nicht eine „gerechte“ Verteilung des Fluglärms fordern, sondern eine Minimierung, die letztlich nur durch eine Begrenzung der Zahl der Flugbewegungen erreicht werden kann. Bürger aus der ganzen Region ziehen hierbei an einem Strang und lassen sich nicht auseinanderdividieren. <http://bbi.unser-forum.de>

Internationale Jugendkonferenz: „Wir erwarten mehr!“

BERLIN. Für das Recht sich weltweit gewerkschaftlich organisieren zu können, setzen sich 70 junge Menschen aus über 24 Ländern der ganzen Welt auf einer internationalen Konferenz in Berlin ein. Mit der Botschaft der internationalen Kampagne „We expect better“ – „Wir erwarten etwas Besseres“ kritisieren sie exemplarisch die Telekom für die massive Behinderung von gewerkschaftlicher Arbeit bei T-Mobile in den USA. Zu der internationalen Veranstaltung „Decent Work for Youth – Lost in Globalisation?“ hatten zum 6. und 7. Oktober Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und DGB-Jugend anlässlich des Welttags für menschenwürdige Arbeit eingeladen. Die TeilnehmerInnen aus Gewerkschaften, Politik und Verbänden beschäftigten sich mit globalen Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, nachhaltige Entwicklung und der Zukunft von Gewerkschaften. Sie entwickelten gemeinsam Positionen und diskutierten darüber, wie sie sich für ihre Interessen einsetzen und aktiv werden können. Am Ende stand die klare Forderung an die Regierungen, alles zu tun, um den Zugang Jugendlicher zu menschenwürdigen Arbeitsplätzen, zu guter Bildung und Ausbildung zu verbessern. Im Zuge der Finanzkrisen hat sich die Situation junger Menschen weiter verschlechtert. Prekäre Arbeit ist für viele junge ArbeitnehmerInnen inzwischen eine Realität, die ihnen ein Leben in Würde unmöglich macht. Letztlich bleibt ihnen häufig nur Teilzeit-, Heim- oder Leiharbeit. In den Entwicklungsländern fallen mehr als 150 Millionen Jugendliche in die Kategorie der arbeitenden Armen.

www.dgb-jugend.de



gesetzlich begründet. Da der Mietenspiegel nur Mietvereinbarungen der letzten Jahre berücksichtigt, ist die Dynamik der Mietpreise verordnet. Zudem ist der Bodenrichtwert das entscheidende Kriterium für die Frage, ob eine Straße als gute Wohnlage gilt oder nicht. Machen sich Umwandler und Eigentumswohnungen breit, wie in gentrifizierten Quartieren, dann steigt der Bodenrichtwert und plötzlich ist z.B. die Koppel in St. Georg eine gute Wohnlage. Die Mieter bezahlen also für reiche Nachbarn mehr Miete ... Um den Mietenwahnsinn in Hamburg zu stoppen, fordern wir, unverzüglich eine allgemeine Mietobergrenze, weit unterhalb der derzeitigen Durchschnittsmiete, einzuführen. Gesellschaftlich benachteiligten Gruppen muss der vorrangige Zugang zu Wohnraum gezielt ermöglicht werden. Der unsozialen Vorenthaltung von bestehendem Wohnraum muss aktiv entgegen gewirkt werden, indem Besetzungen ungenutzter, leerstehender Gebäude nicht weiterhin kriminalisiert, sondern gesellschaftlich wie politisch akzeptiert und unterstützt werden. Der Neubau oder Abriss von Wohn- oder Gewerberaum darf nur unter gleich-

„Investitionen in Antipersonenminen und Streumunition verbieten“

BERLIN. Die Bundesregierung soll nach Meinung der drei Oppositionsfraktionen Investitionen in Unternehmen verbieten, die Antipersonenminen und Streumunition herstellen oder entwickeln. Das Kriegswaffenkontrollgesetz sei entsprechend zu ändern, heißt in einem Antrag der drei Fraktionen (17/7339). Dieses solle direkte wie indirekte Investitionen sowie jede Form der Finanzierung umfassen, um Umgehungsmöglichkeiten auszuschließen. Ferner müsse es sich auf alle Investitionen in Unternehmen weltweit beziehen, die in die Herstellung und Entwicklung von Antipersonenminen und Streumunition involviert sind. SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung weiter auf, unverzüglich jegliche steuerliche Subventionierung der Investitionen in Streumunition zu unterbinden. Die Regierung müsse zu diesem Zweck einen Gesetzentwurf zur Änderung des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz vorlegen, in dem Finanzprodukten, die im Zusammenhang mit der Finanzierung von einer der beiden genannten Waffenprodukte stünden, die Zertifizierung nicht erteilt oder entzogen wird. Die Regierung solle ferner darauf hinwirken, in ihrer Funktion als (Mit-)Eigentümer öffentlich-rechtlicher oder privater Banken unverzüglich Einfluss auf die Geschäftspolitik dahingehend zu nehmen, dass Investitionen in die Herstellung und Entwicklung von Anti-Personenminen und Streumunition verhindert werden.

www.landmine.de

Massenpetition gegen Deutsche Bahn AG

BERLIN. Zu einer Massenpetition an den Deutschen Bundestag und zu gemeinsamen Protesten von EU-Parlamentariern aus den Deportationsgebieten der früheren „Reichsbahn“ ruft der „Zug der Erinnerung“ auf. Die zivilgesellschaftliche Organisation wurde von der EU-Kommission wegen ihres „vorbildlichen bürgerschaftlichen Engagements“ 2010 ausgezeichnet. Der Aufruf richtet sich auch an die Öffentlichkeit in Frankreich, Polen, in Italien, Griechenland und in den Ländern der ehemaligen UdSSR. „Sämtliche Vermittlungsversuche zugunsten des Gedenkens und für praktische Hilfe an die überlebenden Opfer der NS-Deportationen mit der ‚Reichsbahn‘“ seien „gescheitert“, heißt es in einer mehrsprachigen Erklärung des „Zug der Erinnerung“. Er fährt seit über vier Jahren mit einer rollenden Ausstellung an europäische Bahnhöfe, die Orte der „Reichsbahn“-Deportationen in die NS-Lager waren. „Das

Vorgängerunternehmen der heutigen Deutschen Bahn AG hat 3 Millionen Menschen aus ganz Europa in den Tod transportiert. Den Verpflichtungen, die dieses Massenverbrechen zur Folge haben, versucht sich die DB AG nicht nur zu entziehen. Sie nimmt dafür erneut Geld ein“, schreibt der „Zug der Erinnerung“. So verlange die DB AG für das Gedenken an die Verbrechenopfer seit Jahren hohe Gebühren. „Allein seit 2009“ habe die DB vom „Zug der Erinnerung“ „über 50 Tausend Euro eingezogen (Nutzung von Schienen und technischen Bahnanlagen)“. Eine Rückzahlung, die Gegenstand von Vermittlungsgesprächen jüdischer Organisationen war, hat die Deutsche Bahn AG jetzt definitiv abgelehnt (Schreiben vom 26.09.2011). Da sich die DB AG und ihre Eigentümerin konstant weigere, das Erbe aus den „Reichsbahn“-Deportationen an die Opfer zurück zu zahlen, seien internationale Gerichtsverfahren „absehbar und unvermeidlich“. Entsprechende Prozesse („class action“) werden in den USA vorbereitet. Nach einem Gutachten des „Zug der Erinnerung“ nahm die „Deutsche Reichsbahn“ bei den Deportationsverbrechen mindestens 445 Millionen Euro heutiger Währung ein. Einschließlich Zinsen beträgt die Deportationsschuld demnach über 2 Milliarden Euro. Der „Zug der Erinnerung“ bittet die deutsche Öffentlichkeit, den Petitionsausschuss des Bundestages anzurufen, da sich die DB AG in öffentlichem Eigentum befindet. Auf internationaler Ebene regt der „Zug der Erinnerung“ eine gemeinsame Initiative aller EU-Parlamentarier an, „die das Massenverbrechen der ‚Reichsbahn‘-Deportationen und das millionenfache Leiden der ermordeten Mitbürger nicht vergessen haben.“

www.zug-der-erinnerung.eu

Aktionskonferenz zur Demonstration am 5. Dezember

BONN. Aus Anlass einer Aktionskonferenz zur Vorbereitung der Protestaktionen gegen den Petersberg-II-Gipfel am 5.12.2011 in Bonn und des Besuchs des Bundespräsidenten Wulf in Afghanistan erklärte der „Vorbereitungsausschuss der Protestaktionen“: „Das Protestbündnis gegen den Krieg in Afghanistan begrüßt und unterstützt die weltweiten Proteste gegen die Macht der Banken und sieht, wie die US-Bewegung Occupy Wall Street, den engen Zusammenhang zwischen Krisen- und Kriegsprotesten. Bankenprotestler und Friedensbewegte sagen dasselbe: Bring the troops home!“ Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung mit mehr als 50 bundesweiten Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Friedensinitiativen und Organisationen traf sich am 15. und 16.10 im DGB-Haus in Bonn

zur weiteren Vorbereitung der Proteste gegen Petersberg II. Die inhaltlichen Beiträge der Aktionskonferenz erneuerten die scharfe Kritik an den Ankündigungen der Nato und der Bundesregierung, ihre Truppen bis 2014 abzuziehen, als Lüge. Nach Plänen des Pentagons verbleiben nach 2014 bis zu 50 000 Truppen der Nato in Afghanistan. Ein Vertrag mit der Regierung Afghanistans zur Stationierung von US-Truppen bis 2024 ist unterschriftsreif. Fünf Stützpunkte werden nach Unterzeichnung in Afghanistan zu Trutzburgen der Nato ausgebaut. Dahinter steht eine Änderung der Militärstrategie: Mit weniger Truppen der Nato aber mit mehr afghanischen Soldaten und vor allem durch einen weiteren massiven Einsatz von Drohnen und des völkerrechtswidrigen „target killing“ wird der Krieg fortgesetzt. Die Aktionskonferenz kritisiert diese „Afghanisierung“ des Krieges und warnt, dass auch diese Strategie zum Scheitern verurteilt ist und den Widerstand nur erweitern wird. Die Friedensbewegung fordert dagegen den vollständigen und einseitigen Waffenstillstand und den Abzug aller Interventionstruppen.

www.afghanistanprotest.de

Wohnungslose endlich in amtliche Statistik aufnehmen!

BERLIN. An holländischen Stränden sind über einen unbestimmten Zeitraum mehr linke (68) als rechte (39) Schuhe angespült worden. Erhebungen wie diese zeigen, dass es fast kein Phänomen gibt, das statistisch nicht erfasst wird. Deshalb befremdet die Tatsache, dass in Deutschland keine amtlichen Zahlen über wohnungslose Menschen existieren, umso mehr: Auf Anfrage der nak bestätigt das Statistische Bundesamt: „Daten zu Obdachlosen sind nicht Bestandteil des Erfassungsprogramms der amtlichen Statistik.“ Für Thomas Beyer, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak), ist das ein Malus, der schleunigst beseitigt werden muss: „Wir erfassen doch sonst alles. Da ist es nicht hinnehmbar, dass es zu einem so wichtigen gesellschaftlichen Thema wie Wohnungslosigkeit keine belastbaren Zahlen gibt.“ Letztere seien als Grundlage unabdingbar, um dem Problem sowohl mit unbürokratischer Hilfe für die Betroffenen als auch mit Prävention entgegenzuwirken. Beyer fordert die Bundesregierung auf, die Zahl der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen künftig kontinuierlich in der amtlichen Statistik zu aktualisieren. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Mitglied der Nationalen Armutskonferenz (nak), waren im Jahr 2010 bundesweit zirka 250 000 bis 255 000 Menschen ohne eigene Wohnung.

www.nationale-armutskonferenz.de



Bremen:

„Das Fass läuft über“

Seit Beginn dieses Schuljahres ist die Bildungspolitik in Bremen geprägt von Auseinandersetzungen, Demonstrationen, Besetzungen von einzelnen Schulen und kurzen Straßenblockaden vor allem durch Schüler. Der Anlass scheint relativ nichtig. So hatte die Bildungsbehörde wenige Tage vor den Sommerferien Stundenkürzungen hauptsächlich in der gymnasialen Oberstufe vorgenommen, um nicht „falsche Anreize zu setzen“ (Originalton Behörde). Was war geschehen? Bisher wurden die Lehrerstunden in der gymnasialen Oberstufe nach der Schüleranzahl im Eingangsjahr berechnet. Nun fiel der Behörde auf, dass es in den Folgejahren eine gewisse „Schwundquote“ gibt und flugs wurden die Zahlen angepasst und die Stunden für andere schulische Bereiche „umgewidmet“. In der Folge wurden nach Schuljahresbeginn u.a. Kurse gestrichen oder zusammengelegt, was direkte Auswirkungen auf die betroffenen Schüler hatte und die Lernbedingungen weiter verschlechterte.

Ein „Bedarf“ von ca. 500 Lehrerstunden, der „umverteilt“ werden sollte, ist im Gesamtrahmen des Bildungshaushalts eigentlich keine entscheidende Größe. Verstehen lassen sich die Proteste nur auf dem Hintergrund von Kürzungen im Bildungsbereich seit Mitte der

achtziger Jahre, die nie wieder ausgeglichen wurden und des überfallartigen Charakters der Maßnahme kurz vor den Ferien. Im Gymnasium kommt hinzu die Kürzung des Bildungsgangs auf acht Jahre und der dadurch jetzt vorhandene Doppeljahrgang, der nächstes Jahr ins Abitur geht.

Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung im Juni hatte zusätzlich jährliche Kürzungen des Bildungshaushalts von 1,2% vorgesehen, obwohl SPD und Grüne im Wahlkampf noch versprochen hatten, den Bildungsbereich von Kürzungen auszunehmen.

In dieser Situation entstand nach den Sommerferien das „Bremer Bündnis für Bildung“ aus Zentralelternbeirat, GesamtschülerInnenvertretung und GEW, das die Rücknahme der beschlossenen Kürzungen, keine weiteren Kürzungen in der Zukunft und die Anhebung des Bildungshaushalts bis 2015 verlangte.

Das „Schüler*innenkollektiv Fort Bildung“

Aktionen gingen dann von einem Zusammenschluss von SchülerInnen aus, dem „Kollektiv Fort Bildung“ (Auszüge wesentlicher Positionen und Forderungen s. Kasten). Auffällig an der Diskussion der Schüler der gymnasialen Oberstufen sind Forderungen, die weit über

„mehr Geld für Bildung“ hinausgehen. Die Forderung nach besseren Lernbedingungen, die Kritik an Selektion, Notensystem und Klausuren geht an manchen Punkten auch weit über das hinaus, was z.B. in der Linken unter „Eine Schule für alle“ nur manchmal mitdiskutiert wird und eröffnet wieder die grundsätzliche Diskussion um die Selektivität des Bildungssystems. Deutlich wird, dass die SchülerInnen davon ausgehen, dass der gymnasiale Bildungsgang mit den letzten „Reformen“ auch an die Wand gefahren wurde.

Die Forderungen nach Transparenz und Beteiligung zeigen, wie weit die Betroffenen an den Schulen von jeder Einwirkungsmöglichkeit ausgeschlossen sind. Hierarchisierung und Zentralisierung des Bremer Bildungssystems haben als Ergebnis die festgestellte Entmündigung und Ohnmacht der Betroffenen gegenüber Entscheidungen. So ist in der Schule der Schulleiter nach den letzten Änderungen in der Schulkonferenz allein „Herr des Verfahrens“.

Typisch auch die Reaktion der Politik gegenüber den SchülerInnen: So erklärt die Bildungssenatorin „Die Schüler verkennen die Lage“¹. Das mag insoweit richtig sein, als über Jahrzehnte das Bildungssystem in Bremen nicht nur im Gymnasium in allen von den Schülern dargestellten Punkten gegen die Wand gefahren worden ist – und zwar über die Zeit von allen beteiligten Parteien in verschiedenen Koalitionen (SPD, CDU, FDP, Grüne).

Die Bildungssenatorin versucht sich

„POSITIONEN UND FORDERUNGEN“

...

2) BESSERE LERNBEDINGUNGEN

– **Selektion:** Wir sprechen uns grundsätzlich gegen die Selektion ins gegliederte Schulsystem und die ständige Diskriminierung von SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf aus...

– **Noten:** Das System der Notengebung führt zu der Gleichsetzung von völlig unterschiedlichen Leistungsbereichen und Fähigkeiten, zu ständigem Konkurrenzkampf und bietet schließlich für die SchülerInnen kaum eine Basis für die Nacharbeit und Verbesserung. Wir wünschen uns daher ein Bewertungssystem, das:

1. Erst später mit scheinbar direkt vergleichbaren Ziffernoten arbeitet
2. Vorher (und später zusätzlich) über individuelle Lernberichte und regelmäßige persönliche Gespräche die SchülerInnen rechtzeitig über ihren Leistungsstand informiert.

– **Klausuren:** Die bisherige Praxis, den Lernprozess so zu gestalten, dass

einerseits zum Zeitpunkt der „Leistungskontrolle“ davon ausgegangen werden muss, dass ein großer Anteil der Anforderungen von dem/r SchülerIn nicht erfüllt werden kann (um die entsprechende Verteilung der Noten zu erreichen) und andererseits nach dieser Überprüfung des Leistungsstandes nicht ausreichend Raum und Unterstützung geboten wird, diese Defizite nachzuholen, lässt sich mit unserer Vorstellung von guter und einer auf Bildung – statt Sortierung von Leistungszuständen – ausgerichteten Schule nicht vereinbaren ..

– **Qualifikation der Lehrenden:** Wir fordern eine bessere Qualifikation der Lehrenden, so dass diese zumindest über Grundwissen in Psychologie und über ausgereiftes Wissen in Pädagogik verfügen...

3. DEMOKRATISIERUNG

Wir erkennen, dass in allen Bereichen des Lebens auf die Entmündigung des Menschen hingearbeitet wird. Wir erleben, wie eine Ohnmacht der Betroffenen gegenüber den Umständen und denen geschaffen wird, die diese Umstände (etwa politisch) zu verant-

worten haben; und begreifen, dass erst diese scheinbar endgültige Abgabe von Macht und Verantwortung die stetige Entfernung der Umstände von unseren Bedürfnissen ermöglicht. Wir verlangen diese Verantwortung zurück! ... Wir erwarten eine Transparenz, die ...eine Beteiligung an der Entwicklung von Beschlussvorschlägen ermöglicht....

Konkret fordern wir:

– Die SchülerInnen müssen bei der Verteilung der finanziellen Mittel an den Schulen beteiligt werden...

– Wir fordern, dass vor der Festlegung von Haushaltsplänen ... der Dialog mit den Betroffenen über die Konsequenzen der Mittelverteilung geführt wird...

– Das Schulkonferenz-System muss reformiert werden. Wir fordern mehr Stimmen für SchülerInnen und die Abschaffung des Veto-Rechts der Schulleitung.

– Wir fordern mindestens ein Stimmrecht der Gesamtschülerinnenvertretung in der Bildungsdeputation...

Entwickelt und beschlossen vom Kollektiv „Fort Bildung“

(September 2011)

im Abwehrkampf auch in der Diskussion um das geforderte Stimmrecht für Schüler in der Bildungsdeputation (praktisch ein erweiterter Ausschuss der Bürgerschaft (Landesparlament)): Die Deputation bestehe aus gewählten Vertretern im Sinne der repräsentativen Demokratie². Im Widerspruch zu den SchülerInnen, die im Kollektiv „nur im Konsens entscheiden“ und „ohne Hierarchien“ arbeiten wollen³. Für die Bildungssenatorin wohl unvorstellbar. Die SchülerInnen hingegen bewerten ihre Gespräche mit der Bildungssenatorin: „Ich habe noch

keinen getroffen, der zufrieden war mit dem Gespräch... Wir haben immer gesagt, wir wünschen uns einen Dialog auf Augenhöhe und das Gespräch war aus unserer Sicht weder ehrlich noch konstruktiv“⁴. Von den SchülerInnen sind jetzt nach den Herbstferien weitere Aktionen zu erwarten.

Das „Bremer Bündnis für Bildung“ übergab am 13.10 auf einer Demonstration mit 350 Beteiligten die ersten 5000 Unterschriften zu ihren Forderungen. Für den 15.11. ist die nächste Demonstration des Bündnisses geplant. (*wjo*)

1) Bildungssenatorin Jürgens-Pieper lt. Bremer Nachrichten v. 12.10.11; 2 u. 3) desgl. 30.9.11; 4) Interview mit Schülervertretern Bremer Nachrichten v. 5.10.11.

Kommunen in NRW – viele kleine Mini-Griechenlands?

Spitzenverbände fordern Reform der Grunderwerbsteuer

Die finanzielle Situation der meisten Kommunen in Nordrhein-Westfalen wird immer prekärer. Das internationale Journal „The Economist“ brachte bereits im April einen Bericht zum Thema mit dem Titel: „Germany's local finances: Hundreds of mini-Greeces“. So liegt alleine die Summe der Kassenkredite aller nordrhein-westfälischen Kommunen inzwischen bei über 20 Mrd. Euro, das ist gegenüber 2005 fast eine Verdoppelung. Im Jahr 2010 befanden sich 157 der insgesamt 430 Gemeinden und Gemeindeverbände in der sog. Haushaltssicherung, davon wiederum 137 Kommunen im Nothaushaltsrecht. Bei 34 Kommunen ist die bilanzielle Überschuldung bereits eingetreten oder sie stand im Finanzplanungszeitraum unmittelbar bevor. Nur acht Kommunen konnten im Jahr 2010 einen Haushaltsausgleich ohne Eigenkapitalverzehr erreichen. Unter diesen Voraussetzungen kann von kommunaler demokratischer Selbstverwaltung für die betroffenen Kommunen kaum noch eine Rede sein. Denn in Nothaushaltskommunen bestimmen Beamte aus der Bezirksregierung, die im Gegensatz zu den Kommunalpolitikern nicht gewählt sind; und auch da, wo es noch nicht so weit ist, gibt es massive Beschränkungen.

Um Abhilfe zu leisten, will die rot-grüne Landesregierung einen Stärkungspakt für notleidende Kommunen einführen. Die Teilnahme ist für die 34 Kommunen pflichtig, die bereits jetzt oder bis 2013 überschuldet sind. Kommunen die bis 2016 überschuldet sind, sollen freiwillig daran teilnehmen können. Geplant sind bis 2020 jährliche Landeshilfen in Höhe von 350 Millionen Euro, insgesamt 3,5 Milliarden Euro. Hinzu sollen von den Kommunen refinanzierte Mittel in Höhe von 2,35 Milliarden Euro in zehn Jahren kommen, ein

Gesamtpaket also von 5,85 Mrd. Euro. Die Refinanzierung des kommunalen Anteils soll durch Ausschöpfung der Zuwächse beim Wohngeld, der Grunderwerbsteuer und bei der Grundsicherung erreicht werden. Die Auflagen für die teilnehmenden Kommunen sind hart und teilweise unrealistisch. So sollen nach den jetzigen Plänen die pflichtig teilnehmenden Kommunen einen Haushaltsausgleich innerhalb von fünf Jahren nachweisen. Das wäre für die meisten Kommunen selbst dann nicht möglich, wenn sie alle sog. „freiwilligen“ Leistungen mit einem Schlag abschaffen würden. Weil die meisten Kommunen eh schon seit Jahren einen harten Sparkurs fahren, sind weitere Einsparungen nur durch einen massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst möglich mit der Folge einer grundlegenden Einschränkung der Daseinsvorsorge. Weil die wenigen abundanten, das sind die „reichen“ Gemeinden, noch zusätzlich mit einer Solidaritätsumlage von 195 Mio. Euro jährlich beteiligt werden sollen, haben diese mit einer Verfassungsklage gedroht. Und auch das überparteiliche Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“, mit mehr als 30 Oberbürgermeister/innen und Landräten, verlangt Nachbesserungen. Demnach sollen auch alle weiteren 104 Kommunen mit Nothaushalt eingezogen werden und der Haushaltsausgleichszeitraum auf zehn Jahre verlängert werden. Das notwendige Finanzvolumen des Landes soll dafür auf 700 Millionen Euro erhöht werden. Dabei ist das Land NRW selber hoch verschuldet und hat für seine Planungen weiter steigende Steuereinnahmen zugrunde legt, die angesichts der ungewissen konjunkturellen Entwicklung nicht sicher sind.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei kommunalen Spitzenverbände



Städtetag NRW, Landkreistag NRW und der Städte- und Gemeindebund NRW in einer gemeinsamen Erklärung von Juni dieses Jahres zur Zukunft der Grunderwerbsteuer positioniert. Sie fordern von der Landesregierung die Prüfung der Wiedereinführung des kommunalen Zuschlagsrechts, wie es in NRW bis 1982 üblich war. Bis dahin verblieben von dem damaligen 7-prozentigen Steuersatz 2,5 Prozent beim Land und 4,5 Prozent direkt bei den Kommunen, das waren etwa 64 Prozent der gesamten Steuereinnahmen. Danach wurde eine ähnliche Regelung, wie sie heute gilt, eingeführt, bis die schwarz-gelbe Landesregierung den kommunalen Anteil 2006 ganz gestrichen hat. Das ist möglich, denn die Beteiligung der Kommunen an dieser Steuer ist eine freiwillige Regelung. Die unter Rot-Grün eingeführte aktuelle Regelung sieht vor, dass vier Siebtel der Grunderwerbsteuereinnahmen in den Steuerverbund eingehen. Aus diesem Steuerverbund werden die Gemeinden in NRW jährlich mit einem Verbundsatz von 23 Prozent beteiligt. Von den Grundsteuereinnahmen kommen deshalb nur 13 Prozent effektiv bei den Kommunen an (23 Prozent von vier Siebteln). Der Steuersatz ist durch einen gemeinsamen Gesetzesentwurf von SPD, Grüne und Die Linke ab dem 1.10.2011 von 3,5 auf 5 Prozent erhöht worden.

Der Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände läuft also darauf hinaus, die Grunderwerbsteuer mittelfristig wieder auf sieben Prozent anzuheben. Den Kommunen sollen dann zusätzlich zu ihrem jetzigen Anteil von 0,65 Prozent (13 Prozent von 5 Prozent) die vollen zwei Prozent Erhöhung zu Gute kommen, also 2,65 Prozent vom Steuersatz, bzw. 38 Prozent vom Gesamtsteueraufkommen. Das würde bei Zugrundelegung der Planzahlen 2012 Einnahmen für die Kommunen von fast 800 Mio. Euro bedeuten, das wären Mehreinnahmen von

600 Mio. Euro gegenüber der jetzigen Regelung. Auf dieser Basis könnte der Stärkungspakt auf eine gesicherte Basis als bisher gestellt und so ausgeweitet werden, dass unrealistische Härten vermieden werden und mehr Kommunen davon profitieren können. Wichtig wäre es dabei, dass es ein solidarisches System der Umlage gibt, ähnlich wie bei der Gewerbesteuer eine Art Grundsteuerausgleich. Solche Vorstellungen gibt es aber auch bei den kommunalen Spitzenverbänden.

Weil eine Gemeindefinanzreform sowieso nicht absehbar ist, hätte das Ganze den Vorteil, mit einer eigenen Lösung der Wiedererlangung kommunaler Handlungsmöglichkeiten wenigstens ein Stück näher zu kommen, ohne dabei das Land zu belasten. Es hätte aber den Nachteil, dass die „Häusbauer“ zur Kasse gebeten werden. Und die gehören nicht immer unbedingt zur gut situierten Mittelklasse. Allerdings sind gerade auch die klassischen „Häus-

lebauer“, also Familien mit Kindern, auf eine gut funktionierende kommunale Infrastruktur dringend angewiesen. Zudem fließt die Finanzierung der einmaligen Grunderwerbsteuer in die Baufinanzierung mit ein und ist so über den sehr langen Finanzierungszeitraum nur wenig spürbar. Um dieses Problem abzumildern, sind außerdem interessante Vorschläge aus den Reihen der kommunalen Spitzenverbände zu hören, wie die Einführung differenzierter Steuersätze. Demnach könnten für gewerbliche Immobiliengeschäfte eine hohe Grunderwerbsteuer eingeführt werden als für private, für hochwertige Eigentumswohnungen höhere als für den sozialen Wohnungsbau, etc. Dazu wäre aber eine Gesetzesänderung auf Bundesebene nötig. Vorher müsste überprüft werden, ob eine solche Regelung verfassungsrechtlich möglich wäre und nicht zu einem zu hohen bürokratischen Mehraufwand führen würde.

Thorsten Jannoff

Aus der Haushaltsdiskussion in Stuttgart

Die Stadt für alle!

Am 20. Oktober haben die Fraktionen und der Einzelstadtrat Schlierer (Rep) im Gemeinderat ihre Anträge vorgelegt und in Reden ihre Ziele für die Stadtpolitik in den nächsten zwei Jahren vorgestellt.

Blickt man etwas weiter zurück, so hat sich die Stadt Stuttgart von einer Stadt in der Krise zu einer Stadt im Aufschwung entwickelt. Anfang der 1990er Jahre schien es so, als sei die Automobilindustrie in einer dauerhaften Talfahrt, insbesondere der Markt für „Premium“-fahrzeuge, die in Stuttgart produziert werden, schien ausgereizt. In der Stadtkasse wirkte sich das mit sinkenden Gewerbesteuereinnahmen dramatisch aus; die Schulden stiegen rasch an.

Heute ist die Stadt fast schuldenfrei, der bereits beschlossene Ankauf der Energie- und

Wasserversorgung kann ohne Kredite finanziert werden. Fraktionsübergreifend wollen alle eine rasche Sanierung der Schulgebäude, die jahrelang hinausgeschoben wurde. Ebenfalls sind sich alle, mit Ausnahme des Rep-Stadtrats, darin einig, dass Kindergartenbetreuung und die Ganztageseschulen entsprechend der immer noch steigenden Nachfrage ausgebaut werden müssen.

Gerade wenn die Stadt ausreichend Mittel hat, um Zukunftsinvestitionen vornehmen zu können, braucht es eine linke Kommunalpolitik, die darauf drängt, dass die sozialen Interessen der ärmeren Bevölkerung nicht unter die Räder kommen. Wir dokumentieren in Auszügen aus der Rede von Ulrike Küstler, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktionsgemeinschaft von SÖS/Die Linke.

für uns: Die Stadt für alle!

Wir teilen nicht die konservative Vorstellung, dass es allen gut geht, wenn es „der Wirtschaft“ gut geht. So einfach ist die Welt nicht. Auch in Stuttgart geht wachsender Wohlstand einher mit wachsender Armut. In einer bundesweiten Untersuchung über die sozialen Differenzen in großen Städten lag Stuttgart an zweiter Stelle, und zwar nicht bei den Wohlfühlfaktoren, sondern beim Unterschied zwischen Arm und Reich. Wir wissen, dass von den Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen die Lebensbedingungen der meisten Menschen in der Stadt abhängen und auch die Stadtkasse zu einem großen Teil. Darum sind wir besorgt, dass die Wirtschaftsstruktur in Stuttgart immer noch einseitig von wenigen Branchen bestimmt ist.

Unsgenügt aber auch nicht der schlechte grüne Wunsch: Mehr Lust auf Stadt. Wir wollen, dass die Lust nicht nach dem Geldbeutel oder dem sozialen und kulturellen Kapital bemessen wird. Wir wollen, dass die Stadt die öffentlichen Güter bereitstellt, die für eine moderne Stadtgesellschaft erforderlich sind. Es geht um die Daseinsvorsorge. Es geht um die kommunale Demokratie und es geht um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die demografische Entwicklung bringt neue wichtige Gesichtspunkte in die kommunalen Aufgaben. Ein schrumpfender Anteil der Bevölkerung muss erarbeiten, was wir für die wachsende Zahl von älteren und alten Menschen brauchen und was wir für Kinder und Jugendliche brauchen. Die wachsende Gruppe der Älteren und Alten gewinnt ein höheres Gewicht bei Wahlen. Das könnte das zu schärferer Verteilungskonkurrenz zwischen den Generationen und sozialen Schichten führen.

Auch in Stuttgart wächst die Altersarmut. Immer mehr Beschäftigte arbeiten in unsteten und gering bezahlten Arbeitsverhältnissen. In den nächsten Jahren kommen zunehmend Menschen ins Rentenalter, die arbeitslos waren und in dieser Zeit praktisch nichts in die Rentenkasse eingezahlt haben. Wir unterstützen eine partizipative Altershilfe, die Unterstützung der Selbständigkeit so weit und so lange wie möglich und die richtige Hilfe, wo erforderlich. Wir können in der Kommunalpolitik die Hartz-Regeln nicht ändern, aber wir können Strukturen aufbauen, die Unterstützung und Teilhabe – und zwar für alle Generationen – sichern.

Die Stadt für alle – dazu haben wir einen übergreifenden Vorschlag: die Entwicklung von Stadtteilzentren.

In diesen Haushaltsberatungen geht es in allen sozialen Bereichen um Vernetzung und Verankerung im Stadtteil. Familienberatung, Familienzentren, Generationenhäuser, gerontopsychiatrische und sozialpsychiatrische Hilfe, Altenhilfe, ambulante Dienste aller Art ebenso wie die Bildungsregionen. Stadtteile und Stadtbezirke sollen zu lebendigen sozialen und demokratischen Gemeinwesen entwickeln.

Wie viele Kitaplätze, welche Schulen, welche Begegnungsstätten und Betreuungseinrichtungen gebraucht werden, wie Plätze und Straßen, wie die Verkehrsanbindung gestaltet wird, wie Inklusion ermöglicht wird, wo Kinder spielen und Jugendliche bolzen oder Krach machen können, das zu planen geht gut nur gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern.

Um dies zu bündeln, wollen wir in jedem Stadtbezirk oder größerem Stadtteil ein Stadtteilzentrum. Dies kann je nach dem Vorhandenen weiter entwickelt oder neu geschaffen werden.

Stuttgart hat für eine solche Stadt-

teilentwicklung gute Voraussetzungen durch die dezentrale Struktur der Bezirke und der Bezirksämter. Das gilt es zu nutzen. Ziel könnte sein, einen Stadtteil z.B. aus einem schlechteren Cluster des Sozialdatenatlasses (das ist seine soziale Eingruppierung) in einen besseren zu heben.

Wir schlagen vor, ein solches Konzept in den Stadtteilen Hallschlag und Nordbahnhof und im Stadtbezirk Weilimdorf zu beginnen, sind aber auch für Vorschläge der Stadtverwaltung offen.

Zur Daseinsvorsorge gehört auch, dass alle am öffentlichen Nahverkehr teilnehmen können, wir beantragen daher erneut ein Sozialticket. Und wir wollen eine Sozialcharta der Stadtwerke Stuttgart, damit niemand wegen Stromsperre im Dunkeln und Kalten sitzen muss.

Wir wollen den Ausbau der frühen Bildung von Kindern in Krippen und Kitas. Hier unterstützen wir die Vorschläge des Referats Soziales, Jugend und Gesundheit, weil das große Schritte sind. Sehr wichtig ist uns auch die Schulkinderbetreuung. Solange wir auch hier eine Warteliste haben und die Versorgungsquote so dramatisch schlecht ist, dürfen keine Plätze für Schulkinder gestrichen werden. Wenn auf Jahre hinaus nur ein Drittel der Kinder, die bis sechs ganztags betreut wurden, in der Schulbetreuung einen Platz finden, stürzen Familien in existenzielle Not, das ist familienfeindlich und kinderunfreundlich und schädlich für den Wirtschaftsstandort. Die von der Verwaltung bereits in den Haushalt eingerechnete Gebührenerhöhung lehnen wir ab!

Den Ausbau von Grundschulen zu Ganztagschulen unterstützen wir.

Wir sind für die Weiterentwicklung der Schulformen. Daher beantragen wir, in der Schulentwicklungsplanung mehrere Standorte für Gemeinschaftsschulen zu untersuchen. Wir sagen klar: Wenn uns das Land für Stuttgart nur eine Gemeinschaftsschule zugesteht, hat für uns der Hallschlag Vorrang. Hier wurde durch die Soziale Stadt viel Arbeit und Geld investiert. Wenn es auf dem Hallschlag keine entsprechende Schulversorgung mit allen Möglichkeiten bis zum Abitur gibt, werden junge Familien dort nicht hinziehen.

Neben solchen Projekten dürfen wir die überwiegend große Zahl bestehender Schulen nicht vernachlässigen. Die Schulhaussanierung muss zügig weitergehen. Uns geht es auch um das Stiefkind berufliche Schulen. Die Bildungsgänge der beruflichen Schulen in Stuttgart platzen aus allen Nähten – nicht nur durch den Zustrom auswärtiger Schülerinnen und Schüler, das Angebot hat Lücken, es fehlen Personal, Räume und Ausstattung. Deshalb ist eine Schulentwicklungsplanung in diesem Bereich dringend nötig.

Zum Thema Kultur ist unser wichtigstes Anliegen, die Kürzungen des letz-

ten Haushaltes zurückzunehmen. Uns ist vor allem die Regelförderung sehr wichtig, denn nur auf dieser Grundlage können kleinere Kulturveranstalter überleben.

Unsere Stadt hat sich verändert durch die Bewegung gegen Stuttgart 21. Wir haben in der letzten Haushaltsdebatte die „artparade“ erlebt, wo Kunst- und Kulturschaffende solidarisch untereinander ihre Forderungen gestellt haben. Zur Haushaltsberatung kommen die Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit ihren Forderungen ins Rathaus. Wir haben einen Bürgerhaushalt erfolgreich ausprobiert. Das ist ein demokratisches Verfahren, die Beteiligung daran übersteigt deutlich die Zahl der Teilnehmerzahl bei wissenschaftlich repräsentativen Umfragen. Der Bürgerhaushalt muss ausgewertet werden, der Prozess überdacht und verbessert werden, auf jeden Fall aber weitergeführt.

Das größte ökologische Projekt im Blick auf die Zukunft sind für uns die Stadtwerke.

Der Umgang mit dem ehemaligen „Hotel Silber“ ist ein Prüfstein: Wie ernst meinen es Landesregierung und Stadt mit der Bürgerbeteiligung? Wir hoffen, dass die Stadt und das Land das Geschenk der Initiative annehmen, die seit Jahren daran arbeitet, den Opfern der Nazi-Vernichtungspolitik wieder ihren Namen und Platz in der Stadt zu geben und durch eigene Forschung große Vorleistungen erbracht hat.

Und wie halten wir es mit den Finanzen? Wie wollen wir unsere – zugegeben – nicht gerade kleinen Forderungen finanzieren?

Wir müssen keinen Sparhaushalt machen. Wir sind in der guten Lage, dass wir die Schwerpunkte für die künftige Stadtentwicklung setzen können ohne unverantwortliche Schulden – nämlich solche, die das Vermögen verzehren und uns in kommenden Jahren den Hals zuschnüren. Die Wohnungen, die die Landesbank verkaufen muss, mit Kredit zu finanzieren – falls wir den Zuschlag erhalten –, ist für uns denkbar, denn sie mehrten das Vermögen der Stadt und durch die Mieteinnahmen amortisieren sie sich. Der Kauf dient auch der Sicherung dringend benötigter Mietwohnungen. Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, die bisher dafür reservierten 150 Mio. Euro für Schulen und Kitas auszugeben, ist gut.

Zur Finanzierung für Investitionen wollen wir alle Mittel für Stuttgart 21 loseisen. Morgen wird die neue Stadtbibliothek eröffnet. Das ist eine Zukunftsinvestition, die dem Lernen und der Kultur in jedem Lebensalter dient. Das Projekt S 21 ist eine Fehlinvestition, es ist keine wirkliche Verbesserung der städtischen Verkehrsstruktur. Die jährliche Zahlung von fast vier Millionen Euro an das Land und deren Weiterleitung an die Deutsche Bahn AG



Forderung auf einer Demonstration im Jahre 2003. Der Daimler-Konzern hatte bis dahin rund zehn Jahre lang keine Gewerbesteuer mehr bezahlt, Folge der Bestrebungen nach Weltkonzernen und diverser Fusionen. Inzwischen sind die Autokonzerne in Stuttgart wieder zu großen Zahlern geworden.

ist zu unterlassen, denn es gibt eine gutachterliche Feststellung, dass die Misch-Finanzierungsverträge für S 21 verfassungswidrig sind. Die Rückstellungen in Höhe von 186 Mio. Euro können aufgelöst werden. Der Kauf der Gäubahntrasse muss rückabgewickelt werden und bringt 14 Mio. in die Kasse. Wir nehmen auch gern die 1,3 Mio., die im Doppelhaushalt für die Öffentlichkeitsarbeit für Stuttgart 21 stehen.

Für uns sind aber fortlaufende Einnahmeverbesserungen besonders wichtig. Nur ein Beispiel: Wenn wir 101 Millionen Euro für den Ausbau der Kitas beschließen, brauchen wir jährlich fast 52 Millionen Euro für das Personal und die Sachkosten. Deshalb beantragen wir, den Gewerbesteuerhebesatz um 30 Punkte anzuheben. Das bringt schätzungsweise 28 Millionen Euro im Jahr. Wir halten das für zumutbar im Vergleich zu den Hebesätzen anderer Städte und im Hinblick auf die hervorragende Infrastruktur, die die Stadt der Wirtschaft bietet. Die Industrie- und Handelskammer wirbt seit Jahren für die Ganztags-Kinderbetreuung und für Ganztagschulen. Ein Arbeitskreis der Wirtschaft mit der Arbeitsagentur weist auf vier Problemfelder hin: 1. die un- und angelernten Kräfte, 2. der Ingenieurmangel, 3. die Kinderbetreuung und -bildung und 4. die Pflege. Alle vier Aufgaben muss die Kommune schultern. Herr Küpper von Südwestmetall sieht hier vor allem die Politik in der Pflicht. Ja, wir sind in der Pflicht, aber die Wirtschaft genauso. Es geht um gesellschaftliche Aufgaben, an denen sich alle beteiligen müssen.

Unsere Haushaltsvorschläge zielen insgesamt auf das ganze Programm der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke: sozial, demokratisch, ökologisch. Mit unserem Schwerpunkt „Die Stadt für alle“ wollen wir der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken – gegen soziale Ausgrenzung für mehr demokratische Beteiligung – und die nötigen Zukunftsinvestitionen sichern

Linke bringen antifaschistisches Kommunalprogramm in den Kreistag ein: WORMS. Die Kreistagsfraktion der Linken in Alzey-Worms bringt zur Kreistagsitzung am 15.11.2011 ein antifaschistisches Kommunalprogramm zur Beschlussfassung ein. Ziel des Programms der Linken ist es, den Einfluss von rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen in der Gesellschaft einzuschränken bzw. nach Möglichkeit zu verhindern. So will Die Linke vermeiden, dass Personenkreise entstehen, die besonders empfänglich sind für rechtsextreme Propaganda. Dazu sollen unter anderem Einrichtungen der offenen Jugendarbeit gestärkt und besser finanziell ausgestattet werden, Jugendliche ohne Schulabschluss sollen stärker gefördert werden. Weiterhin soll die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden, um über Ziele der Rechtsextremisten aufzuklären, so unter anderem mit Projekttagen und -wochen an den Schulen im Landkreis. Das antifaschistische Engagement der Bürgerinnen und Bürger soll unterstützt und gefördert werden. „Der Rechtsextremismus ist eine dauernde Gefahr, der jüngste Neonazi-Aufmarsch in Worms und in Alzey haben dies wieder sehr deutlich gezeigt.“ so Kemal Gülcehre, stellv. Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag. „Deswegen ist ein geeintes Vorgehen aller demokratischen Kräfte im Kreistag erforderlich. Gemeinsam mit der Kreisverwaltung wollen wir verschiedene Maßnahmen annehmen, um den Einfluss der Neonazis zurückzudrängen ...“

www.die-linke.de/nc/politik/

kommunal/aktuellesausdenkommunen

Kommunale Spitzengehälter: Viele belien, Die Linke beißt! BONN. Die Linksfraktion im Rat der Stadt Bonn begrüßt, dass ihre erfolgreiche Initiative zur Veröffentlichung der Vorstandsgehälter bei der Sparkasse eine Diskussion über die Angemessenheit der kommunalen Spitzenbezüge zur Folge hat. Genau das war Ziel und Anspruch unserer Forderung nach umfassender Transparenz in diesem Bereich. Die Linksfraktion ist der Auffassung, dass es klare Grenzen für die Vergütung von Vorständen, Geschäftsführern und Managern im kommunalen Bereich geben muss. Der Gemeinwohlorientierung kommunaler Unternehmen widersprechen übermäßige Vorstandsbezüge. Die Grenze will die Linksfraktion bei höchstens 250 000 Euro Jahresverdienst unter Einbeziehung leistungs- und versorgungsabhängiger Komponenten ziehen. Dem entspricht in etwa die Vergütung der Bundeskanzlerin. Mit der Forderung nach einer Deckelung auf diesem Niveau waren jüngst die Grünen durch ihren Fraktionsgeschäftsführer Tom Schmidt an die Öffentlichkeit gegangen.

Taten der grünen Mehrheitsfraktion in diese Richtung gibt es bislang aber keine. Das hatte auch die SPD gerügt, die die Grünen zum Handeln aufforderte. Selbst wurde aber auch die SPD nicht initiativ. Aus Sicht der Linksfraktion greifen Presseankündigungen oder Aufforderungen an die politische Konkurrenz zu kurz. Konkrete Initiativen sind gefragt! Deshalb haben wir jetzt einen Antrag zur Deckelung der Spitzengehälter im kommunalen Raum eingebracht. Hier gilt augenscheinlich wie auch schon zuvor bei der Durchsetzung der Veröffentlichungspflicht: Viele belien, Die Linke beißt!

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Die Linke und Piratenpartei bilden Fraktionsgemeinschaft: OLDENBURG. Aus der Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Fraktion Die Linke und dem Ratsherrn der Piratenpartei als Gruppe in der Ratsperiode der Stadt Oldenburg 2011 bis 2016: „Wir setzen uns gemeinsam für eine soziale, ökologische, feministische, solidarische, Bürgerrechte schützende, transparente und partizipative Politik in Oldenburg ein. In unserer Stadt darf niemand in die soziale Isolation gedrängt werden. Für alle Menschen muss die gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe und das Recht auf Bildung gesichert werden. Der Zugang zu diesen Rechten darf nicht vom Geldbeutel, von nationaler Zugehörigkeit, sexueller Identität oder einer Behinderung abhängen. Kommunale Entscheidungen dürfen nicht von wirtschaftlichen Interessen privilegierter Minderheiten bestimmt werden. Wir fordern die weitest gehende Demokratisierung der kommunalen Instanzen. Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen in den gesamten Prozess der politischen Willensbildung stärker als bisher einbezogen werden. Politisches Handeln muss transparent sein. Die Einwohnerinnen und Einwohner müssen frühzeitig informiert, eingebunden, beteiligt, integriert und gefragt werden. Vorlagen und Entscheidungen müssen nachvollziehbar dargestellt werden. Informierte Einwohnerinnen und Einwohner können die Beschlüsse des Stadtrats nachvollziehen; jegliche Form von schädlichem Lobbyismus und Korruption kann sich in einem transparenten Umfeld nicht entwickeln. Wir setzen uns für die Sicherstellung kommunaler Daseinsversorgung und für die Garantie der Ausübung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts ein. Die neuen elektronischen Medien sollten stärker genutzt, ihre Möglichkeiten dürfen aber kein Privileg sein, sondern sollten öffentlich sichergestellt und angeboten werden. Der Zugang zu ihnen darf nicht von Stand und Herkunft abhängen, ob nun jemand alt oder jung ist,

arm oder reich. (...) (Die vollständige Vereinbarung unter <http://fraktion-dielinke.kdo.de/788.htm>)

Mehr kommunale Wohnraumförderung! KÖLN. Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Köln hat zur kommenden Ratsitzung einen Änderungsantrag zum Rot-Grünen Wohnungsbauförderungsantrag gestellt. Köln ist eine attraktive Stadt mit wachsender Einwohnerzahl doch die Entwicklung des Wohnungsmarktes kommt dem nicht nach. Um den derzeitigen Anteil von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung in Höhe von nur noch 7,85 % zu halten ist eine jährliche Neuschaffung von 1.350 Wohnungen erforderlich. Fraktionssprecher Jörg Detjen dazu: „Zum Erreichen der Versorgungssicherheit im Rahmen der Daseinsvorsorge brauchen wir eigentlich einen Anteil von mindestens 10 %. Der rot-grüne Antrag ist aber nicht mal geeignet den Status Quo zu halten. Darum fordern wir wenigstens 1350 Wohnungen als Zielzahl auszugeben.“ Weiter fordert Die Linke ein Konzept für eine „sozialgerechte Bodennutzung“ zu erstellen. Jörg Detjen verweist auf das Münchner Modell und sagt: „In München wird dieses Konzept von einer breiten Mehrheit getragen. Anders als die dortige CSU versuchen CDU und FDP im Kölner Rat, diese Politik zu torpedieren. Hier muss der Rat endlich eine Entscheidung treffen!“

www.linksfraktion-koeln.de

Städtetag zur Schließung von Bundeswehrstandorten: BERLIN. Gerade in strukturschwachen Städten und Gemeinden ist die Bundeswehr ein wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor. Schließungen oder drastische Verkleinerungen von Standorten sind deshalb für diese Kommunen immer zunächst ein herber Verlust. Allerdings hat die Vergangenheit für größere Städte in Wachstumsregionen gezeigt: Frei werdende Flächen eröffnen auch Chancen für die Zukunftsentwicklung der Kommunen – sei es für neue Wohngebiete, für die Ansiedlung von Unternehmen oder als Standorte von Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen. Damit diese Chancen genutzt werden können, muss sich die Verwertung der Flächen vorrangig an den Entwicklungsplänen der Kommunen orientieren. Der Bund ist jetzt für alle betroffenen Städte und Standorte aufgefordert, partnerschaftlich mit den Kommunen zusammenzuarbeiten und sie bei der Umstrukturierung bestmöglich zu unterstützen. Dabei ist für die Kommunen eine günstige Preisgestaltung für den Verkauf dieser Flächen wichtig, zudem muss die kommunale Planungshoheit beachtet werden. <http://www.staedtetag.de>

(Zusammenstellung: ulj)

IG Metall konzentriert sich aufs Kerngeschäft – mit Erfolg!

22. ordentlicher Gewerkschaftstag 2011 in Karlsruhe

Mitgliederentwicklung:

Die IG Metall wächst wieder. Das enorme Echo in der Öffentlichkeit und in den Medien ist angesichts des eigentlich bescheidenen Wachstums der Mitgliederzahlen der IG Metall jedoch kaum zu erklären. Lediglich 0,2 Prozent beträgt der Zuwachs seit 2010 auf nunmehr 2,233567 Mio. Mitglieder. Aber der jahrelange Mitgliederverlust scheint aufgehoben. Eine Trendwende! Die gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionäre wissen natürlich, dass dieser Zuwachs nicht von ungefähr kommt. Gezielt und wesentlich professioneller als früher arbeiten die Verwaltungsstellen der IG Metall seit geraumer Zeit an Mitgliederentwicklungsplänen. Es geht um die Erfüllung von Zielvorgaben, um Benchmarking, „Zuwachsraum-Projekte“ und viele Projekte zum Aufbau von Betriebsräten in Betrieben ohne Betriebsrat.

Hinzu kommt eine zunehmend dezentrale Tarifpolitik, die betrieblichen Funktionären z.B. in Zusammenhang mit Standortsicherungstarifverträgen, Unterstützung der IG Metall nur dann zukommen lässt, wenn die Mitgliederzahlen „stimmen“. Dies führt in dem einen oder anderen Fall auch schon mal zu sprunghaften Zuwächsen.

Die IG Metall hat sich allerdings auch strategisch neu ausgerichtet:

Entgegen ihrem Ruf, ein Fossil zu sein, aus dem letzten Jahrhundert, geführt durch eine Gruppe älterer Männer, hat sie die Belange der Jugend in den Vordergrund gerückt.

Entgegen dem verbreiteten Urteil, nur die Interessen der Kernbelegschaften zu verfolgen, hat sie sich intensiv um die Belange von Leiharbeiter(innen) bemüht.

Entgegen dem Verdacht, auch in Zukunft nur in den alten Industrien, vor allem der Automobilindustrie wirken zu wollen, etabliert sich die IG Me-

tall nunmehr auch in den Bereichen der erneuerbaren Energien, der Solarindustrie etc.

Damit hat die IG Metall im Unterschied zu Parteien und Kirchen die Verbindung zur Jugend und den Anschluss an die relevanten gesellschaft-

Mitgliederentwicklung: sehr positiver Trend

Seit dem letzten Gewerkschaftstag 2007 hat die IG Metall mehr Mitglieder gewonnen und gehalten:

Mitglieder insgesamt

+0,2

2.233.567

Angestellte

+1,1

282.219

Jugendliche

+4,9

203.298

Anstieg seit September 2010, in Prozent

Quelle: IG Metall, Stand: September 2011

direkt 13 | 2011

lichen Entwicklungen gefunden oder wieder gefunden. Jedes zweite neue Mitglied ist unter 27 Jahre und die Anzahl der Mitglieder unter 27 Jahre ist innerhalb der letzten 12 Monate um fünf Prozent gestiegen.

Schwerpunkt Jugend:

„Die Jugend steht künftig im Mittelpunkt unserer Arbeit. Ich schlage vor, dass wir die Ressourcen für die Jugendarbeit deutlich aufstocken“, so Berthold Huber, alter und neuer Vorsitzender der IG Metall, in seinem Zukunftsreferat auf dem Gewerkschaftskongress vom 9. bis 15. Oktober in Karlsruhe. Dies

Je jünger, desto weniger Geld

Anteil der versicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die weniger als den Niedriglohn verdienen, unter den ... (Angaben in Prozent)

... 15- bis 25-Jährigen (ohne Auszubildende):

48,7

45,2

West

Ost



... 25- bis 50-Jährigen: ... über 50-Jährigen:

18,8

20,3

16,2

18,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik November 2010

direkt 13 | 2011

ist kein Lippenbekenntnis. In der Tat liefert die fatale ungesicherte Situation vor allem der Jugend seit geraumer Zeit den Begründungszusammenhang für eine Reihe gewerkschaftlicher Aktionen und Aktivitäten. Knapp 38 Prozent der 15- bis 25-jährigen befinden sich in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wieder, dass ist deutlich mehr als in jeder anderen Altersgruppe. Berthold Huber: „Was diese Gesellschaft der jungen Generation zumutet, verstößt zutiefst gegen jedes Gerechtigkeitsempfinden. Es verstößt gegen meine Vorstellung von einer lebenswerten Gesellschaft.“

Schon in der nächsten im Frühjahr anstehenden Tarifbewegung will die IG Metall ein Zeichen setzen. Gefordert wird die unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach der Ausbildung.

Berthold Huber forderte zudem eine „neue faire Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“. Gemeint sind damit Maßnahmen gegen die „Verrohung des Arbeitsmarktes“ sowie Forderungen nach gleichem Geld für Leiharbeit und endlich Mindestlöhne.

Kurswechsel und linker Reformismus:

Besondere Aufmerksamkeit erzielte der alte und neue Vorsitzende in seinem Zukunftsreferat auf dem Gewerkschaftstag auch mit seinen Ausführungen über den „linken Reformismus“. Dies mag mit seiner kaum verhohlenen Kritik am linken Lager zusammenhängen, die u. a. in den folgenden Zitaten zum Ausdruck kommt: „Wenn ich für einen linken Reformismus plädiere, dann ist der Unterschied zum Neoliberalismus nicht auf die Frage „Marktwirtschaft ja oder nein“ zu reduzieren. So simpel ist die Welt nicht.“ Oder an anderer Stelle: „Kriterium ist nicht die Eigentumsfrage. Obwohl Landesbanken – um nur ein Beispiel zu nennen – formal demokratisch legitimierte Aufsichtsgremien haben, haben sie sich an aberwitzigen Spekulationen beteiligt. Mit der Schwarz-Weiß-Folie „Privatunternehmen oder Staatsunternehmen“ kommen wir nicht weiter. Berthold Huber versucht, die IG Metall sowohl gegen so genannte Neoliberale als auch gegen Antikapitalisten zu positionieren, indem er die bekannte IG Metall-Metapher „gutes Leben“ bemüht. Der Begriff des „guten Lebens“ verbindet er dabei mit Freiheit und Gerechtigkeit und einer Gesellschaft, indem jeder seine Lebensentwürfe selbst bestimmen kann, freilich unter der Voraussetzung von guter Bildung, guter Arbeit, faire Entlohnung und Absicherung gegen die Folgen üblicher Schicksalsfälle wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Bruno Rocker

Quellen: Zukunftsreferat Berthold Huber auf dem Gewerkschaftstag der IGM, 2011, Karlsruhe, direkt Nr.13/2011, Infodienst der IG Metall.

Wie China die Krise bewältigt

Angeichts einer weiteren drohenden Rezession in fast allen Teilen der kapitalistischen Welt erscheint China als ein sicherer Hafen. Während die EU versucht, sich mit Rettungsschirmen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, wächst die chinesische Wirtschaft mit mehr als 9 % jährlich stetig weiter. Einige Kommentatoren verleitet das dazu, hoffnungsvoll zu spekulieren, ob ein China, das offensichtlich stark aus der Krise herausgekommen ist, der Weltwirtschaft helfen könnte, sich wieder zu erholen. Oder aber, ob Europa von China aufgekauft wird und in Abhängigkeit der roten Supermacht im Fernen Osten gerät.

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Kommunistische Politik von unten“ bei der Linken in Schleswig-Holstein hatte sich in diesem Jahr auf drei Veranstaltungen mit der historischen und politischen Entwicklung in China befasst. Wir berichten hier von den beiden letzten Sitzungen im Juli und Oktober 2011. Es interessierte die LAG, welche gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen es der Volksrepublik China seit 1978 ermöglicht haben, einen eigenständigen Kurs zu fahren, mit dem es ihr gelingt, relativ unbeschadet aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen.

危机

Die beiden Schriftzeichen „Gefahr“ und „gute Gelegenheit“ zusammen ergeben im modernen Chinesisch den Begriff „Krise“: wēiji.

Ein erfolgreiches Konjunktur-Programm

Mit staatlichen Konjunkturstimulierungen hatte China schon zweimal erfolgreich Krisenperioden gemeistert: die Südostasienkrise 1997 / 1998 und das Platzen der Internetblase in den Jahren 2000 und 2001. Nun kommt offensichtlich China ein drittes Mal erfolgreich aus der Krise. Als die Börsen auf der ganzen Welt Ende 2008 eingebrochen waren, schlug die Regierung der VR China mit einem Konjunkturpaket im Volumen von 586 Mrd. US-Dollar zu. Schon allein die Menge des Geldes, das die chinesische Regierung in die Hand nahm, war ungewöhnlich hoch. Aber ebenso beeindruckte die chinesische Administration damit, wie zügig – verglichen mit den Europäern – sie ihre Entscheidungen getroffen und umgesetzt hat.

Alle Maßnahmen waren auf den Binnenmarkt gerichtet. Die staatlichen Initiativen galten der För-

derung von Investitionen in die Infrastruktur des Landes, um das oftmals sehr rückständige Landesinnere besser an die weiter entwickelten Küsten im Osten anzubinden. So pumpt der Staat seine Konjunkturgelder vor allem in den Ausbau der Infrastruktur und in neue Großbauten: Dazu zählen Investitionen in das 6 Mrd.-Eisenbahnprojekt von Lanzhou/Gansu über Xining/Qinghai nach Lhasa in Tibet. Für den Straßenbau und Transportsysteme werden vom äußersten Westen in Kash-

gar entlang der alten Seidenstraße bis nach Peking im Osten und Shanghai an der Südostküste über eine Strecke von zunächst 7 000 km Autobahnen angelegt, um gerade auch Randgebiete am Wirtschaftsaufschwung teilhaben zu lassen.

Zugleich gab es staatliche Mittel zur Stimulierung von privatem Konsum, zum Beispiel durch Subventionen für den Wohnungsbau, sowie den Kauf von Autos und Haushaltsgeräten. Ein weiterer hoher Anteil dieser Maßnahmen kam dem Umweltschutz zugute; Gelder für „saubere Technologien“ wurden zur Verfügung gestellt.

Diese Politik hatte Erfolg: Die Steigerung der Ausgaben des Staates in die Wirtschaft hat dazu beigetragen, den wirtschaftlichen Niedergang in China, aber auch in vielen Teilen der Welt abzufedern. Die Inter-American Development Bank schätzt, dass dieser wirtschaftliche Anreiz durch das Konjunkturpaket in den Jahren 2009 und 2010 dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Volksrepublik 2,6 und 0,6 Prozentpunkte hinzufügte. Als zusätzliche Wirkung hat China anschließend von den globalen Aufschwungphasen und der damit verbundenen erhöhten Auslandsnachfrage nach seinen Gütern profitiert.

„Rebalancing“ – Konsumsteigerung

Die Führung Chinas hat eine Initiative zur Umorientierung der chinesischen Wirtschaftspolitik entwickelt: das „Rebalancing“. Ein Schlagwort, das dem Sinne nach „Ausgleich“ bedeutet und eine mittelfristige Verschiebung der Schwerpunkte des Wirtschaftswachstums erreichen soll. Das bisherige Modell beruhte auf staatlichen Investitionen in Großprojekte und einer Fertigung mit geringer Wert-



Straßenbau in Xinjiang im äußersten Westen Chinas. Eine Autobahn soll über 7 000 km mit der industriell entwickelten Küstenregion im Osten, mit Peking und Shanghai, verbinden. Foto: Edda Lechner 2008

schöpfung. Die Industrie Chinas war dadurch zur verlängerten Werkbank US-amerikanischer, japanischer oder europäischer Konzerne geworden.

Ein Beispiel für die geringe Fertigungstiefe in China und die hohen Gewinnspannen im Ausland ist die Produktion des Apple-iPod in China: Der Apple-iPod wurde 2005 für 300 Dollar in den USA verkauft. In Chinas Exportstatistik ging er mit einem Wert von 150 Dollar ein. Die chinesische Wertschöpfung aber machte nur drei bis fünf Dollar aus. Die Differenz zwischen den 3 bis 5 Dollar und den 150 Dollar waren in erster Linie Zulieferungen aus dem Ausland, zum großen Teil aus den USA selbst.

Die neue Investitionspolitik soll eine höhere Fertigungstiefe im eigenen Land erzeugen und zugleich den privaten Haushalten und Dienstleistungsunternehmen zugute kommen. Chinas Präsident Hu Jintao spricht in diesem Zusammenhang oft davon, dass Wachstum mehr „inklusive“ gestaltet werden müsse, um Vorteile für die unteren und mittleren Klassen zu erreichen. Ein vorrangiges Ziel im 12. Fünfjahrplan der VR China, der Anfang 2011 vom Nationalen Volkskongress für den Zeitraum von 2011 bis 2015 beschlossen wurde, ist es, die „die Einrichtung eines langfristigen Mechanismus zur Erhöhung der Konsumtion“ zu erreichen. Dazu gehört beispielsweise auch die direkte Förderung und Subventionierung von Autokäufen – wenn es sich denn um Kleinstwagen handelt. Ihr Verkauf steigerte sich dementsprechend um 46 %, der von Einzelhandelsumsätzen um 15 %.

Lohnerhöhung und Armutsbekämpfung.

Eine wirkliche Konsumsteigerung ist dauerhaft nur möglich durch eine grundlegende Verbesserung der Einkünfte der 1,3 Milliarden Menschen in China. Der neue Fünfjahresplan sieht explizit höhere Reallöhne vor und hat dazu vielfältige Maßnahmen in die Wege geleitet. So durch die Erhöhung des Dienstleistungssektors am BIP um vier Prozentpunkte auf 47 % bis zum Jahr 2015. Verglichen mit der industriellen Produktion, wie sie bislang organisiert wurde, verbraucht der Dienstleistungssektor weniger Ressourcen, beschäftigt etwa 25 % mehr Menschen pro BIP-Einheit, zahlt seinen Arbeitern mehr Lohn und belastet die Umwelt weniger.

Unternehmen in Staatsbesitz sollen zukünftig einen größeren Anteil ihrer Einnahmen als Dividende an die kleinen Aktionäre ausschütten. Die Pläne des neuen Fünfjahresplanes sehen vor, „die Einkommensverteilung verstärkt voranzutreiben, die soziale Absicherung zu verbessern und privaten Unternehmern den Zugang zu mehr Marktsektoren zu ermöglichen“.

Zu denen, die davon profitieren sollen, gehören vor allem die „Wanderarbeiter“. Sie und ihre Familien können von der Arbeit in der Landwirtschaft nicht ausreichend leben und versuchen seit 1978, als das Verbot, den Wohn- und Arbeitsort zu wechseln, Schritt für Schritt aufgehoben wurde, durch Gelegenheitsarbeit in den Städten dazu zu verdienen. Heute zählt die Statistik in China 229 Mio. „Bauernarbeiter“, die im Hoch- und Tiefbau ebenso wie in den Dienstleistungsbranchen tätig sind. Sie übernehmen die härtesten,

die sogenannte „Eiserne Reisschale“, eine durch Mao Zsedong eingeführte staatlich garantierte Versorgung mit einem gesicherten Arbeitsplatz und einer sozialen Absicherung bei Krankheit und Alter über die Betriebe. Die Politik von Deng Xiaoping schaffte dieses System ab. Seitdem haben die Menschen in China viele Gründe um zu sparen: Das öffentliche Rentensystem ist unzureichend. Krankenversicherungen, die die hohen Kosten medizinischer Leistungen auf westlichem Niveau bezahlen, gibt es kaum. Für



Nicht mehr als verlängerte Werkbank für ausländische Konzerne sondern für den Konsum im eigenen Land soll mit höherer Fertigungsstufe produziert werden. Foto Karl-Helmut Lechner 2004

schlecht bezahlten Jobs und hausen oft in menschenunwürdigen Unterkünften. Aber sie bringen mehr Geld in ihre Dörfer zurück als die erwirtschaften können, die dort geblieben sind. Somit sorgen sie auch noch für die Entwicklung des Hinterlandes.

Hohe Sparquote – geringe soziale Sicherheit

Wer keine soziale Sicherheit hat, muss sparen. Die volkswirtschaftliche Sparquote stieg in China in den vergangenen Jahren wie in keinem Land der Welt an. Sie lag 2008 bei 50,9 % – Haushalte, Unternehmen und Staat zusammen gerechnet. Der weltweite Durchschnitt liegt bei nur 25 %. Zu den Ursachen schreibt die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ): „Die chinesischen Unternehmen behielten einen immer größeren Teil ihrer Gewinne ein, während die privaten Haushalte nicht zuletzt wegen des immer dünner werdenden sozialen Netzes höhere Summen ansparten.“ Aus diesem Grund machen die Sparrücklagen der Privathaushalte den Löwenanteil der nationalen Sparquote aus. Außerdem ist sie in den vergangenen Jahren laufend gestiegen und betrug nach Angaben der OECD zwischen 2003 und 2007 im Durchschnitt 20 % des BIP. Sie ist damit etwa dreimal so hoch wie im Durchschnitt der OECD-Staaten.

Bis 1978 existierte in der VR China

die Ausbildung ihrer Kinder müssen Eltern Schulgeld bezahlen. Kredite für den Kauf langlebiger Gebrauchsgüter sind schwer zu bekommen. Für den Kauf einer Wohnung ist eine hohe Anzahlung erforderlich. Das soziale Netz ist in den vergangenen Jahren ständig dünner und weitmaschiger geworden. Auch machte die Ein-Kind-Politik seit 1979 eine individuelle Altersvorsorge erforderlich. Ohne diese Geburtenkontrolle würden heute 300 Millionen junge Menschen mehr in China leben, die für ihre Eltern sorgen könnten. Mit der jetzt üblichen urbanen Drei-Kopf-Familie – Ausnahmen sind auf dem Land und in den Gebieten ethnischer Minderheiten erlaubt – verbleiben den modernen Haushalten zwar höhere Pro-Kopf-Einkommen, aber zu einem großen Teil müssen die Menschen diese Gelder für die Vorsorge im Alter, für Notfälle und für eine qualifizierte Ausbildung des Kindes zurücklegen.

Seit Ende der 90er Jahre wirkte sich die eingeleitete Privatisierung der Wirtschaft und das damit verbundene massive Schrumpfen der Staatsbetriebe vor allem in den Städten noch einmal verheerend für die soziale Sicherheit der Betroffenen aus. Damals gingen an die 65 Millionen Arbeitsplätze verloren. In den Jahren 2002 bis 2007 führte eine erneute Reorganisation der Arbeitswelt zum Abbau von 45 Millionen Arbeitsplätzen. Um die Folge



Armutsbekämpfung durch Lohnerhöhungen für die bäuerlichen Wanderarbeiter. Dazu gehört auch ein Förderprogramm zur Schaffung von Wohnraum, scheinbar primitiv – in Wirklichkeit praktisch und der ländlichen Umgebung kulturell angepasst. Foto: Edda Lechner 2008

dieser Arbeitslosigkeit mussten sich die Provinzen und Städte kümmern. Die betroffenen Haushalte versuchten diese Lage durch langfristiges höheres Sparen ausgleichen.

Soziale Verbesserungen

Den regionalen Regierungen wird klar: Wer für den „Sozialfall“, für Unfall, Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit nicht privat vorsorgen, sprich sparen muss, der tut sich leichter, Geld für den privaten Konsum auszugeben. Und wer Schul- und Ausbildungskosten seiner Kinder nicht selber bestreiten muss, kann sich eher schon mal etwas leisten. Da blieben sonst auch staatlich gezielt eingesetzte Lohnerhöhungen auf den Banken liegen.

Aus diesem Grund sind im Konjunkturprogramm der Ausbau, Neubau und die Ausstattung von Schul- und Bildungseinrichtungen enthalten. Auf den Dörfern dürfen jetzt für die ersten acht Grundjahre keine Schulgebühren mehr eingefordert werden. Da auch die gesamtwirtschaftliche Sparquote von privaten Haushalten, aber auch der der Unternehmen und des Staates 2008 bei 50,9 % lag – doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt – kann sich China diese hohen Extraausgaben im sozialen Bereich leisten und „eine aggressive Konsumsteigerung finanzieren“ (FAZ, 3.9.09). Direkt mischt sich die chinesische Regierung in die Lohnpolitik der Provinzen, Städte und Betriebe ein. In 2009 erhielten die Wanderarbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne um 17,3 % und liegen jetzt bei einem monatlichen Einkommen von 1350 bis 1500 Yuan (132 bis 165 Euro) statt 300 bis 600 Yuan (33 bis 66 Euro) im Jahr 2004. Das hat selbstverständlich zu einem veränderten „positiven“

Konsumverhalten beigetragen und die Binnennachfrage deutlich gestärkt.

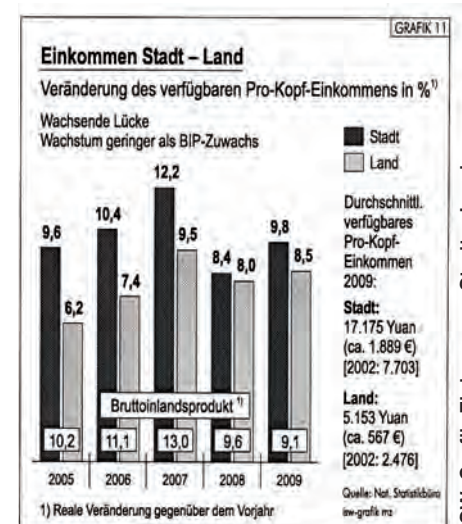
Immobilien: Boom oder Blase?

Durch eine expansive Geldpolitik der chinesischen Notenbank und eine von der Regierung angeordnete gelockerte Kreditpolitik der staatlichen Banken wurde tatsächlich ein wahrer Immobilienboom ausgelöst. 2009 wurden von den Kreditinstituten fast 10 Billionen Yuan (ca. 1,1 Billionen Euro) an Unternehmen, Privatleute oder staatliche Institutionen vergeben, doppelt soviel, wie im Jahr zuvor. Ein Fünftel davon floss in den Immobilienmarkt. Die Häuserverkäufe nahmen um 75 % zu. Der Boom setzte sich 2010 fort. Durch die finanzielle Förderung konnten jetzt auch solche Familien an Wohneigentum denken, die zuvor davon allenfalls geträumt haben mögen. Der Nachteil war allerdings, dass auf Grund dieser gewachsenen Nachfrage die Immobilienpreise in horrenden Höhe schossen und China, bezogen auf das durchschnittliches Jahres-Haushaltseinkommen, zu einem der teuersten Immobilienstandorte der Welt geworden ist, der selbst den Spitzenreiter Tokio überflügelt hat.

Handelt es sich hier bereits um eine Immobilienblase, wie sie Ende der 1980er Jahre in der japanischen Ökonomie auftrat, von dem sich das Land bis heute nicht wirklich erholt hat? Stephen Roach, Chairman von Morgan Stanley Asia, glaubt nicht, dass sich hier Parallelen ziehen lassen. Die anhaltende „solide Nachfrage“ nach Wohnraum und eine aktive Politik der chinesischen Regierung verhindern einen Kollaps. Anders als in Japan oder auch den USA gibt es eine massive Wanderungswelle von 15 bis 20 Mil-

lionen Menschen, die jährlich in die Städte strömten, um dort dauerhaft zu bleiben. Diese größte Massenimmigration, die es in der Welt je gab – auch weitaus größer als zur Zeit der europäischen Industrialisierung – braucht den sozialen Wohnungsbau und eine planmäßig strukturierte Stadtentwicklung mit Stadt- und U-Bahnen. Ein riesiges Nachfrage- und Kaufpotenzial, das nicht nur die Bausektoren im Bereich von Zement und Stahl sondern auch im Bereich von Haushaltseinrichtungen fördert.

Um privatem Spekulationen vorzubeugen und um überhöhten Gewinnen aus dem Wohneigentum vorzubeugen, hat China eine Reihe von Maßnahmen ins Auge gefasst, die dieses verhindern sollen. Ab Dezember 2009 gibt es eine Spekulationssteuer von 5,5 % auf Wohneigentum, das innerhalb von fünf Jahren weiter verkauft wird. Es ist die Einführung einer Grundsteuer geplant. Bei Erstkäufen von Ap-



partements über 90 qm müssen 40 % der Summe sofort in bar gezahlt werden. Familien in Peking dürfen nicht mehr als ein zusätzliches Haus kaufen, Kreditgewährung für den Kauf eines Dritthauses ist ab 2010 verboten. Um für die zuwandernde Landbevölkerung Wohnraum bezahlbar zu machen, werden ebenfalls seit 2010 fünf Millionen Sozialwohnungen aus öffentlichen Mitteln gebaut.

Löhne, Wachstum und Inflation

Die chinesische Regierung ist bestrebt, den Lebensstandard schneller als die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzuheben. Netto würde dies einen steigenden Konsumanteil am BIP bedeuten. Diese Programme, wenn sie denn gelingen, bringen mehr Wohlstand für einkommensschwachen Menschen, und ermuntern sie, privat mehr zu konsumieren. Ob dies alles dauerhaft eine Immobilienblase verhindert, ist dennoch nicht gänzlich sicher. Eine der Bewährungsproben liegt im Bereich des Arbeitsmarktes. Durch das Konjunkturprogramm wurden zusätzlich für 25 Mio. Menschen befristete Arbeitsplätze geschaffen. Was geschieht mit ihnen, wenn das Programm ausläuft? Darüber hinaus werden ab 2011 weitere 14 Mio. neue Arbeitskräfte auf den Markt drängen und zusätzlich 7,6 Mio. Hochschulabsolventen. Eine Herausforderung, die China im schlimmsten Fall mit wohl 30 Mio. neuen Arbeitslosen konfrontieren könnte.

Ein weiteres Problem betrifft die mit diesen Konjunkturprogrammen steigende Inflationsrate. Dem scheint zu widersprechen, dass laut Statistik die Einzelhandelsumsätze rasant steigen, in den vergangenen zwei Jahren allein um 17 %. Die Gegenseite dieser Entwicklung ist aber, dass der Consumer Price Index (CPI) im Juli dieses Jahres mit 6,5 % so hoch war wie seit drei Jahren nicht mehr. Die chinesische Regierung hatte eine Rate von höchstens 4 % angestrebt. Wang Jun, ein Ökonom des Chinesischen Zentrums für Internationalen Wirtschaftlichen Austausch (CCIEE) sieht den Hauptgrund für die hohen Preisanstiege in der zu hohen Liquidität auf den Märkten, d.h. dass zuviel Geld im Umlauf ist. Nach Aussage von Hu Yue in der „Beijingreview“ vom Juli 2011 habe die Zentralbank versucht, gegenzusteuern und bereits dreimal die Zinsen erhöht und sechsmal die Banken gezwungen, mehr Geld bei der Zentralbank in Reserve zu halten, um Geld aus dem Wirtschaftskreislauf abzuziehen. Sie hofft, so ein zusätzliches Anheizen der Inflation zu vermeiden. Der Produzentenpreisindex (PPI) förderte die Inflation allerdings weiter. Er erhöhte sich um 10,2 % wegen gestiegener Immobilienpreise, steigender Rohstoffkosten und ansteigender Lohnkosten.

Im Perflussdelta, berichtet die „Shanghai Securities News“ im August, seien die Löhne um 30 % gestiegen. Das ist nicht nur durch die Anhebung der Mindestlöhne durch 18 Lokalregierungen hervorgerufen worden, sondern zunehmend durch Arbeitermangel in den Küstenregionen und das wachsende Bildungsniveau der Wanderarbeiter, die nun auch bessere Jobs ausfüllen können. Seit ein paar Jahren gibt es auch heftige Streikbewegungen in privaten und staatlichen Betrieben, vor allem bei ausländischen Firmen. So wie z.B. im Sommer 2010 bei der Autofabrik Honda. Nachdem bei der Gründung der VR China den Arbeitern das Streikrecht zugestanden, dies aber 1982 aus der Verfassung gestrichen wurde, gilt jetzt der Streik juristisch als weder erlaubt noch verboten. Seit in den letzten Jahren besonders in der industriell hoch entwickelten Provinz Kanton / Guandong jährlich tausende von Arbeitskämpfen von informellen Gruppen organisiert und immer öfter auch von den offiziellen Gewerkschaften unterstützt stattfinden, fordern die ArbeiterInnen die Wiedereinführung von Tarifverhandlungen und das Recht auf Streik, ohne gekündigt werden zu können.

Gegenläufig dazu sind in den letzten beiden Jahren die Preise von Grundnahrungsmitteln erheblich gestiegen. Für Getreide, Fleisch, Eier und Gemüse muss der chinesische Verbraucher im Vergleich zum Vorjahr laut „National Bureau of Statistics“ in Beijing, 14,8% mehr bezahlen, allein Schweinefleisch stieg im Juli um 57%! Gründe dafür liegen einerseits im tatsächlich zunehmenden Wohlstand, der zu einer größeren Nachfrage und damit zur Verknappung führt, so dass China Schweinefleisch aus dem Ausland kaufen muss. Einen weiteren Grund sieht Wang Jimin, stellvertretender Direktor des „Instituts für Agrarökonomie und Entwicklung der Chinesischen Akademie der Agrarwissenschaften“, in der Urbanisierung, besser: der Landflucht: „Immer weniger Landwirte wollen ihre Zeit und ihr Geld für die Aufzucht von Schweinen verwenden, eine Arbeit, die schmutzig ist und von Seuchen bedroht wird. Sie suchen lieber in den Städten Arbeit.“ Dabei sind es gerade die Städte, die unter den Preissteigerungen leiden. Sie müssen ihre Lebensmittel kaufen, sie leben in teuren Wohnungen, die im Preis, wie die in New York erscheinende „Epoch Times“, meldet, auf 20 bis 40 %

der Durchschnittseinkommen gestiegen sind, ebenso schnellen die Kosten für Elektrizität, Öl und Benzin in die Höhe. Selbst die besser situierte Mittelschicht, die mit 37 % in den Städten durch Privatunternehmer, Büroangestellte, Fachleute wie Anwälte und IT-Spezialisten wie Freiberufler vertreten ist, spürt die Belastungen der Inflation.

Sozialer Ausgleich oder Herrschaftswechsel?

Was die gegenwärtig Verantwortlichen der VR China beschlossen haben, geht keineswegs konfliktfrei über die Bühne. Sicher kann ein Land, in dem es nur eine Partei – die Kommunistische Partei Chinas – gibt, zentralistischer und schneller über Maßnahmen entscheiden, als das in westlichen Staaten möglich ist. Aber die KP Chinas war nie und ist auch heute kein monolithischer Block, der ausschließlich einheitlich denkt und ohne Widerspruch beschließt und handelt.

Gegen die Politik des „Rebalancing“ stehen die Interessen einiger mächtiger Fraktionen im Land, die Reichtum und Macht gerade durch das derzeitige System gewonnen haben. Dazu gehören Banken, Bauträger und Hersteller großer Anlagen sowie Funktionäre in den Ministerien mit ihren „guten“ Verbindungen zu diesen Branchen. Diese Gruppen widersetzen sich der Politik des Ausgleichs durch „Rebalancing“. „Natürlich werden die Eliten, die ihr Geld in den vergangenen Jahren gemacht haben, Rebalancing mit Zähnen und Klauen bekämpfen. Sie wollen ihr Geld nicht verschenken, warum sollten sie?“, sagte Ma von der „Eurasia Group“.

Ob Peking bereit ist, deren Interessen zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung zu opfern? Kürzlich war in der „China Times“ zu lesen, dass Chinas reichster Mann, der Bauunternehmer und Baumaschinenhersteller Liang Wengen, dem Sany, einer der weltgrößten Konzerne, gehört, demnächst in das Zentralkomitee der KP Chinas aufgenommen werden soll. Er wäre das erste Mitglied des Zentralkomitees aus der Privatwirtschaft seit der Gründung der KPCh im Jahre 1921. Ist es ein Versuch, die neue Klasse der privaten Kapitalisten in die Politik des sozialen Ausgleichs einzubinden und nachsozialistische Mafiastrukturen wie in Russland zu verhindern oder der Anfang einer neuen kapitalistischen Herrschaftsübernahme?

Edda und Karl-Helmut Lechner

Quellen:

„China – Krise als Chance?“ ISW-Report-Nr.: 83/84 Dezember 2010
„Deutsch-Chinesische Allgemeine Zeitung“, September 2011
<http://www.thechinatimes.com/online/2011/09/1352.html>
<http://german.beijingreview.com.cn/>
<http://www.chinaeconomicreview.com/>
<https://www.clsa.com/>

Wohl kaum ein politischer Schritt war in der Linkspartei im Westen der Republik so umstritten, wie die tragende Beteiligung zuerst der PDS und dann der fusionierten Linken an der Koalitionsregierung mit der SPD im Land Berlin. In diesem langen Zeitraum hat sich in Berlin eine Mehrheit links von der Mitte herausgebildet, die SPD unter Mithilfe der Grünen entschied sich jetzt zum Sprung in eine große Koalition. Klaus Lederer war als Landesvorsitzender der PDS und dann der Linken seit langem dabei. Es geht um zehn Jahre Regierungsbeteiligung der Linken. Wir drucken den derzeitigen Stand der Verarbeitung ab.

Klaus Lederer

Gedanken zum Berliner Wahlergebnis 2011

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Wir haben bei der Berliner Wahl zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September 2011 keines unserer Wahlziele erreicht. Gegenüber 13,4 % im Jahr 2006 haben wir 2011 noch 11,7 % der Zweitstimmen erhalten. Die größten Verluste hat Die Linke im Ostteil der Stadt hinnehmen müssen. Verloren hat Die Linke nicht zugunsten des Regierungspartners SPD – im Gegenteil. Sowohl von der SPD als auch aus dem Nichtwähler*innenlager konnten wir Stimmenzuwachs erzielen. Unsere Verluste gingen an CDU und Grüne, vor allem aber an die Piraten. Vermutlich im Zusammenhang damit stehen die unterdurchschnittlichen Ergebnisse bei Wählerinnen und Wählern, die jünger sind als 45 Jahre, und bei den Erstwähler*innen.

Der mit dem Ergebnis verbundene Einflussverlust im Abgeordnetenhaus, in den Bezirksverordnetenversammlungen und in den Bezirksämtern schwächt unpolitisch. Die rot-rote Koalition wird durch ein rot-schwarzes Bündnis abgelöst. Weniger Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden zukünftig landespolitische Oppositions- beziehungsweise bezirkspolitische Gestaltungs-/Oppositionsarbeit leisten können. Wir werden Ideen entwickeln müssen, wie wir einerseits das Wahlergebnis würdigen und andererseits schnell unsere politische Wirksamkeit verbessern können. Denn wir können schneller als planmäßig vorgesehen in eine erneute Wahlkampfsituation kommen, falls es vorgezogene Bundestagswahlen gibt. Da es allerdings kein eindimensionales Erklärungsmuster für das Wahlergebnis gibt, wird es auch keinen „Generalplan“ geben, wie wir uns reorganisieren können. Die Linke Berlin hat Hausaufgaben in mehrfacher Hinsicht zu erledigen.

Es gibt reichlich Stoff für die Diskussionen. Eine Reihe von Stellungnahmen, Papieren und Reflexionen sind um Erklärungsansätze und Hypothesen bemüht. Sie produktiv in Beziehung zu setzen, zum Austausch zu nutzen, kann uns voranbringen. Wenn es nicht primär

darum geht, wer Recht hat oder schon immer Recht hatte. Sondern wenn es uns gelingt, daraus eine gemeinsame Diskussion zu entwickeln, die uns unsere Defizite und unsere „Baustellen“ vor Augen führt. Wenn wir zu Schlussfolgerungen gelangen, die uns in unserer Breite in die Lage versetzen, politisch wirkungsvoller zu werden und an gesellschaftlichem Einfluss zu gewinnen. Die hier formulierten Gedanken verstehen sich als ein Debattenbeitrag, nicht als Erklärung. Ihren Zweck erfüllen sie dann, wenn sie zu unserer (Selbst-)Veränderung beitragen. Insbesondere ersetzen sie keine Wahlkampfauswertung.

1. Stadtpolitische Dimension

Ursachenforschung sollte zuallererst bei der eigenen politischen Bilanz beginnen. Eine zentrale Diskussionsebene ist daher das stadtpolitische Fazit und die daraus resultierende Überzeugungskraft der Schwerpunkte unseres Wahlprogramms. Für die Berlinerinnen und Berliner waren unsere stadtpolitische Bilanz und unsere inhaltliche Perspektive ganz offenkundig nicht mobilisierend genug.

Die zwei Hälften von Rot-Rot II

Wir sind zwar im vergangenen Jahr durchaus optimistisch in die Wahlvorbereitungen eingestiegen, auch vor dem Hintergrund von (während der zweiten rot-roten Legislatur lange Zeit) stabilen Umfragewerten zwischen 16 und 18 % im Jahr 2010, die bis in den Februar 2011 hinein immerhin noch bei 14 bis 17 Prozent lagen. Diese Umfrageergebnisse haben uns womöglich aber auch den Blick darauf verstellt, dass es um die Wahrnehmung unserer Politik, unseres Personals und unserer Rolle bereits zu diesem Zeitpunkt keineswegs bestens bestellt war. In der öffentlichen, d. h. medialen, Reflexion wurde zwar lange Zeit anerkannt, dass wir im Gegensatz zur ersten rot-roten Legislaturperiode inhaltlich, wie auch hinsichtlich der Konfliktfähigkeit mit dem Koalitionspartner SPD deutlich besser agiert haben. Auch unser außerparlamentari-

sches Engagement auf einigen wichtigen Themenfeldern (Kita-Volksbegehren, Volksentscheid zu Tempelhof und Pro Reli, Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Verhinderung des Kohlekraftwerks Klingenberg, „Dresden Nazifrei“ und antifaschistische Mobilisierung in Berlin, Antiatomproteste u. a.) war gemessen an den verfügbaren Kräften in unserer Landesorganisation außerordentlich engagiert und spürbar.

Wir galten als „Motor der Koalition“, als inhaltlich treibende Kraft bei der Gestaltung der Stadtpolitik. Kompetenz, Ideenreichtum, Tatkraft – durchaus auch im Konflikt mit dem Koalitionspartner SPD – wurden uns zugeschrieben. Wir haben unsere inhaltlichen Projekte durchsetzen können, die wir 2006 zur Bedingung einer rot-roten Neuaufgabe gemacht hatten. Schulreform mit Gemeinschaftsschule, öffentlich-geförderte Beschäftigung, Ausweitung direkter Demokratie, Sicherung der öffentlichen Infrastrukturen und Ausweitung des öffentlichen Einflusses bei den kommunalen Unternehmen, Kampf gegen Zwangsumzüge, Mindestlohn bei öffentlicher Vergabe und Kampf gegen prekäre Beschäftigung und Leiharbeit – das waren Themen, die zunächst durchaus immer mit uns verbunden worden sind.

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode verlor die Koalition jedoch sichtbar an Schwung. Die ursprünglichen Projekte schienen größtenteils „abgearbeitet“ zu sein. Neben die ursprünglichen Referenzprojekte traten zwar neue Themen, wie der Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, steigende Mieten, Rekommunalisierung öffentlicher Infrastrukturen und Transparenz öffentlicher Unternehmen. Doch gelang es uns nur unzureichend diese auch als überschaubare, konkrete und damit auch öffentlich abrechenbare Projekte darzustellen. Hinzu kommt, dass die Entwicklung der politischen Agenda in diesen Themenfeldern größtenteils auf parlamentarische Expertengruppen und die Senatsverwaltungen beschränkt blieb. Eine breite innerparteiliche oder gar außerparlamentarische Diskussion darüber gelang uns nicht. Einer der Gründe ist sicherlich, dass wir das wechselseitige Verständnis für unterschiedliche Herangehensweisen, Zwänge und Funktionsmechanismen von Partei, Fraktion, Verwaltung und außerparlamentarischen Akteur*innen nicht so entwickeln konnten, dass es produktiv wurde. Die Folge war, dass wir zu wenige Themen in einem breiteren öffentlichen Bewusstsein zu verankern vermochten, nicht als Partei erkennbar waren, die im Grunde gleiche oder ähnliche Ziele verfolgt, wie die sich hierzu artikulierenden außerparlamentarischen Gruppen und Interessenvertretungen.

Hinzu kommt, dass einige unserer zentralen Themen (Bildung, Wohnen

und Mieten, öffentliche Unternehmen) größtenteils nicht in unserer Ressortzuständigkeit lagen. Für die Probleme und mangelnde Durchsetzung wurden wir als Bestandteil der Koalition dennoch selbstverständlich in Mithaftung genommen. Es ist uns trotz aller Bemühungen und gutem Willen nicht ausreichend gelungen, jenseits der Koalition eigenständige Öffentlichkeit, Mobilisierung und Vernetzung zu organisieren, um ein „Treiben“ des stärkeren Koalitionspartners immer „bis zur Ziellinie“ durchzuhalten. Jenseits der Frage, ob das politisch und organisatorisch durch Die Linke Berlin in ihrer Breite überhaupt zu leisten war: es reicht eben für eine Regierungspartei nicht aus, sozioökonomische Entwicklungen von Ausgrenzung und Verdrängung im gesamtstädtischen Maßstab bloß zu thematisieren.

Auf anderen Themenfeldern blieben wir mehr oder weniger sprachlos. Das betraf insbesondere Themen, die für jüngere urbane Schichten in den vergangenen Jahren besondere Bedeutung hatten, wie beispielsweise der Umgang mit innerstädtischen Liegenschaften. Hier drängte sich für viele der Eindruck auf, dass Die Linke dem wirtschaftlichen Verwertungsdruck, also dem Primat von Investoreninteressen in der Stadtentwicklungspolitik, wenig entgegensetzen hat oder auch nur dazu gewillt ist. Exemplarisch steht hierfür unsere Rolle in der Auseinandersetzung um mediaspree.

Zum Ende der zweiten Legislaturperiode holten uns darüber hinaus Konflikte aus früheren Zeiten wieder ein. Zum Teil waren das „Altlasten-Themen“, aber auch „hausgemachte“ Probleme. So beispielsweise die Folgen aus der schwarz-roten Standortentscheidung für den Flughafen BBI, die Anwendung des rot-roten Straßenausbaubeitragesgesetzes oder auch kurzfristige Stockfehler wie die „Müllschluckerfrage“. In all diesen Fragen fanden wir nur unzureichend zur Kraft und zu Strategien, die einen glaubhaften Einsatz für die Interessen von Wähler*innen jenseits einer fundamentalen Ablehnung kenntlich werden ließen und mit denen wir der Mobilisierung durch die politische Konkurrenz hätten wirksam begegnen können.

Beim Volksbegehren/Volksentscheid zur Offenlegung der BWB-Teilprivatisierungsverträge ist das drastisch und in seiner Wirkung wohl am folgenreichsten zu Buche geschlagen. Unsere Haltung und Positionierung geriet zum kommunikativen und strategischen Desaster, bei dem am Ende trotz aller Beteuerungen niemand mehr bereit war, uns abzunehmen, dass wir „eigentlich“ das gleiche Ziel verfolgten, wie die Initiator*innen des Entscheids. Wir haben als handelnde Akteur*innen unterschätzt, dass es bei all dem „stimmungsmäßig“ um viel mehr ging als um die Frage der Offenlegung von Verträgen, die wir mit Hilfe

des Drucks der Initiator*innen längst rechtssicher durchgesetzt hatten. Das anzuerkennen und einzugestehen heißt im Übrigen noch nicht, dass wir zukünftig vor politischen Zwickmühlen ähnlicher Art gefeit wären. Die Dynamik des Spätsommers, die schließlich in den erfolgreichen Volksentscheid mündete, war – auch für die Initiator*innen selbst – überraschend und so kaum vorherzusehen. Was können wir daraus lernen? Sicher scheint mir, dass wir mit unserem eigenen „Aufschlag“ zur Reform des Informationsfreiheitsgesetzes zu spät kamen, um noch glaubwürdig kommunizieren zu können, dass wir am gleichen Strang ziehen wie die Initiator*innen. Welche politischen und strategischen Anforderungen resultieren daraus – für das handelnde Personal und für die Partei in ihrer Gesamtheit?

Wahrnehmung der Koalition und die ausbleibende Lust auf mehr

Angesichts der Unausgereiftheit der eigenen neuen politischen Projekte einerseits und andererseits der zunehmenden politischen Blockaden des Koalitionspartners, der zum Teil auch bereits Errungenes wieder in Frage zu stellen begann, wirkte die Koalition insgesamt zunehmend ausgelaugt und abgenutzt. Zwar attestierte man uns insgesamt eine durchaus positive Bilanz, aber über den Erhalt des Status quo trauten nur Wenige einer weiteren rot-roten Koalition neue Impulse bei der Entwicklung der Stadt zu.

Mediale Anerkennung für das Erreichte und positive Feedbacks aus organisierten Teilen der Stadtgesellschaft sind nicht gleichbedeutend mit der Erlebbarkeit linker Politik in der Lebensrealität der Berlinerinnen und Berliner. Projekte, die wir (aus guten Gründen) für wichtig hielten und halten, wurden deshalb noch lange nicht in der Breite der Stadt als wichtige, linke Leuchttürme empfunden (ÖBS), waren der Abwehr sozialer Verschlechterungen gewidmet, (was selten honoriert wird, weil der Vergleichsmaßstab nicht präsent ist, was anderenfalls gewesen wäre), brauchten einen langen Atem, (was kurzfristige Erwartungen auf Veränderungen enttäuscht und wirkt, als wären wir Getriebene gewesen), waren verbunden mit manchen Umsetzungsproblemen (Schulreformen), die den damit verbundenen politischen Fortschritt in den Hintergrund treten ließen. Hier liegt ein zentraler Kern der von Klaus Ernst aufgeworfenen Frage: Wie kann es uns als Linke gelingen, bei Wahlen aus einer Regierungskoalition heraus zuzulegen?

Versuch einer Einordnung der Ära Rot-Rot in Berlin

Mir ist eine Schlussfolgerung ganz wichtig: Für die SPD war die Koalition mit der PDS/Linkspartei. PDS/Die Linke zunächst eine machtpolitisch-pragmatische

Entscheidung. Sie resultierte aus dem Bruch mit der CDU, die nach dem Ausstieg der SPD aus der schwarz-roten Diepgen-Koalition 2001 dermaßen personell und politisch abgewirtschaftet hatte, dass eine Koalition mit ihr nicht in Betracht kam. Die Koalitionsentscheidung der SPD für Rot-Rot war aber auch eine inhaltliche Entscheidung; aus ihrer Perspektive ein Experiment in einer gespaltenen Stadt – alles andere als selbstverständlich nach Jahren der gesellschaftlichen PDS-Ausgrenzung. Berliner Regierungspolitik hatte bis 2001 in der „Kultur“ vor Mauerfall (Subventionsmentalität, Korruption und Filz, Metropolenwahn, Verschuldung) verharret und verfolgte keinerlei politische Gestaltungsperspektive aus eigener Kraft. Mit der rot-roten Koalition verband sich seinerzeit der aus heutiger Sicht gelungene Versuch der „Modernisierung“ der Stadtpolitik. Sein Inhalt bestand darin, die überkommene historische Teilung und den Kalten Krieg im „kollektiven Bewusstsein“ der Stadt zu überwinden und der Stadt eine eigene Zukunftsperspektive (und neue politische Handlungsspielräume) zu erschließen.

Darüber hinaus gab es kein gemeinsames positives „rot-rotes Projekt“ einer sozialen Stadtpolitik, das sich in eine gesellschaftspolitische Strömung demokratisch-sozialer Gestaltung der Gesellschaft im bundespolitischen oder sogar darüber hinausreichenden Maßstab einordnete. Rot-Grün war bereits 2001 die Regierungskonstellation, die unter den Berliner*innen über die größte Unterstützung verfügte. Das hat sich über 10 Jahre rot-roter Regierungspraxis hinweg nie verändert. Nur: Rot-Grün scheiterte immer wieder an der mangelnden „Regierungsfähigkeit“ der Grünen. Oder um es anders zu sagen: Rot-grüne Koalitionen scheiterten (inzwischen bereits dreimal) an der politischen Unfähigkeit der Berliner Grünen, ein widersprüchliches Lebensgefühl in der Stadt, (das vielfach mit ihrem Image verbunden wird und aus dem sie ihre steigenden Wahlergebnisse beziehen), in gemeinsam getragene strategisch-politische Aushandlungsprozesse mit der SPD zugunsten konkreter eigener Projekte und Inhalte umzusetzen. Mit uns war das verlässlich und entlang der zentralen Auseinandersetzungslinie „soziale Gestaltung des Modernisierungsprozesses“ 2001 und 2006 möglich – zumal sich die Berliner SPD mit den Ergebnissen dieser Politik auch noch ein „linkes“, großstädtisches, positives und progressives Image verschaffen konnte (Bürgerbeteiligung, Queerpolitik, Drogenpolitik u.a.). Das war keine Selbstverständlichkeit und hat auch positive soziale Folgen gehabt, die nicht gering zu schätzen sind. Der Modernisierungsprozess, mit dem die rot-rote Koalition sich legitimiert hatte, ist nun aber eingeleitet.

Hinzu kommt: Jeder Schritt sozialis-

tisch-demokratischer Politik war hart erkämpft, erfüllte aber selten die hohen Erwartungen an einer Veränderung der unmittelbaren konkreten Lebenssituation, die Die Linke symbolisch immer wieder erzeugt und mit denen sie ihre Wählerzustimmung erreicht hatte. Wir konnten in der Landespolitik keine bzw. nur sehr niedrige Schutzwälle gegen globale, europäische und bundespolitisch beförderte neoliberale Entwicklungstendenzen und ihre sozialen Folgen errichten. Hartz IV, Prekarisierung, Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte, höherer Verwertungsdruck in der Stadt – trotz der Schaffung neuer Arbeitsplätze im industriellen Sektor verbesserte sich die soziale Situation vieler Berliner*innen unter Rot-Rot nicht, sondern wurde schlechter. Eine eigenständige realistische und gleichzeitige „visionäre“ „Idee von Stadt“ – „So wollen wir leben!“ – als Rückenwind für „Mehr“ haben wir in der rot-roten Koalition nicht entwickeln können. Sie bräuchte Rückbindung, strukturelle Verankerung und Diskurse, progressive politische Praxis im außerparlamentarischen Kräftefeld. Unter welchen Bedingungen kann das aber gelingen?

Rot-Rot war und ist gegenwärtig eine zeitweilige Option für die SPD in einzelnen Bundesländern. In einer spezifisch historischen Situation war das auch in Berlin so. Rot-Rot blieb im bundespolitischen Maßstab aber immer die Ausnahme. Es war zu keiner Zeit eine realistische und mobilisierende bundespolitische Gestaltungsoption für die Bundesrepublik, die Hoffnung breiter Teile der Bevölkerung auf sich beziehen kann. Und ist es gegenwärtig schon überhaupt nicht. So fällt es der SPD 2011 noch leichter, sich „von heute auf morgen“ unter veränderten parlamentarischen Kräfteverhältnissen auf eine rot-schwarze Koalition „umzuorientieren“. Wir erleben das an der Koalitionsbildung von CDU/SPD/Grünen in Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg. Aus dieser machtpolitischen Neuorientierung der SPD, mit Gefolgschaft von CDU und Grünen alle Posten zu besetzen, die zu kriegten sind, wird aber nicht sofort und zwangsläufig die „Schleifung“ all unserer politischen Errungenschaften folgen. Gegenwärtig sind Grüne und CDU gegenüber der SPD in devoter Position. Die SPD kann machtpolitische Durchsetzungsstärke beweisen und wird das auch unter Erhaltung manch rot-roter Errungenschaft tun. Wir werden genau hinschauen müssen, auf welchen Feldern sich die neue Koalition in stadtpolitische Auseinandersetzungen begibt. Öffentlicher Dienst, Funktion öffentlicher Unternehmen und Rekommunalisierung, Mietenpolitik und Arbeitsmarktpolitik, Integrations- und Innenpolitik – das sind alles mögliche Konfliktfelder. Darauf müssen wir uns einstellen.

Rot-Rot war also als politische He-

rausforderung vornehmlich „unser“ Gestaltungsprojekt. Die SPD – mit unterschiedlichen Koalitionsoptionen – war hier viel leidenschaftsloser, solange sie in einem solchen Projekt nicht an Rückhalt verlor. Mit Wovereit verfügte sie über einen entscheidenden und wirkungsvollen „imagebildenden Faktor“. Mit Regierungskoalitionen geht sie ungleich pragmatischer und machtorientierter um als Die Linke. Und sie kann es sich – anders als Die Linke – auch leisten. Ihr reicht die für die Koalitionsbildung nötige Wähler*innenzustimmung. Wir brauchen, wenn wir erfolgreich sein wollen, außerdem einen bewegenden gesellschaftlichen, „progressiven“ Background für unser Agieren in einer Koalition. Gegenwärtig verfügen wir über keines von beidem in notwendigem Umfang – weder in Berlin noch im Bund.

2. Die Dimension der Parteikultur

Die zweite zentrale Frage betrifft die Haltung, Rolle und Funktion „der Partei“. In einer Mediengesellschaft vermittelt sich die Wahrnehmung einer Partei vornehmlich über ihre Spitzen im Parlament und ggf. in Regierungsämtern. Die Erwartungen linker Wähler*innen sind regelmäßig höher als die des Mainstreams, der Legitimationsdruck vor der beobachtenden Medienwelt einerseits und innerhalb der Partei ebenfalls. Dies produktiv aufzulösen, ist uns nicht so gelungen, dass wir bei der Wahl damit punkten konnten.

Die Regierungsfrage

Für Die Linke ist eine Regierungsbeteiligung stets nicht nur eine pragmatische Frage, sondern immer auch eine, die wesentlich grundsätzlichere Fragen des eigenen politischen Selbstverständnisses berührt. Zwar hat die ideologisch begründete generelle Ablehnung von Regierungsbeteiligungen einen eher geringen Rückhalt in der eigenen Partei. Nichts desto trotz verursacht das aus verschiedenen Traditionen der Linken heraus tief verinnerlichte Misstrauen gegenüber reformerischen Politikansätzen ein Hintergrundrauschen, das jegliches Agieren, jeden Erfolg und erst recht jeden Fehler einer doppelten Bewertung unterzieht. Um nicht missverstanden zu werden: Es ist gut, dass es in der Linken – anders als bei weiten Teilen der Grünen oder gar der SPD – ein kritisches Bewusstsein für die Anpassungsprozesse und -mechanismen des Parlamentarismus gibt, das alles Handeln stets auch immer wieder auf seinen gesellschaftsverändernden Gehalt hin abklopft und diese Dimension einklagt. Es wird allerdings zum Problem, wenn dabei Bewertungsmaßstäbe angelegt werden, die die realen Kräfteverhältnisse und Spielräume ignorieren oder rein idealistisch bestimmen.

Vor diesem Hintergrund standen Erfolge der Linken innerhalb der Koalition immer unter dem Verdacht, als Legitimation für die Koalition an sich zu dienen. Ein solcher Nährboden ist auch fruchtbar für die Argumente der politischen Konkurrenz und der stadtgesehlichen Gegner jeglicher linker Mitgestaltung in Regierungskonstellationen, „von links“ wie „von rechts“. Die Dinge auseinanderzuhalten, gegen Kritik nicht sofort reflexhaft „in den Rechtfertigungsmodus zu schalten“, war für alle Akteur*innen eine Herausforderung. Nicht immer haben wir sie gemeistert.

Es ist uns in den zurückliegenden Jahren zwar besser gelungen, angesichts erzielter Erfolge auch gemeinsamen Stolz und Selbstbewusstsein auszustrahlen. Ein Rest-Unbehagen blieb jedoch noch immer. Es stellt sich die Frage, ob wir rechtzeitig und mit den geeigneten Mitteln begonnen haben, unsere Bilanz aus zehn Jahren Rot-Rot wirksam zu kommunizieren. Noch heute begegnet mir selbst unter unseren Mitgliedern der Ausdruck von Überraschung, wenn ich über manche unserer Erfolge aus der zurückliegenden Regierungsperiode spreche. Es stellt sich aber ebenso die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung erfolgreich sein kann, wenn es nicht zugleich ein grundsätzlich positives Verständnis für einen transformatorischen Politikansatz in der Partei gibt, der Erfolge nicht immer wieder auf eine bloße Linderung der negativen Erscheinungen des Kapitalismus und anderer einzwängender Regimes reduziert, sondern diese als zumindest kleine Schritte versteht, die Verhältnisse grundsätzlich zu verändern. Wobei hier anzumerken ist: Nicht jeglicher Erfolg linken Regierungshandelns ist sofort ein transformatorischer Schritt, mancher ist ein sinnvoller Schritt für sich.

Zu diesem Grundverständnis gehört auch die eigene Verortung in der Gesellschaft. Unser Image als PDS war in den 1990er Jahren geprägt von der Ausgrenzung durch die Parteien des politischen Establishments. Zwar haben wir bereits in schwarz-roten Zeiten eine ausgeprägt konstruktive Oppositionspolitik erlernt. Wir galten aber nach wie vor als „Paria“, die zu wählen als Ausdruck der Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien im Berliner Parlament galt, auch als spezifische Vertretung „ostdeutscher Interessen“ – also als Ausdruck eines Lebensgefühls im Ostteil der Stadt, das Zurücksetzung empfand. Letzteres, auch das haben uns die Wahlen gezeigt, ist für die in der Nachwendezeit sozialisierten Generationen nur schwer nachzuvollziehen. Nach 20 Jahren Parlamentszugehörigkeit in Berlin werden wir aber auch nicht mehr in der Rolle der Ausgegrenzten gesehen, was im Widerspruch zum Selbstbild von Teilen der Partei steht, die aus dieser

Rolle eine Bestätigung für die Richtigkeit der eigenen politischen Verortung ziehen. Diesem Problem werden wir – entgegen mancher Erwartung – auch in der Opposition nicht entkommen.

Der Kampf um „ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit“ in der Regierungskonstellation mit der SPD, der auf die Markierung der Differenz nicht verzichtet, war unsere bewusste Entscheidung 2006 – Ergebnis unserer Auseinandersetzung um das Wahlergebnis, unter Benennung von Mindestforderungen für die Fortsetzung der Koalition. In unserer Selbstwahrnehmung haben wir in der zweiten rot-roten Legislaturperiode der SPD „mehr politische Bewegung“ hin zu „mehr sozialer Stadtpolitik“ abgetrotzt. Wir haben bewusster darauf hingearbeitet, die „richtige“ Balance zwischen öffentlichem Konflikt und interner Kompromissfindung zu finden, um für die Berlinerinnen und Berliner ein Maximum herauszuholen. Koalitionsdynamiken haben allerdings ihren Preis. Sie kosten Kraft und Energie handelnder Akteur*innen, „ziehen“ die Entwicklung der politischen Strategie in die Strukturen des unmittelbaren „Kompromissmanagements“, haben ihre disziplinierenden, selbstbeschränkenden Wirkungen auf die Akteur*innen in der gesamten Partei.

Viele von uns waren überzeugt davon, unter den Gegebenheiten und Bedingungen des Regierungsbetriebs, auch durch hohe Sachkompetenz und geschicktes Agieren, gute Ergebnisse erzielt, ja, uns geradezu für jeden konkreten politischen Erfolg aufgerieben zu haben. Ob ein „Mehr an Konflikt“ in einer Regierungskonstellation ohne Verlust der Regierungsbeteiligung im Rahmen überhaupt möglich und durchzuhalten ist oder unweigerlich zu Blockaden vieler, gerade uns wichtiger, Regierungsvorhaben durch den Koalitionspartner führt (der „Korridor“ möglicher Kompromisse), ist eine andere, nicht gänzlich unwichtige Frage, die uns auch beschäftigen muss. Dennoch haben uns die Akteur*innen zentraler stadtpolitischer Diskurse, die wir als „Bestätigung“ unserer politischen Themen und Ziele begriffen haben, oft anders wahrgenommen. Wir waren nicht in der Lage, dem politisch zu begegnen – zum einen weil wir dafür nicht ausreichend sensibel, zum zweiten weil wir dazu organisatorisch und strukturell nicht in der Lage waren.

Gegenteilige Anzeichen haben wir schnell als Einzelercheinungen „abgeheftet“. Erleichterung für Volksentscheide, höhere Transparenz in Verwaltungshandeln und bei Privatisierungsverträgen (Novelle des Informationsfreiheitsgesetzes), die Thematisierung von Gentrifizierung und Mietsteigerungen – all das haben wir wohl auf unserer Habenseite. Nur: Das wurde bei der Wahlentscheidung von vielen jünge-

ren Berlinerinnen und Berlinern, gerade auch im Osten der Stadt, letztlich als nicht wesentlich eingestuft. Unsere wahlstrategische Entscheidung, uns als seriöse Sachwalterin der Interessen von Berlinerinnen und Berlinern darzustellen, denen die soziale Frage am Herzen liegt, ging in diesen Milieus der Stadtgesellschaft nicht auf. Auf der Erscheinungsebene standen SPD und Grüne für ein ebenfalls irgendwie „sozial“ orientiertes Publikum zur Verfügung, unterfüttert durch die alles überstrahlende „Übervater“-Rolle Klaus Wowereits und die Wunschkonstellation Rot-Grün. Und uns ist es nicht gelungen, Die Linke Berlin jenseits des Kerns eines „staatstragenden Establishments“ Berlins als lebendige, kommunikative und diskursorientierte soziale Alternative zu präsentieren, die in unterschiedliche Richtungen anschlussfähig ist. Image rules. In diese Lücke konnten die Piraten stoßen. Die Frage ist: Welche Schlussfolgerungen ziehen wir alle miteinander daraus?

Die Dimension der Parteientwicklung

Die Linke Berlin hat in zweifacher Hinsicht ein „demographisches Problem“. Die hohe Sterberate unserer Stammwähler*innenschaft wird – so zeigt es das Ergebnis unter Erst- und Wähler*innen bis 45 Jahre – nicht durch einen Zugewinn an stabilen Wähler*innenzahlen aufgefangen oder gar übertroffen. Das gilt letztlich auch für die Mitgliedschaft unserer Partei. Wir haben mit ca. 13 000 Stimmen zwar weniger als SPD und Grüne an die Piraten abgegeben, aber es waren doch spürbare Verluste – und zwar vor allem aus dem Segment der jungen bis hin zu nicht mehr ganz jungen Wähler*innen auch und gerade im Osten. Was uns als „feste Burg“ erschien, ist es ganz offenkundig nicht mehr. Weder programmatisch noch habituell/personell waren wir in der Lage, an die Erfolge vergangener Jahre anzuknüpfen. Das wirft die Frage auf, ob wir uns heute überhaupt noch auf ein belastbares Stammwähler*innensegment „verlassen“ können. Wahlverhalten wird volatiler, Wähler*innenbindung aus Tradition wird abgelöst durch pragmatische Fall-zu-Fall-Entscheidungen.

Dass es nicht unbedingt charismatischer Persönlichkeiten und eines ausgefeilten Programms bedarf, um ein gutes Wahlergebnis zu erzielen, zeigt der Erfolg der Piraten. Die Partei ist weitgehend gesichtslos, sie verkörpert eine Stimmung, eine Idee, einen Zeitgeist, der von unserer Partei zu lange zu wenig wahr- und ernstgenommen worden ist: Der Wunsch vieler Menschen, über ihr Leben, ihre Daten, ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft selbst zu bestimmen, nachzuvollziehen, was „Staat“ eigentlich treibt: das Bedürfnis mitzuentcheiden.

Ausstrahlung und Image lässt sich al-

lerdings auch unter den modernen Bedingungen des Politikmarketings nicht kampagnenhaft konstruieren und simulieren. Kampagnen können bestenfalls das gut oder weniger gut „verkaufen“, was da ist. Die Linke Berlin hätte genauso wenig mit einem Piratenimage punkten können wie mit der ostentativen Protestpose. Eine Partei, die aus der Regierung heraus in einen Wahlkampf startet, kann weder so auftreten wie ein Neuling gegen das Establishment, noch wie die „Opposition zu sich selbst“. Sie hat nur die Möglichkeit, in einer klugen Rollen- und Funktionsverteilung tatsächlich lebendig und am Puls der Zeit zu bleiben. Hier sind unsere strukturellen und inhaltlichen Probleme aufzuarbeiten.

Politik- und Positionsentwicklung in der gesamten Breite unserer Landesorganisation zu stärken ist wohl die zentrale Herausforderung. Das wirft erneut die Frage von Kommunikationsmitteln und -räumen auf, die wir bereits nach der Abgeordnetenhauswahl 2006 thematisiert haben. Hier wird es den großen Wurf nicht geben, aber es ist notwendig, in der Entwicklung befindliche Formen von Kooperation und lebendigem Parteileben zu verstetigen und zu verallgemeinern. Das ist Aufgabe der Mandatsträger*innen, geht aber weit darüber hinaus. Wie kann die Mitarbeit in der Linken Berlin attraktiver gestaltet werden, wie wirkt sie über den „innerparteilichen Tellerrand“ vor allem nach außen?

Erscheinungsbild und traditionelle Diskurskultur der Linken sind eine Herausforderung für uns. Sie sind nicht durch einen „Internethype“ zu überwinden. Ohne Zweifel spielen aber die sozialen Kommunikationsformen des Web 2.0 eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, existierendes attraktives Parteileben zu „verbreitern“ und auszustrahlen. Die Positions- und Politikentwicklung verändert sich nicht automatisch, nur weil wir jetzt von den Zwängen koalitionsinterner Aushandlungsprozesse „befreit“ sind – und umgekehrt: die Mechanismen institutioneller „Politikverarbeitung“ sind nicht nur virtuell, sie gelten auch für Oppositionsparteien in Parlamenten. Wie gehen wir damit zukünftig um, damit wir optimale stadtpolitische Kompetenz und Ausstrahlung gewinnen, die an den Alltagsproblemen und der Lebenswirklichkeit „andockt“ und mobilisiert?

Etliche Basisorganisationen im Osten sind faktisch nicht mehr handlungs- und vor allem aktionsfähig, weil ihre Mitglieder inzwischen in einem Alter sind, das sie an der Partizipation und Aktion hindert. Mit der zahlenmäßig dominanten Generation an der Basis unserer Partei verbinden sich auch thematische Verengungen. Programmatische Fragen, oftmals verbunden mit der Verteidigung der eigenen Biografie und Lebensleis-

tungen, stehen im Mittelpunkt. Themen, die in den politisch-institutionellen, aber auch in den außerparlamentarischen Zusammenhängen relevant sind, in denen unsere Partei noch verankert ist, spielen eine nachgeordnete Rolle. Was folgt daraus für unsere Organisation, für unsere Kommunikation und Information?

Das Bedürfnis, die großen Fragen der Welt zu analysieren und an das große Subjekt eines abstrakten progressiven „Wir“ zu appellieren, ist parteikulturell in der Linken sehr viel stärker ausgeprägt als das Bewusstsein der jeweils eigenen Verantwortung für Veränderung im unmittelbaren Lebensumfeld. Gesellschaftliche Akzeptanz erringen wir aber nicht mit monatlich neuen Top-Down-Kampagnen, die in der politischen Verwaltung unserer Partei „versickern“, sondern durch engagierte und permanente Präsenz der Breite unserer Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Strukturen. Sie ist der Ausgangspunkt, auch mit unseren „linken“ Haltungen zu den großen Themen überzeugend zu punkten. Das ist auch der Weg, neue Mitstreiter*innen in denjenigen Generationen zu gewinnen, die in unserer Mitgliedschaft deutlich unterrepräsentiert sind – also eigentlich allen unterhalb des Rentenalters. Wie wollen wir überzeugen in bildungs- oder arbeitsmarktpolitischen Kampagnen, wenn Menschen im Erwerbsleben oder mit einem „Link“ ins Bildungssystem in unserer Partei zu wenig präsent sind?

„Andockpunkte“ für Interessierte können wir nur schaffen, wenn neue kulturelle Praktiken entwickelt werden, die offen und entwicklungsfähig sind. Wichtige und neue gesellschaftliche Themen zu identifizieren und zu entwickeln, ist keine abstrakte Aufforderung an Vorstände, Fraktionen und Leitungsgremien, sondern gelebte Partei – oder unmöglich. Kontinuierliche Wahlkreis- und Basisarbeit, Gründung von arbeitsfähigen Strukturen der aktiven Mitglieder, neue thematische und projektbezogene Formen der Kooperation können zu einer Dynamik führen, die eine Chance unserer Reorganisation birgt. Bürgerschaftliches Engagement wächst in der Fläche, in den Kiezen. Es zu begleiten, eigene Positionen zur Diskussion zu stellen, bei der Vernetzung behilflich zu sein, Präsenz zeigen, damit können wir Kristallisationspunkte für Neues schaffen, es beherzt vervielfältigen. Das gilt gleichermaßen für die ganz junge Generation. Der Jugendverband ist als Motor für jugendliches Engagement oder zumindest als Teil der Landesorganisation faktisch nicht wahrnehmbar. Damit fehlt für junge Menschen, die grundsätzlich erreichbar wären für unsere Ziele und Ideen, eine Keimzelle ihres Engagements – im Netz und in der realen Welt. Gibt es hierzu Alternativen? Wie sehen sie aus?

Eine neue Offensive zur Mitgliederwerbung wird versandt, wenn sie auf der abstrakten Ebene der werberischen Ansprache verbleibt. Die Mitgliedschaft in einer linken Partei ist heutzutage weniger denn je „Bekenntnis“ zu einer Religion oder Weltanschauung, sondern Ergebnis pragmatischer Abwägung. Es entspringt dem Selbstverständnis linker Grundüberzeugungen und wird getragen von dem Bedürfnis, sich mit ebensolchen Menschen auszutauschen, sich einzumischen, gemeinsam mit anderen zu gestalten. Der Ort hierfür ist nicht zuallererst der Vorstand oder die Parlamentsfraktion, sondern zunächst die Organisation der Basis – in ihrer vielfältigen und kreativen bunten Form. Unsere Partei hinterlässt (nach innen wie nach außen) gegenwärtig noch viel zu oft den Eindruck von Ideologie- und Politikverwaltung. Wer sich für uns entscheidet, soll doch aber mehr Möglichkeiten haben als Fußvolk zu sein für Kopfgeburten von Leitungsgremien. Eine lebendige und durchlässige Parteikultur ist Herausforderung an uns alle – schauen wir uns nur in unserem konkreten Basismilieu um. Gesellschaftliche Widersprüche, lokal wie global, politisch beantworten zu können erfordert nicht zuallererst politische Studierstubentalent, sondern permanente Kommunikation, Verankerung, Veränderung und produktives Aushalten der Widersprüche im eigenen Laden – vernetzt und verankert in der täglichen Bewegung der Stadtgesellschaft. Wie können wir das bewältigen, kontinuierlich und spannend – neben den permanenten Dauerbelastungen, die Volksentscheidskampagnen, Wahlkämpfe und innerparteiliche Prozesse mit sich bringen?

Es ist nicht einmal so, dass wir in Bezug auf viele Themen nichts zu bieten hätten. Um beim Beispiel der Piraten zu bleiben: Ihre hervorstechenden Plakatthemen im Berliner Wahlkampf waren: Netzkompetenz, Bürgerrechte und direkte Demokratie, Prekarität und soziale Sicherheit, bedingungsloses Grundeinkommen gekoppelt mit Mindestlöhnen, Trennung von Staat und Religion, Gleichberechtigung unterschiedlicher Lebensweisen. All diese Themen werden in der Partei Die Linke, gerade in Berlin, durchaus auf hohem Niveau inhaltlich diskutiert. Aber von wie vielen Akteur*innen, mit welcher Ausstrahlung in die Gesamtorganisation und auf Grundlage welchen befördernden Images, das unsere Partei als Ganzes auszeichnet, dann auch in die Stadtgesellschaft?

Produktive Selbstverständigung und „nach außen“ gerichtete politische Arbeit brauchen die richtige Balance. Das gilt sowohl für die Basisebene als auch für den innerparteilichen Diskurs zwischen ehrenamtlich Engagierten ohne Funktionen und den Amts- und Mandatsträger*innen. Dazu gehört, dass Amts- und Mandatsträger*innen

die Verlaufsformen und Möglichkeiten ehrenamtlichen Basisengagements im Blick haben, das gleiche gilt aber auch umgekehrt. Hierarchiedenken ist keine Einbahnstraße, nicht einfach eine „Funktionärsborniertheit“, sondern Ausdruck einer (positiven wie negativen) eindimensionalen Sicht auf Politik- und Strategieentwicklung als Bestandteil der Parteikultur, die sich nicht offen und durchlässig zeigt für gedankliche Impulse. Es geht nicht einfach darum, einem diagnostizierten vermeintlichen „Top-Down“ in der zurückliegenden Zeit nunmehr ein eindimensionales „Bottom-Up“ entgegensetzen zu wollen. Es sind die sichtbaren, transparenten, „von außen“ nachvollziehbaren gemeinsamen Austausch- und Erfahrungsprozesse, die eine politische Partei lebendig und interessant machen, wenn sie in wirkungsvolle und attraktive politische Inhalte und Aktionen münden. Oder sich als anschlussfähig an progressive gesellschaftliche Aktivitäten und Konflikte erweisen. Genauso wie es kein Naturgesetz gibt, dass „die Spitze“ immer Recht hat, gilt das auch für „die Basis“, die es als homogene „Masse“ ohnehin nicht gibt. Eine offene, durchlässige und aktive Parteikultur zu entwickeln ist Lernprozess und Herausforderung für alle Ebenen, Strukturen und Akteur*innen in unserer Partei. Wichtig ist letztlich, was im gesellschaftlichen Austausch von uns als Die Linke Berlin sichtbar wird. Sind wir in der Lage, das in der Breite unserer Landesorganisation produktiv zu reflektieren, als gemeinsamen Lernprozess zu begreifen und dann praktisch anzupacken? Welche Formen finden wir hierfür?

Schließlich ist es erforderlich, auch in anderer Hinsicht unseren Umgang miteinander zu überprüfen: Materielle und finanzielle Ressourcen, Infrastruktur für das Parteileben – sie entstehen nicht von selbst. Gewählte Vorstände stehen in der Verantwortung, diese Grundlagen für die dauerhafte Existenz unserer Landesorganisation immer wieder zu sichern. Mit dem Wandel unserer Mitgliederstruktur und dem eingefahrenen Wahlergebnis verschlechtern sich die finanziellen Grundlagen unserer Arbeit. Das erfordert auch hier, nach neuen Wegen zu suchen – auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmeseite. Damit stellt sich die Frage nach der Legitimität struktureller Veränderungen, der Suche nach gemeinsamen Geschäftsstellen durch Bezirksorganisationen, nach dem Beitrag von Mandatsträgern erneut und in zunehmender Dringlichkeit. Beitragsmoral, Spendenkultur, aber auch die nüchterne Bestandsaufnahme nach dem, was wir uns leisten können und müssen, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu stemmen – das kann nicht allein die Aufgabe des Landesvorstands sein, dem dabei partiell noch unlautere oder hintergründige Absichten unter-

stellt werden. Transparenz in finanziellen Dingen, Offenheit in Bezug auf die Einnahmen und Ausgaben, gemeinsame Suche nach neuen Lösungen für Räumlichkeiten und Personal, die den Erfordernissen von Basisarbeit und Ehrenamt genauso gerecht werden wie den (strengen) Anforderungen des Parteiengesetzes an die Mittelverwendung und -abrechnung und an die Wahrnehmung rechtlich verbindlicher Verantwortung für die Infrastruktur der Landesorganisation – wie bewältigen wir das? Auch hier muss sich erweisen, ob wir unsere Defizite überwinden und unsere Schwächen in Stärken ummünzen können.

Wir haben jetzt voraussichtlich fünf Jahre rot-schwarzer Stagnation vor uns, und das unter dem Zeichen einer Euro- und erneuten Bankenkrise, die viele bisherige Gewissheiten im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und der EU, ja, im globalen Kräftefeld, insgesamt in Frage stellen wird. Die kapitalistische Reproduktion der Ökonomie als dominante Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung und als gesellschaftliches Ordnungsmodell zwischen „Wirtschaft“ und Gesellschaft wird zunehmend in Frage gestellt. Das ist eigentlich die Chance für Die Linke, jetzt mit überzeugenden Transformationsvorstellungen und Strategien für ihre Ideen zu werben, die Ängste vieler Menschen in der Krise nicht zu instrumentalisieren, sondern ernst zu nehmen. In solchen Zeiten ist die Rückbesinnung vieler Menschen auf das unmittelbare Lebensumfeld häufiger Reflex. Natürlich kann sich Berlin nicht aus den internationalen Bezügen der globalen Krise des Kapitalismus lösen. Aber kluge Stadtpolitik, die ihre globalen Bezüge im Blick behält („Think global, act local!“), ist jetzt unsere wichtigste politische und organisationspolitische Aufgabe.

Zehn Jahre Regierungsbeteiligung haben uns einen großen Fundus an (negativen wie positiven) Erfahrungen und an Kontakten und Vernetzung verschafft. Das darf uns jetzt nicht wieder verloren gehen, sondern muss genutzt und vertieft werden. Wir werden in der Opposition gezwungen sein, Abwehrschlachten zu führen. Aber wir haben auch die Chance, manche unserer Themen offensiv voranzutreiben. Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, vernünftige Arbeitsbedingungen, durchlässige, gute und kostenfreie Bildung für Alle, die Sicherung der sozialen Infrastruktur und der Projekte gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus, die Verteidigung einer progressiven Flüchtlings- und Integrationspolitik, der Kampf gegen die Kommerzialisierung öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen, gegen die Verdrängung von Menschen aus ihren Kiezen – all das wird die stadtpolitische Agenda in den vor uns liegenden Jahren bestimmen. Der Kampf für die Rückgewin-

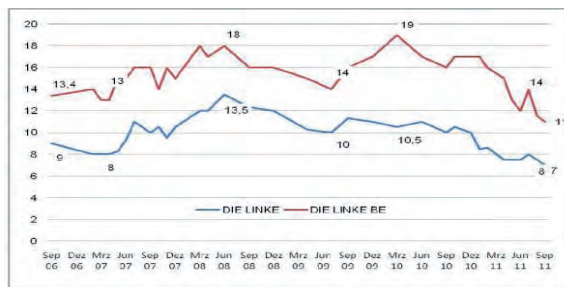
nung der Energienetze, das Projekt eines dezentralen Bürgerstadtwerks – diese Ideen sind nicht gestorben, weil wir nun nicht mehr mitregieren. Wir müssen das weiterhin von unten anstoßen, mit welchen Kapazitäten und Ressourcen, mit welchen Modellen – das müssen wir jetzt und in den nächsten Monaten diskutieren. Mit uns, mit den Initiativen, mit Gewerkschaften, interessierten Berlinerinnen und Berlinern, transparent, neugierig und offen, im Bewusstsein des Möglichen, aber ohne Schablonen, weit über den Parteirahmen hinaus. Das könnte zum Leitbild unserer Stadtpolitik werden.

3. Die Dimension bundespolitischer Debatten und Ausstrahlung

Wir müssen unsere Hausaufgaben im Landesverband machen. Das ändert nichts daran, dass wir Teil einer Gesamtpartei sind und auch als ein solcher Teil wahrgenommen werden. Die Thematisierung der bundespolitischen „Begleitmusik“ soll deshalb nicht von den eigenen Defiziten ablenken. Das gehört aber zur Vervollständigung des Bildes mit „in den Topf“ der zu analysierenden Themenstellungen. Es wird einer in Aussicht gestellten Bilanz des amtierenden Parteivorstands vorbehalten bleiben, sich mit diesem Fragenkomplex tiefgehend auseinanderzusetzen.

Aus einer selbst in Auftrag gegebenen Studie wissen wir, dass für ca. 63% unserer potenziellen Berliner Wähler*innen bundespolitische Fragestellungen eine zentrale Rolle für ihre Wahlentscheidung spielen. Diese Aussage ist schon deshalb zu relativieren, weil viele Wähler*innen kaum trennscharf zwischen den Ebenen unterscheiden, sondern die inhaltlichen Aussagen einer Partei als Ganzes nehmen. Offenbar sind aber die „großen Fragen“, über die Kommunalpolitik hinaus, unter potenziellen Anhänger*innen der Linken wichtiger als bei anderen politischen Parteien.

Die Berlinwahl stand am Ende eines Wahlzyklus, dessen Ergebnisse für Die Linke sämtlich hinter den selbst formulierten Wahlzielen zurückstanden. Das gilt völlig ungeachtet der Frage, ob es sich dabei um Landtags- oder Kommunalwahlen, um Wahlen aus der Opposition oder aus der Regierungsrolle heraus, um Wahlen in Ost oder West handelte. So richtig es darüber hinaus ist, dass Umfragen keine Wahlen sind, so sind doch Umfragetrends indiziell für die gesellschaftliche Akzeptanz einer politischen Kraft. Auch die Umfragetrends zeigen: Die Linke verliert vor allem seit Mitte 2010 drastisch an Rückhalt und Unterstützung bei der Bevölkerung in der gesamten Bundesrepublik. Für Die



Quelle der Grafik: Hoff/Kahrs, Die Linke im Stresstest, September 2011.

Linke Berlin, die sich von diesem Trend nicht zu emanzipieren vermochte, ist festzuhalten: Mit eigenen, durchaus beachtlichen Erfolgen drang sie gegen diesen Gesamteindruck nicht signifikant durch.

Die Bundespartei ist in den vergangenen Monaten im Wesentlichen als zerstrittene, mit sich selbst destruktiv befasste Partei öffentlich wahrgenommen worden. Hier ist die grundsätzlich richtige Aussage zu wiederholen, dass „Geschlossenheit“ aus der Perspektive von Wähler*innen ein hohes Gut ist. Dem konnten wir insgesamt nicht gerecht werden. Es wäre aber zu einfach, das Mantra zu wiederholen, „einzelne medienfixierte Funktionäre des politischen Mittelbaus“ hätten aus Geltungsbedürfnis das an sich komfortable Gesamterscheinungsbild immer wieder zerstört und seien daher für den „Niedergang“ der Partei in Wahl- und Umfrageergebnissen verantwortlich zu machen. Denn nur über die transparente, nachvollziehbare und vor allem von gegenseitigem Respekt geprägte Diskussion, Vermittlung und Entscheidung zwischen unterschiedlichen Positionen innerhalb einer Partei transportiert sich Inhalt und Image, wird sie interessant und identifizierbar für Wähler*innen und Anhänger*innen. Produktiver Streit und „produktive Selbstbefassung“ sind daher – entgegen landläufiger Behauptung – ein „Plus“, ein kultureller Wert, ein Beweis für Offenheit, Lernfähigkeit, Anschlussfähigkeit an in der Gesellschaft stattfindende Debatten um die Gestaltung ihrer Zukunft.

So kontrastiert das Bild der Selbstwahrnehmung eines relevanten Teils unserer Partei („Wir sind die einzige Partei, die wirklich demokratisch ist, weil wir mit unseren Positionen für das stehen, was die große Mehrheit der Bevölkerung will“, oder jüngst auf dem Bundesparteitag „Wir sind 99 %“) mit den objektiven Befunden. Anders ist es nicht erklärbar, dass sich die Wähler*innen nicht in Scharen von CDU/CSU/FDP/SPD/Grünen abwenden und uns zuströmen. Dem (angesichts des Zeitgeists und der rat- und hilflosen Politik im Interesse weiter Teile des Bürgertums, angesichts erneuter und existenzieller Krisenerscheinungen im Wirtschafts- und Finanzsektor, angesichts zugespitzter gesellschaftlicher Widersprüche, neuerlicher Umverteilung von unten nach

oben im europäischen Maßstab) „wachsenden gesellschaftlichen Bedarf nach einer konstruktiv-alternativen Linken“ (Peter Zotl) steht tatsächlich ein abnehmendes Bedürfnis nach der Partei Die Linke gegenüber.

Dabei handelt es sich aus meiner Sicht nicht allein oder nicht einmal in erster Linie um ein Vermittlungsproblem, hervorgerufen durch mediale Ausgrenzung und Bekämpfung. Ich sehe hier ein grundlegendes strategisches Problem der Partei, das sich auch nicht durch die Zustimmung von 96,9 % zum Erfurter Programmkompromiss erledigt hat. Das Signal von Erfurt war wichtig, weil sich Die Linke eben nicht zerlegt hat, sondern in der Lage war, sich auf dem Bundesparteitag auf einen gemeinsamen programmatischen Grundkonsens zu verständigen. Strittige Fragen wurden als Dissens markiert und sind nun weiterhin zu diskutieren. Nur genügt für die Beantwortung der Frage nach der Verortung im Parteiensystem links neben SPD und Grünen nicht das Selbstbewusstsein, „linker“ zu sein als die „Einheitssoße“ der anderen, nicht die nachdrückliche symbolische Abgrenzungsgeste. Sie mag helfen, Disziplinierung und Zusammenhalt nach innen zu sichern. Wähler*innen und Anhänger*innen wird das nicht genügen. Alles deutet darauf hin, dass Die Linke in ihrer Funktion im politischen System insgesamt in Frage gestellt wird: Weder als Regierungspartei noch als Verweigerungsoption und Protestpartei attestieren ihr diejenigen, die noch vor fünf Jahren große Hoffnungen in sie gesetzt haben, einen Gebrauchswert. Das ist Ausdruck einer nach wie vor diffusen strategischen Funktionsbestimmung der Linken und widersprüchlicher Signale in den gesellschaftlichen Raum, was letztlich in der Wahrnehmung vieler Wähler*innen den Eindruck hervorruft, bei unserer Partei nicht zu wissen, „woher sie eigentlich sind“.

Irritierende Debatten

In den vergangenen anderthalb Jahren ist Die Linke in der öffentlichen Diskussion mit Themen in Erscheinung getreten, die sich für Wähler*innen und Anhänger*innen kaum mit einer mobilisierenden Veränderungsperspektive für ihre konkrete Lebenssituation verbunden haben. Statt dessen wurde das Vorurteil bedient, Die Linke sei ein Relikt aus dem 20. Jahrhundert, eine Sachwalterin überholter Ideologien und Lösungsmuster für gesellschaftliche Problemstellungen.

So stand und steht die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft ersichtlich nicht auf der Tagesordnung. Angesichts des „historischen Verdachts“ der Billigung und Rechtfertigung autoritärer Sozialismuskonzepte, unter dem Die Linke (wie vormals die Quellpartei PDS) immer noch steht, gerieten Kon-

text und Einordnung des „Debatten-aufschlags“ zum Ausgangspunkt einer erneuten Diskussion um die Tragfestigkeit unserer Lehren aus der Vergangenheit, sozialistische Politik ausschließlich mit demokratischen Mitteln zu verfolgen. Was folgte, trieb unsere eigene Anhänger*innenschaft auseinander. Zweifel blieben sowohl bei denjenigen, die unseren „Bruch mit dem Stalinismus als System“ für glaubwürdig hielten, als auch bei denjenigen, die Vergangenheitsdebatten – vor dem Hintergrund von Totalitarismuskritik und Gleichsetzung von Nazireich und DDR – inzwischen als fortgesetzte Infragestellung ihrer eigenen Biografien betrachten. Die Diskussion um unser Verhältnis zu Israel und Antisemitismus ließ Zweifel aufkommen, ob unser Verhältnis zur historischen Verantwortung Deutschlands und zu antizionistisch-antisemitischen Reflexen auch in der Historie der Linken tatsächlich ausreichend verarbeitet ist. Castro-Glückwünsche, Mauerdebatte – all diese Diskussionen sorgten in der Art und Weise, wie sie ausgelöst und geführt worden sind, für Irritationen, wo Die Linke tatsächlich steht und welche gesellschaftliche Entwicklungsperspektive sich in der Bundesrepublik des Jahres 2011 mit ihr verbindet.

In Berlin wird diese ganze Auseinandersetzung noch einmal verschärft wahrgenommen. Die Stadt ist vom kalten Krieg kulturell geprägt, hier stand die Mauer. Der Begriff „Kommunismus“ wird hier kaum mit positiven Konnotationen zu belegen sein, völlig unabhängig von seinem einstig emanzipatorischen Gehalt. Hier ist die Sensibilität gegenüber der „SED-Nachfolgepartei“ besonders ausgeprägt, gerade das Misstrauen. Schnell ist schwer erworbenes Vertrauen wieder zerstört. Mauer- und vergleichbare Debatten fordern deshalb gerade in Berlin von den hier handelnden politischen Spitzen der Partei Die Linke Positionierung, denn in der Mediengesellschaft mit ihren spezifischen Mechanismen wird selbst Schweigen als Stellungnahme betrachtet und dementsprechend bewertet. Dabei ist selten Raum für die Erläuterung komplexer historischer Zusammenhänge oder feinsinniger gesellschaftstheoretischer Diskurse. Was verlangt wird, und das mit Recht, ist die Beantwortung der Frage: „Wie hältst du es mit autoritären Sozialismuskonzeptionen?“

Insofern schlagen solche Diskussionen in ihrer Verunsicherungswirkung in Berlin immer noch einmal stärker zu Buche, als das andernorts sein mag. Wenn derartige Diskussionen das zentrale Bild der in unserer Partei herrschenden Themen öffentlich prägen, erzeugt das wenig Attraktivität. Eine derartige Linke wird von der großen Mehrzahl der Menschen schlicht als für ihre Lebenssituation irrelevant angesehen. Sie führten demzufolge nicht zur „Schärfung

unseres Profils“, sondern zu Verunsicherung, Frustration und Demotivation.

Strategische Unklarheiten, inhaltliche Verengungen

Das gilt um so mehr, wenn keine anderen mobilisierenden Positivbeschreibungen für Rolle und Funktion der Partei Die Linke im öffentlichen Raum stehen und offensiv ausstrahlen. Die Linke entstand in einer spezifischen historischen Situation. Die Enttäuschung, die die rot-grüne Koalition mit Schröders Konzept der „Neuen Mitte“ (praktisch: Kriegseintritt, Agenda 2010, Deregulierung der Finanzmärkte, Steuerumverteilung von unten nach oben, Rentenkürzungen, Arbeitsmarktderegulierung) ausgelöst hatte, führte zum Bedürfnis widerständiger Artikulation „von links“. Die Neuformierung der Partei Die Linke konnte diese enttäuschten Erwartungen in mobilisierungsfähige Kraft umsetzen und neue Hoffnungen auf sich ziehen.

Mit neuen Kräfteverhältnissen im Bund, insbesondere seit Die Linke mit SPD und Grünen gemeinsam die Oppositionsbank teilt, veränderte sich auch die bundespolitische Konfliktlinie. Es hätte jetzt einer konstruktiv-alternativen Bestimmung unserer Rolle, einer „positiven“ Erzählung bedurft, für die sich ihre zwischenzeitlich gewonnenen Anhänger*innen hätten mobilisieren lassen. Eine solche Positionsbestimmung („Für eine neue soziale Idee“) jenseits der beiden anderen Oppositionsparteien SPD und Grüne fand jedoch nicht statt. Statt dessen arbeitete sich Die Linke an ihren Mitkonkurrentinnen auf der Oppositionsbank ab, als seien sie ihre Hauptgegner. Statt SPD und Grüne mit eigenen, gesellschaftlich anschlussfähigen, konkreten und mobilisierenden Projekten (auseinander?) zu treiben, lag die Betonung auf der Geißelung der historischen Untaten von Rot-Grün, im permanenten Inszenieren der Abgrenzungsgeste. Statt vom Ausgangspunkt auszugehen, dass SPD und Grüne zunächst als machtpolitische Akteure im Parteienspektrum agieren und demzufolge – je nach gesellschaftlicher Drucksituation – zu Bewegungen „nach links“ oder „nach rechts“ gezwungen werden können und müssen, überwog die moralische Anklage und das „Bashing“ der „neoliberalen Einheitssoße“. Mit diesem groben Analysewerkzeug war Die Linke schwerlich in der Lage, Bruchstellen innerhalb des (im weitesten Sinne) „neoliberalen“ Lagers zu identifizieren und diese zur Entfaltung von politischem Druck zu nutzen. Sie genügte sich selbst und feierte sich als einzige „den Menschen verbundene“ politische Kraft. Nur ist doch die entscheidende Frage: Sehen diese Menschen das auch so?

Eine kraftvolle Oppositionsbestimmung jenseits von SPD und Grünen müsste ersichtlich und erkennbar Bezug nehmen auf Themen, die der Viel-

schichtigkeit unserer Mitgliedschaft und Anhängerschaft gerecht werden. Inhaltliche Angebote müssen aus Fragen entwickelt werden, die nicht nur wir selbst gern diskutieren, sondern die „auf der Straße liegen“, weil sie mit Folgen für jede und jeden Einzelnen in ihrer konkreten Lebenssituation verbunden sind. Sie müssen für diese Menschen nachvollziehbar in der Lebensrealität wurzeln. Es müsste unser Ziel sein, über die Breite unserer bunten potenziellen Anhänger*innen hinweg mobilisierend Konfliktlinien gegenüber der politischen Konkurrenz zu eröffnen – in Opposition in der Konkurrenz mit SPD und Grünen vornehmlich gegen diejenige Koalition, die die Bundesregierung trägt: CDU/CSU/FDP. Zum Teil geschah das auch. Aber es konnte überhaupt keine öffentliche Wirkung entfalten, weil es nicht in der Breite der Partei lebendig diskutiert und getragen wurde, mit gesellschaftlichen Akteur*innen – von Gewerkschaften über Kirchen bis hin zu Wohlfahrtsverbänden und Kiezinitiativen –, um Interesse zu wecken und vielleicht sogar neue Anhänger*innen zu gewinnen.

Statt die Vielschichtigkeit und den Pluralismus ihrer Anhängerschaft geint und an „zündenden“ praktischen politischen Projekten entlang zu mobilisieren (und zu erweitern), haben wir uns in der Selbstvergewisserung aufgerieben und zerlegt. Für die einen sollte Die Linke die „bessere“ oder „echte“ Sozialdemokratie sein (verbunden ausschließlich mit der Wiederentdeckung ordoliberaler Konzepte und der Rehabilitierung des Keynesianismus; Postulat, „wahre“ Sachwalterin der „sozialen Marktwirtschaft“ zu sein etc.), für die anderen ein außerparlamentarisches Bewegungskonzept, das „die Bühnen des Parlamentarismus“ zur Mobilisierung (d. h. eigentlich „Erziehung“) „der Massen“ nutzt. Wieder andere hatten die Erwartung, dass sich mit der Partei Die Linke ihr ideologisches Interesse würde befriedigen lassen (Richtigkeit von DDR-Geschichtsbildern, Rundum-und-nach-wie-vor-Gültigkeit der Marx'schen Kapitalismusanalyse). All das fand allerdings nur wenig Anklang und Widerhall beim Gros der im Leben stehenden Bevölkerung, weil das meiste davon – mit wenigen Ausnahmen – kaum praktische Konsequenzen für ihr alltägliches Dasein mit sich bringt. Unter dem Strich blieb der Eindruck, dass unsere „neue soziale Idee“ doch nicht viel mehr ist als Versatzstücke recht alter (zum Teil nach wie vor brauchbarer, zum Teil aber historisch abgewirtschafteter) sozialer Ideen.

Den Anspruch, „Motor des Politikwechsels“ in der Bundesrepublik zu sein, haben wir bislang uneingelöst gelassen. Das steht aus. Es genügt eben nicht nur das abstrakte Postulat, für das Primat des Politischen gegenüber

Kapital und Unternehmen einzutreten. Es muss uns vor allem gelingen, praktische politische Konfliktlinien mit CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen über konkrete Veränderungen zu eröffnen, die über die ganze Breite unserer potenziellen Wähler*innenschaft hinweg eine Klammer bilden können. Das sind die Erwerbslosen und Prekarierten genauso wie die klassischen „Kernbelegschaften“ und Angehörigen des öffentlichen Dienstes, Frauen und Männer in völlig unterschiedlicher sozialer und familiärer Situation, Metropolenbewohner*innen und Landbevölkerung, Migrant*innen wie Menschen ohne Migrationshintergrund, Menschen unterschiedlichster Bildungshintergründe und Erfahrungen, Junge und Ältere, Industriearbeiter*innen und „digitale Boheme“, Heterosexuelle und Queers etc. pp. Zu vielen dieser Fragen haben Bundestagsfraktion und Arbeitsgemeinschaften in unserer Partei gute Ansätze, Konzepte und Ideen erarbeitet – nur finden sie kaum Widerhall darüber hinaus. Das ist einfach zu wenig.

Die aktuelle Situation zu verändern erfordert, dass wir in größerer Breite die gravierenden Veränderungen im sozialen Vergesellschaftungszusammenhang zur Kenntnis nehmen, die sich nicht nur in den internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen abspielen und sich auch nicht ausschließlich mit „Kapitalismus“ beschreiben lassen, sondern in täglicher Auseinandersetzung vieler Menschen neue Lebenslagen und Lebensfragen mit sich bringen. Bürgerrechte und Demokratie, Netzpolitik und Kultur, konkrete Kämpfe um den öffentlichen Raum – die Liste ließe sich fortsetzen. Das alles sind keine „Neubenwiderstände“ oder Orchideenthemen, sondern konkrete Auseinandersetzungsarenen über die konkrete Gestalt des Kapitalismus in der Gesellschaft. Der sich im Übrigen, entgegen aller Hoffnungen und Postulate, noch immer nicht in Rauch aufgelöst hat oder an seinen eigenen inneren Widersprüchen zugrundegegangen ist, sondern sich in historischer Konstanz neue Akkumulationsformen und Regulationsregimes erschließt. Völlig unabhängig davon, was wir davon halten. Auf der anderen Seite steckt der flexible Kapitalismus gegenwärtig tatsächlich in einer Megakrise, der auch die Akkumulation betrifft – insofern sind tatsächlich „neue soziale Ideen“, die über die kapitalistisch getriebene Gesellschaftsreproduktion hinausweisen, dringend gefragt.

Einige Leitideen des soeben beschlossenen Programmbietens aus meiner Sicht im Übrigen gute Anknüpfungspunkte für neue soziale Ideen. Demokratisierung der Wirtschaft, Steuergerechtigkeit, solidarische Bürger*innenversicherung, „Wert des Öffentlichen“, Sicherung individuell menschenwürdiger Existenzbedingungen für jede*n Einzelne*n,

unabhängig von Herkunft und sozialer Hierarchisierung, Fragen praktischer gesellschaftlicher Solidarität, Selbstbestimmung und Teilhabe – hier gibt es genug Stoff für zündendes Neues. Die angedeuteten Antworten wären zu qualifizieren und auszubauen. Wenn wir es denn wollen und zulassen. Das steht aus meiner Sicht im Übrigen nicht in Konkurrenz zur Weiterentwicklung unserer aktuellen Krisenanalyse des Kapitalismus und zur Einforderung von Finanzmarktregulation, demokratischer Kontrolle über den Bankensektor und Regulation für moderne, soziale und freizeitssichernde Beschäftigungs- und Lebensbedingungen (vom Kampf gegen Minijobs über Leiharbeit bis Hartz IV). Was Hans-Jürgen Urban eine „Mosaiklinke“ genannt hat, könnte der Kern und das Selbstverständnis einer solchen interessanten politischen NEUEN Linken sein.

Peter Zotl hat meines Erachtens richtig beschrieben: Das Gros der im Leben stehenden Bevölkerung erwartet nicht ein „Heraustreten“ aus dieser Gesellschaft. Es setzt auf linke Politik, die sich innerhalb der gesellschaftlichen Widersprüche bewegt. Es will kein anderes Gesellschaftssystem, sondern eine andere Politik, die ihre Lebenssituation aufgreift anstatt sich um die Sicherung der Banken zu kümmern. Es trifft aus meiner Sicht auch zu, dass vor dem Hintergrund des defizitären Gesamteindrucks unserer Partei auch Die Linke Berlin reflektiert worden ist: Wie in einem Zerrspiegel werden Errungenschaften der Berliner Linken klein und nebensächlich widerspiegelt, während Versäumnisse und Fehler so schergewichtig und gewaltig wirken, dass sie die vielen Momente erfolgreicher Regierungspolitik verdecken. Gleiches gilt aber auch für die Bundesebene. Bei drastisch sinkender Akzeptanz verblasst selbst die Urheberschaft unserer Partei bei richtigen Positionen, die – wie Transaktionssteuer, demokratische Wirtschaftsregierung und soziale Mindeststandards in Europa, Einbeziehung der Banken in die Bewältigung der Krisenlasten – von uns erhoben und lange Zeit von den anderen politischen Kräften abgelehnt worden sind. Darauf finden wir aber keine Antwort, außer trotzig täglich die „Ricola-Frage“ zu stellen.

Kulturelle Offenheit und Ausstrahlung

Was folgt daraus? Verallgemeinerbare soziale Interessen entlang von zentralen Scheidelinien der konkreten heutigen politischen Konflikte zu formulieren und zu formieren, setzt vor allem eine plurale gesellschaftliche Verankerung in völlig unterschiedlichen Lebenswelten voraus. Nicht die klassische Kernbelegschaft oder der öffentliche Dienst allein, nicht allein die Erwerbslosen- und Gewerkschaftsperspektive, hilft uns weiter. Es ist die oben beschriebene Vielschichtig-

keit hierarchisierter Lebenslagen und Lebenssituationen, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Hier zu gemeinsamen politischen Erfahrungen jenseits der unterschiedlichen Positionen in der Anhänger*innenschaft zu kommen, erfordert, die unterschiedlichen Perspektiven an- und ernstzunehmen und die Auseinandersetzung zuzulassen, worin gemeinsame Perspektiven bei verbleibenden Differenzen bestehen. Das setzt eine stärkere kulturelle Offenheit und Ausstrahlung voraus, als wir sie uns bisher erarbeiten konnten.

Mit Linkspartei.PDS und WASG fusionierten nicht zwei unterschiedliche „Lager“ der Linken, sondern Menschen mit sehr verschiedenen politischen Kulturen und Erfahrungsschätzen. Die dominierenden Konfliktlinien verliefen jedoch nicht zwischen Ost und West, auch nicht zwischen Ex-WASG und Ex-PDS, sondern sie lagen und liegen in inhaltlichen Fragen und vor allem in der Bestimmung zulässiger Instrumentarien des politischen Gestaltens. Diese Konflikte sind zur Grundlage innerparteilicher Ausgrenzungsauseinandersetzungen geworden. Das machte es unmöglich, in einen offenen, transparenten und spannenden Auseinandersetzungsprozess über politische Vorhaben und Projekte einzutreten, die zur Gesellschaftsveränderung beitragen und für die Anhänger*innen mobilisierend sein könnten. Der grundsätzliche und unausgesprochene Grundkonflikt, ob gesellschaftliche Transformationsprozesse überhaupt zu einer Überwindung kapitalistisch dominierter Gesellschaftsreproduktion führen können, hat die Suche nach gemeinsamen und mobilisierenden Projekten in den Hintergrund treten lassen. Es wurde zur permanenten Entscheidungsschlacht über das Monopol des „wahren Linksseins“ geblasen. Dabei ist es nur schwer zu kaschieren, dass der Kampf um bestimmenden Einfluss in der Partei immer auch ein Kampf um Mandate, Ressourcen, öffentliches Prestige war. Hierin wurzeln die „unfruchtbaren Personal- und Strömungsdebatten“, die allenthalben in der Partei beklagt werden. Nicht zuletzt von jenen, die sie mit großem Engagement und erheblichem Kräfteinsatz führen.

Den Spagat zwischen völlig unterschiedlichen Sichten ist nur hinzubekommen, wenn wir zulassen, tatsächlich lebendige Auseinandersetzungen zu führen, ohne den Willen, diese Debatten durch sofortige Entscheidungen – „für“ oder „gegen“ – in Disziplinierungsmechanismen und Abgrenzungslinien zu beerdigen. Denn damit geht der Partei das verloren, was sie wie die Luft zu Leben braucht: Suchprozesse, die Aufnahmefähigkeit für Impulse aus dem „schwarmintelligenten“ gesellschaftlichen Raum, in dem Menschen auch ohne Die Linke täglich das tun, was ihnen die gesellschaftliche Realität abfordert:

Nachdenken über Lösungen zur selbstbestimmten Gestaltung ihres Lebens, Einfordern von Rahmenbedingungen durch Gesellschaft und Politik, Widerstand gegen Persionen des Sozialen und die vielen Ungerechtigkeiten, die durch Politik veränderbar sind. Diese Auseinandersetzungen wurden aber nicht – von einer breiten, kollektiven und auf Gemeinsamkeiten orientierten Parteispitze souverän und integrativ organisiert – geführt, um durch wirkliche demokratische Teilhabe eine gemeinsame pluralistische Basis vor dem Hintergrund gemeinsamer Erfahrungen praktischer Solidarität bei verbleibenden Differenzen zu erzeugen. Sie wurden in Hinterzimmer delegiert, in denen die „Sprengkraft“ durch Formelkompromisse „herausverwaltet“ wurde. Anschließend wurden die gefundenen Kompromisse unter großem persönlichen Einsatz von unangefochtenen Autoritätspersonen durch Vorstände, Parteitage und Mitgliedschaft geschleust. Mag sein, dass es dazu in der Gründungsphase keine reale Alternative gab, wenn der Verschmelzungsprozess gelingen sollte. Aber es kann schwerlich darüber hinweggegangen werden, dass diese Parteikultur tendenziell bereits in den beiden Quellorganisationen PDS und WASG angelegt war.

Dem Anspruch, eine Partei zu sein, die sich demokratisch – diskursiv und initiativ, von unten nach oben – organisiert, steht die Realität einer Partei gegenüber, in der sich die Strömungen um das Autoritätspersonal scharen, dem die uneingeschränkte Solidarität gehört. Die Auseinandersetzung um Konflikte und Dif-

ferenzen wird vor diesem Hintergrund schlagartig eine ächtenswerte „Gefährdung der Geschlossenheit“. Das gilt verschärft dann, wenn jede abweichende Position zu inhaltlichen oder Verfahrensfragen gleich als Infragestellung des Führungspersonals begriffen wird. Wir sind augenblicklich dabei, eine Wagenburg zu errichten, die sich – im Interesse möglichst großer Geschlossenheit als Selbstwert und der Selbstgewissheit der „richtigen“ Sicht auf die gesellschaftliche Lage – von den Widersprüchlichkeiten und „Anpassungsgefahren“ der realen Welt abschottet. Symptomatisch sind die geradezu störrischen Posen des Rechthabens, wie sie in vielen Reden auf dem Bundesparteitag in Erfurt zum Ausdruck gekommen sind.

Damit entfernt sich unsere Partei aber zunehmend von den bunten Lebenswelten ihrer potenziellen Anhänger*innen. Zwischen unserer Binnenwahrnehmung und der Außensicht vieler Menschen entsteht eine immer größere Kluft. Diese Kluft lässt sich nur durch eine Rückkehr zu lebendiger Politik wieder überwinden. Das schließt aber offenen, produktiven Streit genauso mit ein wie die Benennung von Differenzen und die Bereitschaft aller Teile der Partei, einander auszuhalten und auf Wahrheitsmonopole zu verzichten.

An die Stelle des Kampfes um die Deutungshoheit über Programm oder „Markenkern“ müsste die praktische gemeinsame Suche nach demokratisch-sozialistischer Politik treten, die auf der Höhe der Zeit ist: aus der Sicht derjenigen, für die und mit denen wir sie gestalten wollen.

Lektürebericht

Einige Ergebnisse moderner Parteienforschung

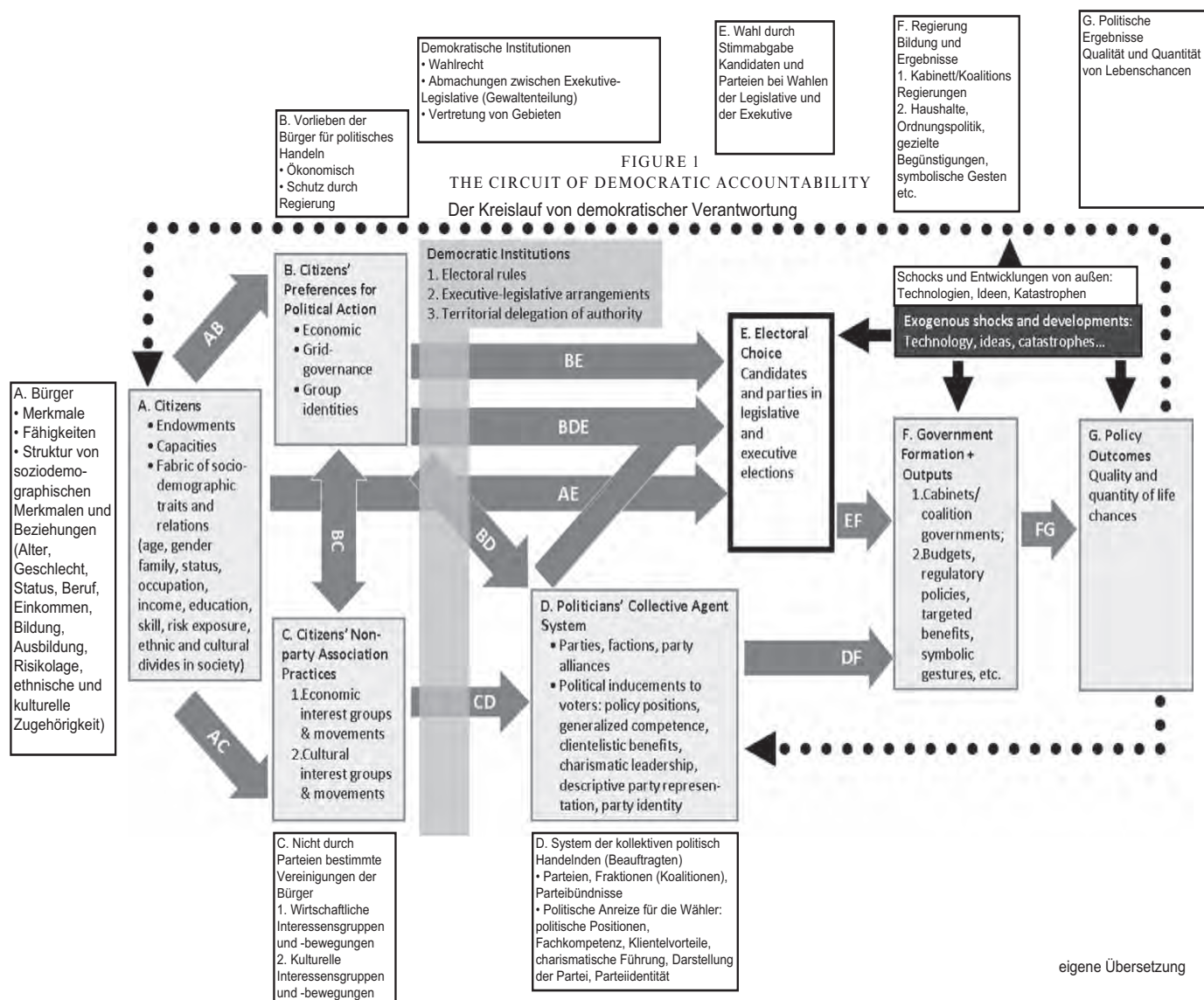
In der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte hatten wir den Blick aufs Wahlergebnis in Berlin gerichtet, der letzten Landtagswahl in diesem Jahr. Für die Linke ist dieses Wahljahr eher enttäuschend verlaufen; die Zuwächse, die es vor allem bei der Bundestagswahl Ende 2009 gab, haben sich nicht wiederholen lassen – über Ursachen und Folgen haben wir jeweils berichtet.

Vielleicht ist es jetzt einmal angebracht, einige Schritte zurückzutreten und nicht nur einzelne Wahlen oder Umfragen zu beurteilen, sondern die Entwicklung der Partei mit einigem Abstand zu betrachten. Nach Hinweisen aus der Rosa Luxemburg Stiftung (Gesprächskreis Parteien u. Bewegungen, Cornelia Hildebrandt, Harald Pätzolt) haben wir uns einige Diskussio-

nen andernorts, nämlich bei der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, und in der Zeitschrift „West European Politics“, angesehen. Diese Zeitschrift hatte in ihrer Ausgabe Nr. 33 vom Mai 2010, eine ganze Reihe von Untersuchungsberichten zur Wahl- und Parteienforschung veröffentlicht. Für die Diskussion im Umfeld der Linkspartei sind besonders zwei Aufsätze von näherem Interesse. Hier ein kurzer Lektürebericht.

Das große Tier

Herbert Kitschelt, Studium in den 1970er Jahren in Köln, Marburg und Bielefeld, wo er 1979 promovierte, seit den 80er Jahren an der Duke Universität in North Carolina (USA), dort bis heute Professor für politische Wissen-



schaften, gilt als Spezialist für neue Entwicklungen des Parteiensystems in Westeuropa. In seinem Aufsatz „Vergleichende Analyse der Wähler- und Parteienforschung“ beschreibt er vermutlich recht zutreffend die Forschungssituation mit dem sprichwörtlichen Bild von den Blinden, die durch Abtasten ein riesiges Tier (einen Elefanten) erforschen wollen. Der eine, der den Schwanz in der Hand hat, sagt, es sei ein Seil; ein anderer, der das Bein vor sich hat, meint, es sei ein Baum usw. Schließlich geraten sie in Streit und, je nach Herkunft der Geschichte, schlagen sie sich die Köpfe ein oder kommen irgendwie zur Erkenntnis, dass keiner von ihnen Recht hat und das Tier nur durch eine Betrachtung insgesamt erkannt werden kann.

Um im Bild zu bleiben: Kitschelt richtet seinen Blick auf das gesamte riesige Tier, indem er nicht nur die Beziehungen zwischen den Wählern und den Parteien betrachtet, sondern den gesamten Komplex demokratischer Verantwortung und Rechenschaft. Anschaulich gefasst ist das in dem hier abgedruckten Schaubild, das am besten von links nach rechts in Abschnitten und dann insgesamt betrachtet wird.

Ausgangspunkt sind die Bürger, mit ihren verschiedenen Voraussetzungen und sozialen Praktiken bei der Verfolgung ihrer Lebenspläne sowohl in der Sphäre der Produktion und der Ökonomie als auch in der Sphäre der gesellschaftlichen Beziehungen wie Familie und anderen Zugehörigkeiten – im Schaubild der Kasten A. Die so beschriebenen Bürger äußern Vorlieben, Erwartungen und Forderungen an die politische Sphäre, zusammengefasst im Kasten B. Das sind zum einen wirtschaftliche Präferenzen zur Verteilung, sie betreffen aber auch das „grid-governance“ (wörtlich: Regierungsnetzwerk), also den Umfang und die Art des politischen Eingriffes, einschließlich politischer Partizipation, und die Präferenzen hängen auch mit der Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Gruppen zusammen. Die Beziehung zwischen den Bürgern und ihren Präferenzen wird durch den Pfeil AB dargestellt. Daneben gibt es Vereinigungen der Bürger im vor- oder außerpolitischen Feld, das sind entweder wirtschaftliche Interessengruppen oder -bewegungen (z.B. Gewerkschaften, Flughafengeschädigte) oder kulturell bestimmte (z.B. Kirchen, Um-

weltschützer) – im Schaubild der Kasten C. Die Beziehungen zum Bürger sind im Pfeil AC dargestellt, aber auch zwischen diesen bürgerschaftlichen Vereinigungen und den politischen Präferenzen gibt es eine wechselseitige Beziehung, dargestellt mit dem Doppelpfeil BC.

Bis hierhin, so Kitschelt, beinhaltet der Kreislauf der demokratischen Verantwortung individuelles Verhalten, Erwartungen und soziale Strukturen sowie freiwillige kollektive Aktionen, aber noch keine institutionellen Regeln der Politik. Aber sobald die Bürger beginnen ihre Präferenzen in demokratische Repräsentanz und Regierungshandeln zu übersetzen, werden ihre Entscheidungen durch das institutionelle System der Regeln gebrochen: In der Demokratie entscheiden diese Regeln, welche Präferenzäußerungen zählen (als Stimmen) und wie sie sich ausdrücken in den repräsentativen und den exekutiven Körpern. Kitschelt stellt diese Regeln im Schaubild als grauen Schirm dar, bestehend aus den Regeln zum Wahlrecht, der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive (und Gerichtsbarkeit) sowie den Regeln zu subnationalen Entschei-

dungsebenen (in der BRD z.B. Länder und Gemeinden).

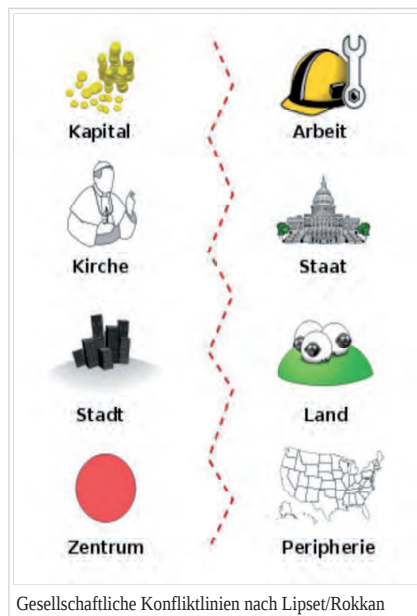
Nun wird in den Wahlforschungsstudien zwar häufig die Beziehungen zwischen den Komponenten A, B und C auf der einen Seite und der Entscheidung für die Kandidaten und ihren Kollektivbeschreibungen (Parteien) auf der anderen Seite betrachtet (Pfeile AE, BE und CE). Das lässt aber, so Kitschelt, das Parteiensystem, bestehend aus Parteien, Parteilagern oder Parteibündnissen, außer Betracht. Dieses System kann als ein Verhältnis von Prinzipal und Agent betrachtet werden, mit dem Bürger als Auftraggeber seiner Wünsche und den Parteien als Beauftragte, die diesen politischen Präferenzen bei ihrem Streben nach Ämtern nachkommen.

Die Wahl erfolgt im Parteiensystem

Kitschelt betont, dass er dabei die politischen Präferenzen und deren Erfüllung durch die Politik nicht beschränkt auf die Gewährung öffentlicher Güter an mehr oder weniger große Gruppen der Gesellschaft versteht. Ebenso gehören dazu die Erfüllung symbolischer und affektiver Ansprüche (Charisma), sowie ethnische oder kulturelle oder auch regionale Vertretung (siehe Kasten D).

Das ergibt eine wichtige Schlussfolgerung: Die Übersetzung von politischen Vorlieben und vopolitischen Vereinigungen gebrochen durch die Regeln der demokratischen Institutionen formt die politischen Erwartungen (Pfeile BD und CD). Die Wahlentscheidung (Kasten E) muss also betrachtet werden im Licht (1) der Präferenzen, (2) der Mobilisierung der vopolitischen Vereinigungen, (3) der politischen Regeln, (4) der Interaktion zwischen den Parteien im Wettbewerb und (5) der parteiinternen Mechanismen zur Bestimmung der kollektiven Strategie. VordiesemHintergrund, sagt Kitschelt, ergibt sich die Wahlentscheidung nicht nur aus dem sozio-demographischen Hintergrund des Wählers und seiner Präferenzen. Es ist ebenso eine Wahl zwischen Alternativen verbunden mit den Anreizprofilen, die von den politischen Agenten angeboten werden: also einer wechselseitigen Beziehung zwischen BDE (eventuell erweitert zu BCDE). Es ist also das Parteiensystem insgesamt mit seinen verschiedenen Parteien und Varianten, die zur Wahlentscheidung führt, nicht einfach die Beziehung des Bürgers zu einer Partei!

Ergänzt werden muss die Betrachtung des gesamten Kreislaufts durch das, was „hinten rauskommt“. Die Regierungen (Kasten F) handeln durch Haushalte, Ordnungspolitik, gezielte Begünstigungen, symbolische Gesten usw. Sie tun das im Umfeld äußerer Brüche und Entwicklungen (Technologien, Ideen, Katastrophen). Letztlich



beurteilen aber die Bürger die politischen Ergebnisse danach, ob sie die Qualität und die Quantität ihrer Lebenschancen erhöhen. Das ergibt eine Rückkoppelung: Zum Beispiel reduzieren sogenannte Wohlfahrtsstaaten das Arbeitsmarktrisiko und/oder nehmen Umverteilungen von oben nach unten vor. Das wirkt dann zurück auf die Voraussetzungen und Fähigkeiten der Bürger (Linie GA) und führt dann über die Rückwirkung auf die politischen Präferenzen zu einer wiederholten Umsetzung bei den politischen Parteien (Linie GD). Das geht solange, wie die „Agenten“ (Parteien) ausreichend Vorteile für den „Prinzipal“ (Bürger) verschaffen.

„Cleavage“-Theorie

Herbert Kitschelt setzt mit seinen Untersuchungen die sogenannte Cleavage-Theorie fort. Diese Theorie versucht Wahlergebnisse und Parteienbindungen anhand langfristiger Konfliktlinien in der Gesellschaft zu erklären (englisch cleavage: Kluft, Spaltung). Entwickelt wurde sie 1967 von Seymour Martin Lipset (1922–2006, US-amerikanischer Soziologe und Politikwissenschaftler) und Stein Rokkan (1921–1979, norwegischer Sozialwissenschaftler). Sie erklärten das Parteiensystem anhand vier grundsätzlicher Konfliktlinien (siehe Grafik). Damit konnte man zum Beispiel ganz gut die Nachkriegsgesellschaft in der Bundesrepublik beschreiben. Für die Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit standen einerseits die Unionsparteien und die FDP und auf der anderen die SPD und bis zum Verbot die KPD. Beim Konflikt zwischen Staat und Kirche ging es vor allem um die religiös gebundenen Konfessionsschulen (Unionsparteien dafür) gegen die staatlichen Gemeinschaftsschulen (SPD, FDP und KPD). Die Theorie kam in den 1980er Jahre etwas au-

ßer Gebrauch bei den Politikwissenschaftlern; sie konnte sinkende Wahlbeteiligungen und das Aufkommen von rechtspopulistischen und ökologischen Parteien nicht richtig erklären.

Diesem Problem haben sich jetzt verschiedene Forschungen in den 1990er und 2000er Jahren gewidmet. Hanspeter Kriesi, ein Schweizer Parteienforscher, hat dazu ebenfalls in der schon zitierten Ausgabe der Zeitschrift *West European Politics* eine Übersicht über den Forschungsstand veröffentlicht („Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values“, in etwa: Restrukturierung von Parteipolitik und die Entstehung einer neuen wertorientierten Cleavage).

Kriesi macht in einer Vorbemerkung deutlich, dass er die herkömmliche Deutung von Cleavage als Konflikt, Gegensatz oder Spaltung nicht schätzt. Es sei vielmehr ein theoretisches Konzept, mit dem die Kombination und Überlappung von Sozialstruktur, ideologisch-normativer und verhaltensorganisationszugehöriger Orientierung in Abgrenzungen zu anderen beschrieben werden. (Anmerkung: Es ähnelt damit der Beschreibung von Pierre Bourdieu für den sozialen Raum, die Zuschreibungen verorten gesellschaftliche Gruppen in einem Koordinatensystem z.B. mehr beim Kapital oder mehr bei der Arbeit, so dass die Übergänge fließend werden, aber sich doch gesellschaftliche Cluster ergeben.)

Libertär/universalistisch kontra autoritär/nationalistisch

Kriesi stellt dar, wie er bei der Erforschung neuer Parteien in Holland in den 1980er Jahren zunächst zu der Annahme kam, dass sich eine neue Cleavage in der neuen Mittelklasse entwickeln würde zwischen den soziokulturellen Berufen und den Managern und Technikern, und als Ergebnis Parteien der Neuen Linken (grün-alternativ). Als dann die neue rechtspopulistische Rechte aufkam, suchte er die Beschreibung mit der Kategorie Modernisierungsverlierer, angesiedelt vor allem unter den Ungelernten. In den Folgejahren wurde Kriesi jedoch klarer, dass es um umfangreichere Wurzeln ging, die verbunden sind mit der Globalisierung und Denationalisierung. Die Modernisierungsverlierer waren auch weniger sozial zu beschreiben als vielmehr in kulturellen und verhaltensmäßigen Zuordnungen. Inzwischen beschreibt er diese neue Cleavage als eine wertorientierte. Diese Wertunterschiede lassen sich beschreiben mit den Eigenschaften libertär, tolerant, Selbstverwirklichung, universalistisch auf der einen Seite und autoritär, hierarchieorientiert, Überlebensstrategie, traditionalistisch-national, Volksgemeinschaft auf der anderen

Seite. Diese Werteorientierungen haben, so Kriesi, zwar ihre strukturellen Wurzeln in sozialen Zuordnungen wie Klasse, Bildung, Generation und Nation, aber sie können damit nicht erschöpfend bestimmt werden. Dieser Effekt wird verstärkt durch die zunehmende Fragmentierung der Öffentlichkeit. Beruhend auf ihrer jeweiligen Werteorientierung werden die Informationskanäle entsprechend der jeweiligen Werteorientierung ausgewählt, wodurch sich die jeweiligen Werteorientierungen verstärken. Die Bürger teilen sich dadurch zunehmend in gesellschaftliche Gruppen, die sich durch ihre Werteorientierungen unterscheiden und damit zunehmend übereinstimmende politische Vorlieben und Identitäten entwickeln.

Diese Entwicklung sieht Kriesi nicht aufdiegrün-alternativenundrechtspopulistischen Parteien beschränkt. Der gesamte politische Raum wird durch diese neue Cleavage verändert. Sozialdemokratische Parteien haben große Teile der grün-alternativen Programmatik übernommen; umgekehrt haben die Konservativen zum Teil ihre Programme an die neue Rechte angepasst.

Etwas weniger Aufregung

Der eben besprochene Autor Hanspeter Kriesi hat bei der Konrad-Adenauer-Stiftung zum dem Thema „Patient Volkspartei“ gesprochen (zum Glück mit mäßig gefärbtem Deutsch, der Beitrag kann nachgehört werden), ein Thema, das nicht nur die CDU beschäftigt. Es ist die Frage nach der Stabilität des Parteiensystems in Deutschland, die sich mit dem Aufkommen der Piratenpartei ja noch einmal neu stellt: Sind wir auf dem Weg zu einem Sechs- oder Noch-mehr-Parteien-Staat? Oder entwickelt sich eine Arbeitsteilung zwischen zwei größeren Parteien einerseits, die fürs Regieren zuständig sind, und Protestparteien andererseits, die die Bürgerinteressen repräsentieren?

Professor Falter, ein aus dem Fernsehen bekannter Politikwissenschaftler, referierte bei der CDU-nahen Stiftung über den Niedergang der Volksparteien seit den 60er und 70er Jahren, damals wählten Dreiviertel der Wahlberechtigten entweder CDU oder SPD, heute sind es weit weniger als die Hälfte, es sind also Koalitionsregierungen mit mehr als zwei Parteien nötig oder Minderheitsregierungen. Das führe dazu, dass der Wähler bei der Stimmabgabe nicht mehr wisse, was für eine Regierung er bekommt. Falter will das mit der Keule des Wahlrechts ändern. Mit einem Mehrheitswahlrecht würde das Parteiensystem dem Wähler wieder echte Alternativen bieten – dagegen gibt es einige Einwände, nicht zuletzt das Beispiel Großbritannien, das inzwischen auch von einer Koalition regiert wird.

Kriesi dagegen riet zur Gelassenheit. Hohe Volatilität und Instabilität im Parteiensystem sieht er vor allem in Zentral- und Osteuropa. Dort hätten sich bis jetzt (mit Ausnahme gerade eben Polens) keine Regierungsparteien halten können, zweistellige Verluste bzw. Gewinne von Parteien seien vor allem dort zu finden. In Westeuropa sei dagegen die Lage vergleichsweise stabiler. Abgestraft worden seien in Westeuropa seit dem Beginn der Finanzkrise 2008 vor allem Regierungsparteien und zwar direkt in Abhängigkeit von der Staatsverschuldung: Am meisten Prozentpunkte verlor die irische Regierungspartei, dort war die Staatsverschuldung am höchsten. Kriesi meint, der Bürger wisse wohl, dass für hohe Arbeitslosigkeit nicht in erster Linie die Regierung verantwortlich sei, wohl aber für das Budgetdefizit.

Gewinner bei den Wahlen in Westeuropa waren in den Staaten mit Verhältniswahlrecht durchgängig die Rechtspopulisten, allen voran die FPÖ/BZÖ in Österreich. Die einzigen Rechtspopulisten, die verloren haben in diesem Zeitraum, sind die in Dänemark – Kriesi erklärt das mit ihrer Politik der Unterstützung der Regierung. Das Aufkommen der Rechtspopulisten sei keine Protestwahl, sondern Ausdruck des Integrationsabgrenzungskonflikts. Die Rechten können die kulturellen Ängste mobilisieren. Diese Entwicklung ist strukturell bedingt und hat nichts mit dem Zerfall der Volksparteien zu tun.

Auf einen gewissen Zerfall deutet allerdings das Aufkommen der Protestparteien hin, Kriesi rechnet die Piratenpartei dazu. Als extremes Beispiel einer Protestpartei nennt er den isländischen Komiker, der mit einer Parodie auf Partei es auf immerhin 35 Prozent bei den Bürgermeisterwahlen in Reykjavik gebracht hat und jetzt den Bürgermeister stellt. Auch das Aufkommen der Unabhängigen und die zunehmende Stimmabstinenz sind Hinweise auf einen Zerfall des Systems der Volksparteien. Die Stimmenabstinenz betrifft vor allem die Unterschicht, die im Falle einer Wahlteilnahme allerdings überwiegend rechtspopulistisch wählen würde.

Den Traum von der Omnipotenz aufgeben

Als Grund für das Abbröckeln der Volksparteien nennt Kriesi: Sie nehmen die Anliegen der Bürger nicht auf. Dasselbe böse Wille. Am Schlimmsten sei, dass die Rahmenbedingungen für die Politik und ihre Akteure immer schwieriger würden. Der Handlungsspielraum schrumpfe, weil internationale Stakeholder und Europa die nationale Agenda diktierten. So ist ein Staat wie Griechenland längst nicht mehr Herr seiner Wirtschaftspolitik. Stattdessen bestimmt die Troika, wohin die

Reise geht. Für Wirtschafts- und Sozialpolitik bleibt kein Spielraum mehr. Es kommt zu einer Verschiebung auf kulturelle Themen, wo die Rechtspopulisten stark sind, z.B. Islam, oder dass Tierschützer punkten mit dem Verbot des Stierkampfs in Spanien. Es kommt zur Renaissance nationalistischer Strömungen. Lässt sich etwas dagegen tun? Er habe keine wirklich gute Lösung.

Erstens müssten die großen Parteien ihre Verantwortung wahrnehmen, in dem sie den Bürgern sagen, was der Fall ist, was Politik kann und was nicht; sie müssten den Traum von ihrer Omnipotenz aufgeben. Zweitens sei eine Demokratisierung der supranationalen Ebene nötig. Drittens helfe mehr direkte Demokratie, das werde die Rolle der Parteien auf. Die Erfahrung in der Schweiz zeige, dass sie es sind, die die Debatte um die Themen führen. Was den Volksparteien dabei weniger gefallen dürfte, es sind insbesondere die kleinen Parteien, die dabei aufgewertet werden. Insgesamt entstehe eine politische Atmosphäre, denn zentrale gesellschaftliche Probleme werden diskutiert. Da müssten aber auch die Medien mitmachen durch gute, qualitätsvolle Berichterstattung. Auch die institutionalisierte Ausgestaltung der direkten Demokratie müsse angemessen sein, die Schweiz habe relativ gute Verfahren entwickelt, wie das Beispiel Kalifornien zeige, könne man da Fehler machen. (Anmerkung: zu den Schwächen des kalifornischen Verfahrens siehe zum Beispiel: <http://www.mehrdemokratie.de/volksabstimmungen-kalifornien.html>)

Schlussfolgerungen

Sicher können aus den Ergebnissen neuerer Parteienforschungen nicht unmittelbar Schlüsse für Partei- und Wahlprogramme gezogen werden. Aber die Anregung, nicht nur die Stücke vor der eigenen Nase, sondern das „ganze Tier“ in Blick zu nehmen, hilft vielleicht weiter, wenn die Partei ihre Rolle im gesamten Parteiensystem neu justieren muss.

Alfred Küstler

Herbert Kitschelt, *The Comparative Analysis of Electoral and Partisan Politics: A Comment on a Special Issue of West European Politics*, *West European Politics*, Vol. 33, No. 3, 659–672, May 2010

Hanspeter Kriesi, *Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values*, *West European Politics*, Vol. 33, No. 3, 673–685, May 2010

Medizin für den Patienten Volkspartei im Rahmen der 9. Internationalen Konferenz für Politische Kommunikation der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 9. Oktober 2011, Ergebnisse unter <http://www.kas.de/wf/de/33.29036>

Grafik Cleavage-Theorie: wikipedia.

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
Kontrollverlust I • Kontrollverlust II • Grün und Linke fordern Gesetz zum Bleiberecht für Geduldete • Ein Sieg? • Das Ende Muammar al-Gaddafis	
Die Linke wollte einig sein	4
Griechenland vor einer Entscheidung	5
Gewerkschaften fordern umfassende Maßnahmen der IAO gegen prekäre Beschäftigung	5
Auslandsnachrichten	6
Nestlé: Provokationen, Einschüchterungen, Entlassungen • Vereinbarung zwischen IUL und Danone über Arbeitsbedingungen • Portugal: Proteste der Gewerkschaften • Verdi unterstützt Protest vor polnischer Druckerei • Arcelor-Mittal: Aus für zwei Hochofen in Lüttich • Schweiz: Mehr Respekt für das Verkaufspersonal	
Aktionen ... Initiativen	8
Mietenwahnsinn stoppen- Wohnraum vergesellschaften • Aktionen gegen die Macht der Finanzmärkte • 15 000 auf länderübergreifender Demonstration gegen Fluglärm • Internationale Jugendkonferenz: „Wir erwarten mehr!“ • „Investitionen in Antipersonenminen und Streumunition verbieten“ • Massendemonstration gegen Deutsche Bahn AG • Aktionskonferenz zur Demonstration am 5. Dezember • Wohnungslose endlich in amtliche Statistik aufnehmen!	
Bremer Schüler: „Das Fass läuft über“	10
Spitzenverbände fordern Reform der Grunderwerbsteuer	11
Haushalt Stuttgart: Die Stadt für alle!	12
Kommunale Politik	13
Linke bringen antifaschistisches Kommunalprogramm in den Kreistag ein: Worms. • Kommunale Spitzengehälter: Viele bellen, Die Linke beißt! Bonn. • Die Linke und Piratenpartei bilden Fraktionsgemeinschaft: Oldenburg. • Mehr kommunale Wohnraumförderung! Köln. • Städtetag zur Schließung von Bundeswehrstandorten: Berlin.	
IG Metall konzentriert sich aufs Kerngeschäft – mit Erfolg!	15
Wie China die Krise bewältigt	16
Gedanken zum Berliner Wahlergebnis 2011	20
Einige Ergebnisse moderner Parteienforschung	28

Winterschule der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung vom 5. bis 7. Januar 2012 in Erfurt

Folgende Kurse werden angeboten:

1. Der Kurs Philosophie / Kulturwissenschaften: Interkulturelles Zusammenleben ist die einzige Option, Politik gegen Ausgrenzung, persönliche Stellungnahme, Handeln, wenn es nötig ist, muss Hindernisse – im Kopf und in der Welt außerhalb vom Kopf – zu überwinden. Diese sind nicht gering und bedürfen sorgfältiger Analyse.

Der Winterkurs Philosophie / Kulturwissenschaften der Linken Schule hat zum Gegenstand die Frage des interkulturellen Zusammenlebens. anhand zweier Bücher: Rudolf Stichweh: Der Fremde, stw 1924, Berlin 2010 und Mark Terkessidis: Interkultur, edition suhrkamp 2589, Berlin 2010.

2. Wirtschaft: Mit der Winterschule 2012 wollen wir im Kurs Wirtschaft

die Beziehung von Arbeitsverhältnis und Beruf behandeln. Das Thema entwickelt sich mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die schon früh zu einer Spannung zwischen der gesellschaftlichen und der individuellen Bestimmung von Arbeit führt.

Wir führen diese Diskussion, weil linke Politik, sie sich positiv auf Arbeit bezieht, es heute mit einem Spektrum von Arbeitsverhältnissen zu tun hat, deren Ordnung von der erzwungenen Arbeit in Haft und Anstalten bis zur hochdotierten Professionen reicht.

Wie immer werden wir Auszüge relevanter Texte zusammenstellen, die gemeinsam gelesen und interpretiert werden. Die Auswahl der Texte/Autoren ist im Gange.

(Nähere Angaben ArGe-Rundbrief)

Informationen zur Winterschule 2012 – Bitte Änderungen beachten

Die ArGe-Mitgliederversammlung im August hat sich mit der Lage und Dauer der „Schule“ befasst. Künftig werden wir von Donnerstag (14 Uhr) bis Samstag (18 Uhr) tagen. Die Mitgliederversammlung wird am Donnerstagabend stattfinden, so dass gegebenenfalls der Freitagabend noch als Seminarzeit genutzt werden kann.

Wir bitten darum, die An- und Abfahrtszeiten so zu legen, dass der verkürzte Seminarzeitraum voll ausgeschöpft werden kann und nicht durch frühere Abfahrtszeiten weiter reduziert wird.

Somit findet die Winterschule 2012 von Donnerstag, 5.1., bis Samstag, 7.1.2012, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14.00 Uhr, Ende am Samstag um 18.00 Uhr.

Die ArGe-Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, 5.1., voraussichtlich 19.30 Uhr, statt.

Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 4 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Übernachtung mit Frühstück betragen 26 Euro + ca. 1 Euro Kurtaxe pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen bitte bis 1. Dezember und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Vorankündigung Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 31. März/1. April 2012 in Köln

Der ursprüngliche geplante Veranstaltungsort in Mannheim musste geändert werden, da sich der Umbau der dortigen Jugendherberge verzögert. Wir treffen uns wie im Vorjahr in Köln am Wochenende vor Ostern.

Die Übernachtung wird wie im Vorjahr in der Jugendherberge Köln-Deutz stattfinden, die Versammlungsräume befinden sich ebenfalls wie im Vorjahr im nahegelegenen Gebäude des Landtagsverbands Rheinland.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 1. Dezember 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 25. November.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 12. Januar 2012, 9. Februar, 9. März, 5. April